



Institut für Föderalismus  
Institut du Fédéralisme  
Institute of Federalism

## Literatur zum Schweizerischen Föderalismus (2017–2020)

Analyse im Auftrag der *ch* Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit

September 2021

CLAUDIA SOHI-HÖCHNER  
(Dr. iur.)

Universität Freiburg  
Institut für Föderalismus  
Av. Beauregard 1  
CH-1700 Freiburg

Tel. +41 (0) 26 300 81 25

[www.federalism.ch](http://www.federalism.ch)



UNIVERSITÉ DE FRIBOURG FACULTÉ DE DROIT  
UNIVERSITÄT FREIBURG RECHTSWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

## Inhaltsverzeichnis

<b>I. Ausgangslage und Vorbemerkungen.....</b>	<b>3</b>
<b>II. Einzelne Themenbereiche .....</b>	<b>3</b>
A. Zum Schweizerischen Föderalismus im Allgemeinen.....	3
1. Aktuelle Herausforderungen .....	3
2. Zentralisierungstendenz .....	3
3. Internationalisierung .....	5
4. Verflechtungsdynamik .....	6
5. Hohe Komplexität .....	6
6. Exekutivföderalismus.....	6
7. Spannungsverhältnis zur Demokratie.....	7
8. Reformen/Weiterentwicklung des Föderalismus.....	7
B. Territoriale Struktur – Regionen, Agglomerationen, Städte und Gemeinden .....	9
1. Politische und funktionale Räume .....	9
2. Kantonsterritorien .....	9
3. Gemeindewesen und -fusionen.....	10
4. Die Rolle der Gemeinden, Städte und Agglomerationen im föderalen Gefüge .....	10
C. Multikulturalität und Minderheitenschutz.....	10
1. Allgemein .....	10
2. Religionsgemeinschaften.....	11
3. Mehrsprachigkeit (in) der Schweiz .....	11
4. Die Rumantschia .....	12
5. Nicht-territoriale Minderheiten.....	12
D. Aufgaben- und Kompetenzverteilung .....	12
1. Allgemein .....	12
2. Einzelne Sachbereiche .....	13
3. Vollzug.....	15
E. Kantonales und kommunales Recht .....	16
F. Kooperativer Föderalismus.....	16
G. Mitwirkung der Kantone im Bund (Mitwirkungsföderalismus).....	17
H. Finanzieller Föderalismus .....	18
1. Finanzlage Bund, Kantone und Gemeinden .....	18
2. Finanzausgleich.....	19
3. Schuldenbremse .....	19
4. Steuern und Abgaben .....	19
I. Laborföderalismus/Wettbewerbsföderalismus .....	20
J. Vergleichende Studien.....	21
K. Föderalismus und Aussenpolitik.....	23

<b>III. Würdigung.....</b>	<b>23</b>
<b>IV. Verzeichnis Publikationen .....</b>	<b>25</b>
A. Publikationen des Jahres 2017 .....	25
B. Publikationen des Jahres 2018 .....	30
C. Publikationen des Jahres 2019 .....	34
D. Publikationen des Jahres 2020 .....	42

## I. Ausgangslage und Vorbemerkungen

Vorliegender Bericht befasst sich mit der föderalismusrelevanten Literatur, die in der Beobachtungsperiode 2017–2020 in Monografien, Sammelwerken, Fachzeitschriften, Online- oder sonstigen Publikationen erschienen ist. Neben rechtswissenschaftlichen Studien werden auch politik-, sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Beiträge miteinbezogen.

Die folgende Analyse skizziert zunächst thematisch geordnet die wichtigsten Fragestellungen, Forschungsthemen und Ergebnisse (II.), bevor im Rahmen einer Würdigung (III.) Schwerpunkte der Föderalismusforschung der letzten vier Jahre ausgemacht werden. Das Verzeichnis der erfassten Publikationen findet sich im letzten Teil des vorliegenden Berichts (IV.).

## II. Einzelne Themenbereiche

### A. Zum Schweizerischen Föderalismus im Allgemeinen

#### 1. Aktuelle Herausforderungen

Insbesondere aus volkswirtschaftlicher Sicht wird der Föderalismus gelobt, da er positive Effekte auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz habe, Innovationen fördere und gute Voraussetzungen für solide Staatsfinanzen bereitstelle (FELD/SCHALTEGGER 2017 sowie BURRET/SCHMID 2018). Auch begünstige er die Effizienz und die gesellschaftliche Stabilität (SCHALTEGGER/FREY/SCHMID 2017). Die rechtswissenschaftliche Literatur weist ebenfalls darauf hin, dass sich der Föderalismus in vielfältiger Weise rechtfertigt: Beispielsweise garantiere er eine stabile Staatform und trage zur Förderung des Schutzes der Individualfreiheit bei (KLEY 2020). Der Schweizer Föderalismus sei lebendig und verfüge über starke historische Wurzeln und kräftige Glieder (SCHWEIZER, Entstehung, 2020).

Gleichzeitig steht der schweizerische Föderalismus in gewissen Bereichen unter Druck. Zu den aus der Literatur ersichtlichen aktuellen Herausforderungen gehören einerseits die Zentralisierungstendenz und die damit verbundenen Kompetenzbeschränkungen der Kantone, welche von zahlreichen Autoren festgestellt werden (vgl. Ziff. II.A.2). Andererseits weisen mehrere Publikationen darauf hin, dass die politischen und die funktionalen Räume nicht mehr übereinstimmen (vgl. Ziff. II.B.1). Dies führt zu Fragen nach mehr oder weniger grundlegenden Reformen, die über diesen Bereich hinaus auch in anderen Themenbereichen wie z.B. hinsichtlich der Zusammensetzung des Ständerats oder des stärkeren Einbezugs der Städte und Gemeinden zur Diskussion gestellt werden (vgl. Ziff. II.A. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Als weitere Herausforderung werden – wie schon in früheren Jahren – der Exekutivföderalismus bzw. die Machtverschiebung hin zur Exekutive betrachtet, welche durch die zunehmende Bedeutung der interkantonalen Konferenzen wie insbesondere der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verstärkt wird (vgl. Ziff. II.A.3 sowie II.F). Auf diese und weitere Themenfelder wird im Folgenden eingegangen.

#### 2. Zentralisierungstendenz

Zahlreiche Autorinnen und Autoren – sei es aus dem rechts-, politik- oder wirtschaftswissenschaftlichen Bereich – stellen eine **Zentralisierungstendenz hin zum Bund** fest (vgl. etwa SCHWEIZER, Verteilung, 2020; HALLER/KÖLZ/GÄCHTER 2020; WALDMANN, Perspektiven, 2020; BELSER, Föderalismuskonzeption, 2020; BRÜHL-MOSER 2020; SCHMIDHEINY 2020; LUSTENBERGER 2019, VILLIGER 2019; FOGLIA 2019;

BONATO/RÜHLI 2019; RUTZ/CALENDO 2017; SCHALTEGGER/STUDER 2017; zum Begriff der schleichenden Zentralisierung siehe SCHOENENBERGER 2018). Damit verbunden sind ein Kompetenzverlust der Kantone und deren zunehmende Einschränkung (vgl. etwa BELSER, Föderalismuskonzeption, 2020). Teilweise geben Kantone Aufgaben von sich auf ab und teilweise erfolgt die Zentralisierung auch aufgrund der Internationalisierung zahlreicher Politikbereiche (ROULET 2017). Auch durch die Ökonomisierungstendenzen bzw. die angestrebte wirksame und effiziente Aufgabenerfüllung kann eine zentralisierende Wirkung entstehen (WALDMANN, Perspektiven, 2020). Es kommt zudem vor, dass der Bund von seinen Kompetenzen vermehrt Gebrauch macht und diese in gewissen Bereichen stark ausstrapaziert (vgl. etwa LUSTENBERGER 2019; MOECKLI 2020 für den Bereich der inneren Sicherheit oder PETITPIERRE-SAUVAIN 2019 für den Bereich der Lotterien und Wetten). Der Bund nimmt gemäss einigen Autorinnen und Autoren auch immer stärkeren Einfluss auf den Vollzug (FELD/SCHALTEGGER 2017 sowie HALLER/KÖLZ/GÄCHTER 2020). VON WYSS (2019) etwa stellt fest, dass sich der Schweizer Föderalismus zunehmend zu einem Vollzugsföderalismus wandle. Durch die Zunahme der Vorgaben im Bundesrecht verringern sich die Handlungsspielräume der Kantone (z.B. im Bereich der Lotterien und Wetten: PETITPIERRE-SAUVAIN 2019). Es wird bemängelt, dass zwar Lobreden auf den Föderalismus gemacht würden, gleichzeitig aber im politischen Alltag eine Zentralisierung erfolge (SCHALTEGGER/SCHMID 2017).

Die Zentralisierung zeige sich insbesondere im Bereich der Gesetzgebung (MUELLER/DARDANELLI 2017; DARDANELLI 2017) bzw. der **Rechtsvereinheitlichung** (MARTI, Vergleich, 2020). In verschiedenen Bereichen wie beispielsweise dem Justizvollzug (BRÄGGER/ZANGGER 2020), dem Bildungs- (BREITENMOSE 2020), Ausländer- (UEBERSAX/ACHERMANN 2018) oder dem Vergaberecht (WASER 2020) werden Tendenzen zu einer (Rechts-)Vereinheitlichung ausgemacht. Im Bereich der Steuern etwa sei der Wettbewerb durch die Zentralisierung gedämpft worden (SCHMIDHEINY 2020). Gleichzeitig werden indessen vorhandene kantonale Autonomiebereiche in fiskalischer (und administrativer) Hinsicht hervorgehoben (DARDANELLI/MÜLLER 2019).

Gewisse Autorinnen und Autoren – wie etwa GERNY (2018) für den Bereich der Strafverfolgung – sehen die Kantone in der Pflicht, tätig zu werden, um eine **fortschreitende Kompetenzübertragung auf den Bund zu verhindern**. Dies könne etwa durch gesamtschweizerische Vereinbarungen geschehen (WALDMANN, Zusammenarbeit, 2020). Eine interkantonale Harmonisierung oder eine vermehrte Zusammenarbeit zwischen den Kantonen oder zwischen den Bund und Kantonen wird in verschiedenen Bereichen gefordert (vgl. STÖCKLI/MAIER 2019 für den Bereich der Prämienverbilligung; DUVILLARD 2019 für den Bereich der inneren Sicherheit; LAUBER/MEDVED 2019 für den Bereich der Terrorismusbekämpfung). In mehreren sachspezifischen Politikbereichen werden zudem verschiedene Umsetzungsmöglichkeiten wie Konkordate, besondere Verfahren oder gemeinsame Gerichtsbehörden erwähnt (z.B. MARGRAF 2019 in Bezug auf steuerliche Vorbescheide; STADELMANN/KÖNIG 2019 in Bezug auf die Rechtsmittelordnung bei interkantonalen Doppelbesteuerungen; BRÄGGER/ZANGGER 2020 in Bezug auf den Straf- und Massnahmenvollzug oder WULZ 2020 in Bezug den präventiven Umgang mit Naturgefahren).

Auffällig ist, dass insbesondere Autorinnen und Autoren, die sich mit einem **einzigem Rechtsgebiet** befassen, oftmals geneigt sind, **einheitliche Lösungen** zu bevorzugen oder die Kompetenzverlagerung hin zum Bund zumindest als eine valable Möglichkeit erachten (siehe etwa MARTI, Justiz, 2017 zu einem Rahmengesetz des Bundes im Bereich der Gerichtsgebühren; ZUFFEREY 2017 zu einer Grundsatzgesetzgebung des Bundes im Bereich der Erdbebenversicherung; GUYAN 2018 für einheitliche Vorgaben des Bundes für elektronisch publizierte Gerichtsentscheide; WIZENT 2018 für ein homogeneres System bei

der Rückerstattung von Sozialhilfe; LIEDEGENER 2019 zu einem Rahmengesetz des Bundes im Bereich der Religion; Marti 2019 zu einer Harmonisierung des Einwohnerkontroll- und -meldewesen; REYMOND 2019 zu einer Vereinheitlichung der strafrechtlichen Mediation im Jugendstrafrecht; SCHUPPLI 2019 zum Erlass eines Bundesgesetzes über private Sicherheitsdienste oder FINGER 2019 für ein zentrales Mobilitätsamt).

In anderen Bereichen wie im Bereich des Grund- und Menschenrechtsschutzes ist gemäss mehreren Autoren eine Zentralisierung wünschbar (BREITENMOSER 2020; KIENER 2019; vgl. auch UEBERSAX/ACHERMANN 2018), da in diesem Bereich aufgrund kantonaler Unterschiede eine **beschränkte Rechtsgleichheit** bestehe (MARTI, Vergleich, 2020). Indessen müssten eine «gewisse Uneinheitlichkeit und allenfalls auch Entwicklungsverzögerungen» in einem föderalen System zugunsten einer besseren Akzeptanz hingenommen werden (MARTI, Vergleich, 2020).

In anderen Publikationen wird explizit eine **Kompetenzverschiebung zum Bund nicht als erste Lösung oder überhaupt als nicht nötig** erachtet (WYTENBACH 2017 z.B. sieht in Bezug auf die Umsetzung von Menschenrechtsübereinkommen die Zentralisierung als letzte Lösung; vgl. auch ABEGG/DÖRIG 2019 zum nicht notwendigen Erlass eines Bundesgesetzes für den Untergrund; DEMARTINI/KOLLER 2019 zur Ablehnung einer vollständigen Vereinheitlichung bei strafrechtlichen Sanktionen oder MEYER/KRÄHENBÜHL/MEIER 2020 zur nicht notwendigen Vereinheitlichung der Digitalisierung im Bereich des Handelsregisters aus IT-Sicht). Andere Publikationen fordern gar eine stärkere Regionalisierung (DÜMMLER/BONATO 2020 für die Agrarpolitik) oder heben positiv hervor, dass keine Zentralisierung erfolgt ist (COSANDEY 2019 für den Bereich der Ergänzungsleistungen).

### 3. Internationalisierung

Die Internationalisierung zahlreicher Politikbereiche beeinflusst sowohl das nationale, das kantonale wie auch das kommunale Recht und setzt den **Föderalismus unter Druck** (siehe etwa BREITENMOSER 2020; BRÜHL-MOSER 2020; HALLER/KÖLZ/GÄCHTER 2020; LUSTENBERGER 2019). Sie führt zu einer Rechtsvereinheitlichung (siehe oben sowie etwa BREITENMOSER 2020) und die Kantone sowie die Gemeinden werden selbst in ihren eigenen Zuständigkeitsbereichen zunehmend durch Vorgaben des Europa-, Völker- und Bundesrechts bestimmt (BREITENMOSER 2020; LUSTENBERGER 2019). Gemäss BELSER/MAZIDI (2018) sind die nationalen und internationalen Verfahren zur Durchsetzung des Völkerrechts nicht durchwegs aufeinander abgestimmt und Reibungsverluste zwischen Völker- und Landesrecht sollten durch neue Formen der mehrstufigen Koordination abgebaut werden. Der Einfluss des internationalen Rechts auf das Schweizer Recht und die bundesstaatliche Kompetenzordnung wurden in verschiedenen Studien vertieft untersucht, so etwa im Umweltrecht (MONTAVON/VOLLERY 2017 zur Umsetzung der Aarhus-Konvention), im Bildungs- und Schulrecht (BREITENMOSER 2020; EHRENZELLER 2020) oder zur Frage der Vereinbarkeit der kantonalen Gebäudeversicherungsmonopole mit der Beihilfe-Regelung der EU (vgl. MOSER/ZIEGLER 2019 sowie ZIEGLER/MOSER 2019). Die föderale Steuerpolitik wird durch internationale Massnahmen ebenfalls tangiert (SCHMIDHEINY 2020). Auch im Bereich internationaler Menschenrechtsübereinkommen kann die föderale Ordnung herausgefordert werden (vgl. WYTENBACH 2017). In spezifischen Bereichen wird denn auch festgestellt, dass gewisse kantonale Regelungen nicht mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz übereinstimmen (GRODECKI 2020 zum Ausschluss von bevormundeten Personen vom Wahlrecht oder Kiener 2019 zu polizeilichen Zwangsmittel oder zum Justiz-

vollzug). KIENER (2019) weist diesbezüglich auf das Spannungsfeld zwischen den Vorgaben des übergeordneten Rechts (einschliesslich des Völkerrechts) und dem Recht auf Selbstgesetzgebung und Selbstverwaltung der Kantone hin (vgl. dazu auch WYTTENBACH 2017 sowie MARTI, Vergleich, 2020).

#### 4. Verflechtungsdynamik

Der Multilevel-Governance-Ansatz (Teilung der Verantwortlichkeit für eine Aufgabe zwischen verschiedenen Staatsebenen und Involvierung verschiedener Akteure in die Aufgabenerfüllung) hat zunehmend an Bedeutung gewonnen (STEINER 2020). Die **Aufgabenverflechtung zwischen Bund und Kantonen sowie die dadurch entstehenden Verbundfinanzierungen** werden in der Literatur währenddessen kritisch gewürdigt. Beanstandet wird insbesondere die Verwischung von Verantwortungen (FELD/SCHALTEGGER 2017; WALDMANN, Perspektiven, 2020; vgl. auch BURRET/SCHMID 2018; WÜRTH 2018; BRÜHL-MOSER 2020). Zudem würde diese Verflechtungsdynamik die Zentralisierungstendenzen verstärken (WALDMANN, Perspektiven, 2020). Auch durch das Instrument der Programmvereinbarung werde die Verflechtungsproblematik aktuell (MATTHYS 2018). In einzelnen Bereichen wie der individuellen Prämienverbilligung (ROTHER 2017) oder im Gesundheitsbereich (WÜRTH 2018) wurde diese Verflechtungsproblematik genauer analysiert.

#### 5. Hohe Komplexität

Der **Föderalismus kann zu komplexen Lösungen führen**, wie aus einigen Beiträgen hervorgeht. Beispielsweise stellt er hohe Anforderungen an die Rechtsetzung (JAAG 2020) und in gewissen Bereichen besteht ein komplexes Zusammenspiel von Normen auf verschiedenen Ebenen (SEITZ 2018 für den Asylbereich; vgl. auch UHLMANN 2020). Im Bildungsbereich wird auch von einer «Komplexitätsfalle» gesprochen (EHRENZELLER, Bildungsraum, 2018 sowie EHRENZELLER 2020). Auch im Zusammenhang mit E-Gerichten beispielsweise stellt DE MOARES SOUSA (2020) infolge der Vielzahl von Interessengruppen und des notwendigen Konsenses eine Komplexität bei der Entwicklung und Umsetzung von umfassenden Innovationen fest.

#### 6. Exekutivföderalismus

Mehrere Autorinnen und Autoren stellen eine durch den kooperativen Föderalismus begünstigte **Machtzunahme der Exekutivbehörden** fest, was verbreitet auch als «Exekutivföderalismus» bezeichnet wird (siehe etwa EHRENZELLER 2020; WALDMANN, Zusammenarbeit, 2020; LUSTENBERGER 2019). Gemäss EHRENZELLER (2020) führt der kooperative Föderalismus in einem hohen Mass zu einem Exekutivföderalismus (vgl. dazu auch Ziff. II.F). In diesem Zusammenhang wird häufig die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) erwähnt, welche informell Einfluss auf die Bundespolitik nimmt (vgl. etwa VATTER, Asymmetrien, 2017 oder SCHNABEL 2020). Durch die KdK würden einerseits zwar die Regierbarkeit im föderalen System erleichtert (NUSPLIGER 2019) und weitere Zentralisierungen verhindert (WALDMANN, Zusammenarbeit, 2020). Zudem habe die intergouvernementale Zusammenarbeit eine verbesserte Qualität der Entscheide und des Vollzugs zur Folge (BELSER, Föderaliskonzeption, 2020) und es könnten effiziente Lösungen gefunden sowie Synergien genutzt werden (KOLLBRUNNER 2018). Andererseits würden durch die interkantonalen Konferenzen neue Verflechtungen entstehen (SCHALTEGGER/WINISTÖRFER/FÄSSLER 2017) und die Transparenz nehme ab (WALDMANN, Zusammenarbeit, 2020). Die Machtzunahme der Exekutiven erfolge mit einer gleichzeitigen Schwächung der Kantonsparlamente (MARTENET 2020; LUSTENBERGER 2019; VON WYSS 2019), wodurch das Demokratieprinzip eingeschränkt werde (vgl. aber EHRENZELLER 2020 für den Bildungsbereich). Als Lösungsvorschlag wird die

Errichtung einer interkantonalen Legislativkonferenz angeregt, wobei in der Westschweiz bereits eine interkantonale Kommission der Kantone im Bereich der Rechtsetzung und interkantonalen Zusammenarbeit eingerichtet wurde (VON WYSS 2019).

## 7. Spannungsverhältnis zur Demokratie

Der Föderalismus und die Demokratie stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander (siehe etwa DARDANELLI 2017 oder KLEY 2020). Oftmals genießt die Demokratie trotz der Gleichwertigkeit der beiden Prinzipien Vorrang (BELSER, Föderalismuskonzeption, 2020). Die Demokratie hat gemäss KLEY (2020) zur Förderung des Zentralismus beigetragen. Gleichzeitig kann der Föderalismus zu Defiziten bei der Demokratie führen (SCHWEIZER, Entstehung, 2020). Das **Verhältnis zwischen Demokratie und Föderalismus ist allerdings nicht statisch**, sondern flexibel und muss stetig ausbalanciert werden (BELSER, Föderalismuskonzeption, 2020; BENZ 2020). Diese Balance kann gemäss BENZ (2020) durch einen politischen Pragmatismus und durch die Einrichtung lose gekoppelter Strukturen erreicht werden.

Die Kantone können ihr demokratisches System selbst festlegen und dementsprechend gibt es **verschiedene kantonale Demokratiekonzeptionen** (BRÜHLMEIER 2020; vgl. zu den Anforderungen an die demokratische Ausgestaltung in den Kantonen STAUFFER VON MAY 2018). Auch die Gemeinden kennen verschiedene Demokratiekonzeptionen, wobei hier die grundsätzlichsste Unterscheidung die Ausgestaltung der Legislativfunktion (Versammlungssystem oder Gemeindeparlament) ist (LADNER 2020). Die direkte Demokratie ist in den Schweizer Kantonen stark verankert (BERGAMIN/SCHMITT 2020). Das Stimmverhalten bei kantonalen Abstimmungen (SCHMITT 2018) oder die Auswirkungen des veränderten Wahlverhaltens in einem Kanton auf andere Kantone bzw. auf die Bundesebene (BOCHSLER 2018; BOCHSLER 2019) bildeten bereits Gegenstand von Untersuchungen. Auch die Mitwirkung und der Einbezug von Jugendlichen in der Demokratie auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene, u.a. durch Jugendparlamente, wurde untersucht (BUCHER 2019). BOCHSLER (2017) hat in seiner Studie eine abnehmende Bedeutung der Politik auf kantonalen Ebene festgestellt und LADNER (2018) konstatierte auf kantonalen und kommunalen Ebene eine tiefere Wahlbeteiligung als auf Bundesebene (vgl. zu diesem Bereich auch die Ausführungen zu den politischen Rechten weiter unten in Ziff. II.D.2).

## 8. Weiterentwicklung des Föderalismus

Zahlreiche Autorinnen und Autoren stellen einen **Reformbedarf des Föderalismus** fest (vgl. zum Reformbedarf insgesamt z.B. FOGLIA 2019; SCHWEIZER, Entstehung, 2020; WALDMANN, Perspektiven, 2020), während einzelne Autorinnen und Autoren grundlegende Reformen nicht als notwendig erachten, sondern für eine stärkere Beachtung der bestehenden Grundsätze wie das Subsidiaritätsprinzip und die fiskalische Äquivalenz plädieren (so etwa BURRET/SCHMID 2018). Mehrere Autorinnen und Autoren fordern denn auch, dass die föderalistischen Grundsätze bzw. insbesondere das Subsidiaritätsprinzip und die fiskalische Äquivalenz stärkere Beachtung finden müssten (BURRET/SCHMID 2018; CRAMERI 2019 sowie FELD/SCHALTEGGER 2017; vgl. auch BRUNNER/HAUSER/VON BÜREN 2019). SCHWEIZER (Verteilung, 2020) weist zudem auf die Wichtigkeit der Einhaltung der Grundsätze in Art. 45 und Art. 46 BV hin.

Der Föderalismus muss gemäss EGLI (2020) stets neu durchdacht werden. Zudem wird eine hohe Flexibilität im Bereich der föderalen Strukturen als notwendig erachtet (vgl. EHRENZELLER 2020 sowie SCHNEEBERGER 2018). Aufgrund der unterschiedlichen politischen und funktionalen Räume (vgl. Ziff. II.A.1) werden auch **Gebietsreformen bzw. eine Neuaufteilung der Kantone** vorgeschlagen (STALDER 2017 etwa



schlägt 12 Kantone vor; vgl. dazu auch LÜTHI 2017; FOGLIA 2019; WALDMANN, Perspektiven, 2020). Möglich ist es auch, die Kantone nur in spezifischen Bereichen wie z.B. dem Gesundheitsbereich in Grossregionen aufzuteilen (vgl. COSANDEY 2020). Beim Ausbau der Bahninfrastruktur wurde dies beispielsweise bereits gemacht und die Kantone wurden in sechs Planungsregionen eingeteilt (siehe REMUND/MAYOR 2019). Als Alternative zu Gebietsreform schlagen andere die Einführung einer vierten Staatsebene vor (vgl. z.B. BÖSCH 2017 oder LADNER/DEFONTAINES MATHYS 2019).

Darüber hinaus werden die mangelnden **Mitwirkungsmöglichkeiten der Kantone** kritisiert (siehe etwa EGLI 2020). Diese könnten beispielsweise durch die Schaffung entsprechender gesetzlicher Grundlagen bei der Planung und Organisation der Vorentwürfe für Bundesgesetze und in der parlamentarischen Phase systematischer einbezogen werden oder es könnte eine verpflichtende Standesinitiative eingeführt werden (EGLI 2020; vgl. dazu auch Ziff. II.G).

Ebenfalls im Gespräch ist eine allfällige **Reform des Ständerats** (siehe MÜLLER/VATTER 2020 sowie VATTER 2020). Da Parteiinteressen inzwischen wichtiger geworden seien, würde die kantonale Mitwirkung auf Bundesebene nicht mehr durch den Ständerat gewährleistet (SCHNABEL 2020). VATTER (2018) betrachtet auch die Privilegien der ehemaligen Sonderbundkantone kritisch. Als Reformvorschläge werden etwa die Besetzung des Ständerats mit Exekutivmitgliedern aus den Kantonen (SCHOENENBERGER 2018; vgl. auch MÜLLER/VATTER 2020), die Einführung des Proporzwahlsystems bei den Ständeratswahlen oder mehrere weitere Varianten wie etwa die Einführung eines Minderheiten- und Zukunftsrats als zweite Parlamentskammer genannt (VATTER 2020).

Eine **Reform des Ständemehrs** ist gemäss BELSER (2020) und LINDER (2020) ebenfalls möglich. Dabei könnten alle Halbkantone eine Stimme oder die bevölkerungsreichsten Kantone mehr Stimmen erhalten (BELSER, Föderalismuskonzeption, 2020). LINDER (2020) schlägt die Einführung eines doppelten Mehrs bei Volksabstimmungen vor; demgemäss würde bei ungleichem Volks- und Ständemehr das stärkere Mehr als gültig erklärt, wobei beide Ergebnisse vorgängig in Prozent ausgedrückt werden müssten.

Ferner wird der fehlende **gerichtliche Schutz von föderalistischen Anliegen** der Kantone als ein Defizit umschrieben (EGLI 2020; SCHWEIZER, Entstehung, 2020; vgl. auch WALDMANN, Perspektiven, 2020). Gemäss WALDMANN (2020) könnten einklagbare Ansprüche aus dem Subsidiaritätsprinzip eingeführt werden (vgl. aber UHLMANN 2017, gemäss dem die Justiziabilität der föderalistischen Grundsätze bereits möglich ist). Ein Anliegen, das in diesem Zusammenhang in der juristischen Literatur häufig hervorgebracht wird, ist die Einführung der **Verfassungsgerichtsbarkeit** gegenüber dem Bundesgesetzgeber (BELSER, Föderalismuskonzeption, 2020; EGLI 2020; MARTI 2017; MARTI, Verfassungsrecht, 2020; SCHWEIZER, Verteilung, 2020; vgl. auch WALDMANN, Perspektiven, 2020).

VON WYSS (2019) sieht die Einführung einer interkantonalen Legislativkonferenz als offene, dynamische Idee für den schweizerischen Föderalismus.

Einige Autorinnen und Autoren monieren den ungenügenden Einbezug der **untersten Staatsebene bzw. der kommunalen Ebene und der Städte** im föderalistischen System und fordern eine entsprechende **Stärkung** (LUSTENBERGER 2019). Abhilfe schaffen könnten ein Gemeindereferendum (LINDEGER/MÜLLER 2017; SCHOENENBERGER 2018) oder die Einführung einer halben Standesstimme für Städte (EBNÖTHER/LENNART 2019).

Gemäss WALDMANN (Perspektiven, 2020) ist insgesamt entweder **eine Weiterführung und Vertiefung der bestehenden Reformansätze denkbar** (wie die Verstärkung der Zusammenarbeit, Gemeindefusionen, Verstärkung der Mitwirkung der Kantone an der Willensbildung des Bundes, Korrekturen und Feinanpassungen bei einzelnen Aufgaben oder beim Finanz- und Lastenausgleich oder auch eine Stärkung der Kantone z.B. durch die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit) **oder es werden grundlegende Reformen anvisiert** (wie die Einführung von Grosskantonen oder von suprakantonalen Hoheitsträger sowie die Gewichtung Standesstimme je nach Bevölkerungsgrösse). Für umfassende und tiefgreifende Reformen erachtet WALDMANN (Perspektiven, 2020) den politischen «Leidensdruck» allerdings derzeit als zu tief. In diese Richtung tendieren auch BRÜLHART/SCHMIDHEINY (2019) sowie ARNOLD (2019), die dafürhalten, dass **föderale Reformen als längerer Prozess** mit mehreren Schritten und nicht als Gesamtpaket durchgeführt werden sollten.

Als weitere Herausforderungen werden der nationale Zusammenhalt bzw. die Vereinigung von Stadt und Land (SCHNEEBERGER 2018), die rückläufige Verbundenheit Bevölkerung mit Föderalismus (BURRET/SCHMID 2018), die Digitalisierung und das Milizprinzip (LADNER 2020) sowie die zentralistische Meinungsbildung politischer Parteien (VON WYSS 2020) genannt.

## **B. Territoriale Struktur – Regionen, Agglomerationen, Städte und Gemeinden**

### **1. Politische und funktionale Räume**

Mehrere Autoren wie VATTER (Asymmetrien, 2017), KÜBLER (2017), VATTER (2018) oder auch NUSPLIGER (2019) weisen darauf hin, dass **politische und funktionale Räume nicht mehr übereinstimmend** sind. Die Kantone sind gemäss WALDMANN (2017) zu kleine Politikräume und auch VATTER (2018) weist auf die föderale Kleinräumigkeit sowie auf unübersichtliche Formen interkantonaler Zusammenarbeit hin. Der Bund fördert zwar funktionale Räume, aber politisch sei dies nicht verankert (KOLLBRUNNER 2018). Als Lösungsvorschläge nennen BELSER (2017) und KÜBLER (2017) die überregionale Zusammenarbeit. Gemäss KÜBLER (2017) ist auch eine Veränderung der Grenzen denkbar. Diesbezüglich schlägt etwa STALDER (2017) eine Schweiz mit nur noch 12 Kantonen vor (vgl. dazu bereits oben Ziff. II.A.8). Als Alternative zu solchen Gebietsreformen kommen etwa eine verstärkte Zusammenarbeit oder die Aufteilung der Kantone in gewissen Sachgebieten infrage (vgl. oben Ziff. II.A.8). Auch die Einführung einer vierten Staatsebene oder ein einfacherer Kantonswechsel von Gemeinden werden vorgeschlagen (BÖSCH 2017). LYNER (2019) hält dafür, dass eine Stärkung der Governance in funktionalen Räumen erfolgen müsse, da Herausforderungen der demografischen und digitalen Entwicklung in Zukunft nur via administrativer und sektoralpolitischer Grenzen hinweg begegnet werden könne.

MÜLLER-JENTSCH (2020) weist zudem spezifisch auf die notwendige Stärkung und Weiterentwicklung von Haupt- bzw. Zentrumstätern hin.

### **2. Kantonsterritorien**

TIEFENTHAL (2017) befasst sich mit dem rechtlichen **Vorgehen bei Bestandes- und Gebietsänderungen der Kantone** (vgl. dazu auch MAISSEN 2017), während SIROKY ET AL. (2017) zentrale Faktoren aufzeigen, welche Sezessionsbestrebungen begründen. MÄDER (2019) hat die rechtlichen Voraussetzungen bei einem Kantonswechsel einer Gemeinde untersucht, während sich GLASER/ZUBLER (2019) spezifisch mit dem Kantonswechsel der Gemeinde Moutier befasst haben. Im Zusammenhang mit der Kantonszugehörigkeit von Moutier hat KREIS (2019) als Alternative zur Durchführung einer Volksabstimmung die

Prüfung alternativer Lösungen wie die Neugestaltung der untersten Staatsebenen oder die Einführung eines doppelten Gemeindepräsidiums vorgeschlagen.

### 3. Gemeinwesen und -fusionen

Die Gemeindefusionen dienen gemäss KAPPELER (2018) der **Handlungsfähigkeit der Gemeinden**. Allerdings nimmt gemäss KOCH/ROCHAT (2017) die Wahlbeteiligung nach Gemeindefusionen ab. Zudem stellen SCHALTEGGER/STUDERUS (2017) fest, dass Fusionen **kaum Spareffekte** nach sich ziehen. Gemäss HOFMANN/ROTHER (2019) hat auch die grosse Gemeindestrukturreform im Kanton Glarus nicht zu übermässigen Einsparungen geführt; einen grösseren Einfluss brachte vielmehr die Reorganisation der Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen Kanton und Gemeinden (HOFMANN/ROTHER 2019).

Mit den **Gemeindeparlamenten bzw. -versammlungen** setzten sich insbesondere LADNER (2019; 2020), LADNER/HAUS (2019), ROCHAT (2019; 2020) sowie STREBEL (2019) auseinander.

### 4. Die Rolle der Gemeinden, Städte und Agglomerationen im föderalen Gefüge

Wie bereits erwähnt, wird in der föderalismusrelevanten Literatur verbreitet moniert, dass die **Städte von Bund und Kantonen zu wenig einbezogen** werden (WALDMANN 2017 mit einer Übersicht, JUNOD 2017; vgl. auch LADNER 2018). Dies zeige sich beispielsweise auch dadurch, dass die Kernstädte beim Finanzausgleich gemäss JAGGI (2017) zu wenig berücksichtigt werden und die Position der Städte in der Aussenpolitik gemäss TSCHIRREN (2018) nur ungenügend zum Ausdruck komme. Gemäss BELLANGER (2020) finden die Gemeinden auch zu wenig Erwähnung in der Bundesverfassung.

CRAMERI (2019) hat festgestellt, dass die **Gemeindeautonomie** der Bündner Gemeinden noch zeitgemäss und v.a. im Infrastrukturbereich ausgeprägt ist. Die Bündner Gemeinden nutzen ihre Autonomie und setzen individuelle Lösungen um (CRAMERI 2019).

## C. Multikulturalität und Minderheitenschutz

### 1. Allgemein

Sowohl VATTER (2017 und 2018) wie auch SCHWEIZER (2020) haben einen **mangelhaften Schutz von Minderheiten** im föderalen System der Schweiz festgestellt (vgl. auch BELSER, Minderheitenschutz, 2020). VATTER (2017 und 2018) nennt als Beispiele für ungenügend geschützte nicht-territoriale Minderheiten die ausländische Bevölkerung sowie für territoriale Minderheiten die Romandie oder das Tessin wie auch Bewohnende urbaner Städte, welche ebenfalls über keinen besonderen Schutz verfügen würden. Gemäss SCHWEIZER (2020) gibt es keine Garantie, dass sprachliche oder gesellschaftliche Minderheiten geschützt werden. BELSER (2020) weist für den sprachlichen Minderheitenschutz indessen auf Art. 70 Abs. 2 BV hin. Sie hält dafür, dass der Föderalismus als bewährter Schutzmechanismus gilt, wenn eine regionale oder lokale Mehrheit geschützt werden soll. Sei die nationale Minderheit zerstreut, könne sich der Föderalismus allerdings sogar nachteilig auswirken (BELSER, Minderheitenschutz, 2020). Für den Schutz von Minderheiten wie z.B. ausländischen Staatsangehörigen in der Schweiz kann die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) eine schützende Rolle einnehmen (HERTIG RANDALL 2020).

Erwähnt werden kann an dieser Stelle zudem die Studie von MUELLER/BÜHLMANN/ZUBER (2019), nach der die Zuteilungsmethode des dem Berner Jura garantierten Regierungsratsplatzes eine fast ideale Mischung zwischen Minderheitenschutz und Respektierung des Mehrheitswillens darstellt.

## 2. Religionsgemeinschaften

Mit den religiösen Minderheiten und dem Föderalismus hat sich insbesondere KURT (2018) auseinandergesetzt. Bei der Zunahme der religiösen Vielfalt stosse der **Minderheitenschutz im föderalistischen System der Schweiz in diesem Bereich an seine Grenzen** (KURT 2018).

Die Religionspolitik ist gemäss LIEDHEGENER (2019) für alle Staatsebenen aktuell – es würden währenddessen v.a. **Lösungen nach Mehrheitsentscheiden** gefällt und konsensuale Politiken wie z.B. die von Vertretungen der Kantone, Städte und zehn Religionsgemeinschaften unterzeichnete «Schaffhauser Erklärung» seien selten (LIEDHEGENER 2019). REBER (2020) hat sich mit der Regelung der Anerkennung und der kantonalen Unterstützung der anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften befasst und die religionsrechtlichen Regelungen in den Kantonen untersucht. Er hält dafür, dass sich die **staatliche Unterstützung auch für nicht-erkannte Kirchen und Religionsgemeinschaften öffnen sollte**. Auch hat REBER zusammen mit ANARCHAOU (REBER/ANARCHAOU 2020) einen Vergleich der religionsrechtlichen Systeme der Kantone vorgenommen. Einige Beiträge des Sammelbands von PAHUD DE MORTANGES (2020) setzen sich zudem mit den Entwicklungen in den Kantonen (z.B. Zürich, Genf oder St. Gallen) im Religionsbereich auseinander.

## 3. Mehrsprachigkeit (in) der Schweiz

Die Mehrsprachigkeit in der Schweiz gibt immer wieder zu **Untersuchungen** Anlass: GLASER (2020) hat sich mit der Mehrsprachigkeit in den Kantonen befasst und die entsprechenden Grundlagen analysiert. STOJANOVIC (2017) hat zudem u.a. die Vertretung der sprachlichen Minderheiten in den politischen Organen der offiziell mehrsprachigen Kantone untersucht. Zudem haben KÜBLER/KOBELT/ZWICKY (2020) die Vertretung der vier Sprachgemeinschaften in der Bundesverwaltung beleuchtet, während MÜLLER (2019) die sprachliche Vielfalt in den Plenardebatten des Parlaments analysiert hat. Er hat festgestellt, dass im Nationalrat Reden auf Französisch leicht überrepräsentiert, während im Ständerat Reden auf Deutsch klar überrepräsentiert sind. Italienisch und Rätoromanisch seien in beiden Räten deutlich untervertreten (MÜLLER 2019). Gemäss VATTER (2018) haben neuere Entwicklungen wie die abnehmende Bedeutung der Konfessions- und Klassenkonflikte oder das «sprachlich segmentierte» Mediensystem die Sprachgemeinschaften gestärkt.

Der spezifische Stellenwert der **italienischen Sprache** in der Schweiz wurde ebenfalls begutachtet: So hat STOJANOVIC (2017) eine Analyse der Vertretung der italienischsprachigen Minderheit in der Politik vorgenommen und EGGER (2019) hat sich mit den Besonderheiten der italienischen Sprache auf Bundesebene befasst. EGGER (2020) ist zudem auf das Fehlen von italienischsprachigen Personen in den Gesetzgebungskommissionen und auch auf die neue italienische Übersetzung des Gesetzgebungsleitfadens zugunsten der Förderung der Gesetzgebung in italienischer Sprache eingegangen.

Auch im **Schulbereich** wurde die Sprachenvielfalt diskutiert. Durch die Bündner Fremdspracheninitiative etwa ist gemäss BURRI (2017) zwar die Autonomie der Kantone gewahrt geblieben, dies aber auf Kosten des Minderheitsschutzes. VATTER (2018) hat festgestellt, dass die Harmonisierung des Schulunterrichts eine verstärkte Repolitisierung des Sprachkonflikts ausgelöst hat. Im Zusammenhang mit der

Harmonisierung des Schulunterrichts gab das gemeinsame Lehrmittel «Milles feuilles» Anlass zu Kritik (vgl. WIEDENKELLER/LENZ/STUDER 2019).

Im Bereich der Gerichte wird der Mehrsprachigkeit gemäss GARRÉ (2019) zu wenig Rechnung getragen: Eigentlich müsste bei der Auslegung eine Berücksichtigung aller Amtssprachen erfolgen, aber in der Praxis würden dem nicht alle kantonalen Gerichte nachgehen.

#### 4. Die Rumantschia

BISAZ ET AL. (2019) haben eine **mittelfristig mögliche existenzielle Bedrohung der rätoromanischen Sprache** festgestellt. Diese werde durch die deutsche Sprache zurückgedrängt. Sie empfehlen die Förderung von Bildungsangeboten, die Stärkung der Mehrsprachigkeit der Verwaltung sowie die Prüfung der Governance des Kantons Graubündens und des Bundes (BISAZ ET AL. 2019).

#### 5. Nicht-territoriale Minderheiten

Wie bereits erwähnt, wird bei den nicht-territorialen Minderheiten wie z.B. für die ausländische Wohnbevölkerung oder die Fahrennden ein **ungenügender Schutz** beanstandet (siehe etwa VATTER, Asymmetrien, 2017 oder SCHWEIZER, Entstehung, 2020). Dabei kann die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) einen gewissen Schutz garantieren (HERTIG RANDALL 2020).

### D. Aufgaben- und Kompetenzverteilung

#### 1. Allgemein

Die verfassungsrechtliche Aufgabenteilung sieht SCHWEIZER (Verteilung, 2020) als «**Dauerbaustelle**». Diese Aussage ist zutreffend, da die Kompetenzordnung sowohl durch Verfassungsänderung wie auch durch die (behördliche und richterliche) Auslegung bestehender Kompetenznormen weiterentwickelt wird. Dies zeigt sich auch durch die zahlreichen Publikationen in den vergangenen vier Jahren in diesem Bereich.

In der Berichtsperiode gab es mehrere Publikationen, die sich mit der **Einhaltung der verfassungsmässigen Kompetenzverteilung** befassten: So hat etwa MOHLER (Sozialdetektive, 2020) geprüft, ob eine Bundesregelung für Sozialdetektive verfassungsmässig ist, oder BERGAMIN/HÖCHNER/MINDER (2019) haben sowohl Bundesvorlagen wie auch ein kantonales Rechtsetzungsprojekt u.a. in Bezug auf die Einhaltung der Kompetenzordnung überprüft (vgl. auch WALDMANN/MINDER 2020 in Bezug auf kantonale Rechtsetzungsmöglichkeiten bei der Sozialhilfe; HENSELER 2017 in Bezug auf kommunale Gesetzgebungskompetenzen bei Observationen im Bereich des Sozialversicherungsrechts oder LUBISHTANI/MONOD 2020 in Bezug auf die Verfassungsmässigkeit des Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus).

Im von der **Corona-Krise** geprägten Jahr 2020 haben etwa KETTIGER (2020) oder BERGAMIN/MAZIDI (2020) die Vereinbarkeit kantonaler Regelungen mit dem Bundesrecht bzw. der Bundesverfassung hinterfragt. Allgemein erschienen zahlreiche Beiträge zur Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen sowie zwischen Kantonen und Gemeinden während der Corona-Krise bzw. bei Epidemien (vgl. etwa LUSTENBERGER 2020; WILHELM/UHLMANN 2020; WÜRMLI 2020; BELSER/STÖCKLI/WALDMANN 2020; BERGAMIN/MAZIDI 2020; BERNARD 2020; DUPONT 2020; MÄRKLI 2020; UHLMANN 2020; WYSS

2020; WALDMANN, Corona-Pandemie, 2020). BRUNNER/WILHELM/UHLMANN (2020) sind zum Schluss gekommen, dass die vom Bundesrat infolge der Corona-Krise erlassene Verordnung über den Stillstand der Fristen in Zivil- und Verwaltungsverfahren verfassungswidrig war, da dadurch in die kantonale Organisationsautonomie eingegriffen wurde.

SCHWEIZER (Verteilung, 2020) **kritisiert**, dass die Kantone durch Weisungen und Richtlinien des Bundes in bestimmten Bereichen wie etwa dem Migrationsrecht durch enge und unübersichtliche Vorgaben eingeschränkt würden und der Bund mit seinen zahlreichen administrativen und verwaltungsvertraglichen Vorgaben gegen Art. 46 Abs. 3 BV verstosse.

## 2. Einzelne Sachbereiche

In den einzelnen Sachbereichen stösst man auf eine **grosse Anzahl Publikationen**, die sich mit der Aufgaben- und Kompetenzverteilung insbesondere zwischen dem Bund und den Kantonen, aber auch zwischen den Kantonen und Gemeinden befassen. Es würde den Rahmen sprengen, vorliegend auf alle Publikationen einzugehen. Daher wird eine Auswahl präsentiert.

Der Bereich der **politischen Rechte und Systeme** gehört zu denjenigen Bereichen, in denen am meisten zur Kompetenzordnung bzw. zur Verfassungsmässigkeit publiziert wurde. So haben etwa SCHAUB (2017) die Kompetenzverteilung bei der Stimmpflicht oder STREBEL (2018) bei der elektronischen Stimmauszählung bei Abstimmungen auf Bundesebene analysiert. Auch wurden die Gültigkeit kantonaler Volksinitiativen (PEDRETTI 2017, vgl. auch SCHUBIGER 2017), die Umsetzung kantonaler Volksinitiativen (FUHRER 2019) oder die Zulässigkeit kantonaler Abstimmungsvorlagen (SÄGESSER 2017) thematisiert. Andere Publikationen befassen sich mit den Regelungsmöglichkeiten der Kantone im Bereich der politischen Rechte bzw. des politischen Systems (siehe GLASER 2017 in Bezug auf das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen; BIAGGINI 2018 in Bezug auf negative Referenden auf Kantonsebene oder SCHMID 2018 in Bezug auf das Verordnungsveto auf kantonaler Ebene). Besonders im Fokus standen die kantonalen Wahlverfahren, was sich insbesondere in Standesinitiativen in diesem Bereich (vgl. dazu GROSSENBACHER 2018; AUER 2018; CARONI/SÄGESSER 2018 oder SCHUBARTH 2018) sowie auch in der diesbezüglichen bundesgerichtlichen Rechtsprechung begründete (vgl. SCHEFER/SCHAUB 2017; GLASER 2018; STEINMANN 2019 sowie BERGAMIN 2019; BISAZ 2019 und BIAGGINI 2020 in Bezug auf das kantonale Wahlsystem in Graubünden). Die Möglichkeiten der Kantone bei der Bestimmung ihrer Wahlsysteme und der politischen Rechte wurden ebenfalls vertieft beleuchtet (siehe GRODECKI 2020; GLASER 2020; GLASER/ZUBLER 2020; MAHON 2020). Zudem wurden politikwissenschaftliche Untersuchungen in diesem Bereich durchgeführt: So haben etwa FEH/WIDMER/VATTER (2018) den Einfluss von Wahl- und Parlamentsregeln und die politische Kultur für das Ausmass an personellen Wechseln in den Parlamenten untersucht oder ARNOLD (2018) hat geprüft, wie sich die Vertretung von Lokalpolitikerinnen und -politikern in den Kantonsparlamenten auswirkt.

Auch die Kompetenzverteilung im **Asylwesen sowie bei den Ausländer- und Bürgerrechten** führte zu mehreren Beiträgen (siehe BIAGGINI 2018, VON RÜTTE 2018, CHAIX 2019 zu den Bürgerrechten; GONIN 2018 zum Asylwesen sowie UEBERSAX/ACHERMANN 2018 zum Ausländerrecht). Beim Niederlassungsrecht hat MARTI (2019) abnehmende Kompetenzen der Kantone festgestellt, während RAMP (2020) den Ermessensspielraum der Gemeinden bei Einbürgerungen als gross bezeichnet hat.



Der Bereich der **Bildung**, welcher in kantonaler Hand ist, führte nicht nur zu einigen bundesgerichtlichen Urteilen,<sup>1</sup> sondern auch zu mehreren Publikationen. So hat sich etwa EHRENZELLER (Bildungsraum, 2018) mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben im Bildungsraum und dem ausdifferenzierten kooperativen Bildungsföderalismus auseinandergesetzt (siehe auch EHRENZELLER 2020). PLOTKE (2020) hat sich ebenfalls mit der Kompetenzaufteilung im Schulwesen befasst und verschiedene Aspekte der Schulpflicht untersucht. Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen im Hochschulbereich hat EHRENZELLER (Hochschulrecht, 2018) ebenfalls genauer betrachtet. Zudem haben STÖCKLI/PIOLINO (2018) den kantonalen Gestaltungsspielraum bei religiösen Privatschulen ausgelotet und ENGI (2020) hat den schulischen Religionsunterricht in den Kantonen miteinander verglichen.

Im Bereich der **Polizei bzw. der öffentlichen Sicherheit** sind ebenfalls viele Publikationen zu verzeichnen. Wiederkehrend wird eine Reform der Kompetenzverteilung in diesem Bereich gefordert (siehe TIEFENTHAL 2017; MOHLER 2018; SCHWEIZER 2018; vgl. auch MOECKLI 2020), da die aktuelle Rechtslage nicht mehr mit der Verfassung übereinstimmt. Zudem würden neue Herausforderungen wie z.B. der Terrorismus oder Cyberrisiken eine vermehrte Zusammenarbeit erfordern und allenfalls könnten dadurch gemäss DUVILLARD (Organisation, 2019) gewisse Kompetenzen und Zuständigkeiten in Frage gestellt werden (vgl. dazu auch LAUBER/MEDVED 2019, nach denen die Bekämpfung des Terrorismus weder Kantons- noch Landesgrenzen kennen sollte). LUBISHTANI/MONOD 2020 halten eine klarere Kompetenzverteilung im Bereich des Kampfs gegen den Terrorismus denn auch für notwendig. Eine Übersicht über föderalistischen Sicherheitsstrukturen und -gesetzgebungen sowie über allgemeine Schlüsse für die Sicherheitsgewährleistungen in föderalen Staaten geben SCHWEIZER/MOHLER (2019). Mit der Kompetenzverteilung im Bereich des Zivil- und Bevölkerungsschutz befasste sich schliesslich ein Beitrag von TIEFENTHAL/PLETSCHER (2020).

Auch der Bereich des **Umwelt-, Natur- und Heimatschutzes** war in den Jahren 2017 bis 2020 Gegenstand von zahlreichen Publikationen. So hat sich etwa FAVRE (2020) allgemein mit der Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen im Umweltbereich auseinandergesetzt, während sich GRISEL (2020) spezifisch für die Kompetenzverteilung im Bereich Geothermie und KETTIGER (2020) für das Geoinformationsrecht interessiert haben. Andere Beiträge befassten sich mit der Kompetenzordnung im Bereich des Ortsbildschutzes (KARLEN 2020), beim präventiven Umgang mit Naturgefahren (WULZ 2020), bei Anpassungsmassnahmen infolge der Klimaveränderung (BRUNNER/HAUSER/VON BÜREN 2019), bei Pflanzenzüchtungsverfahren (ERRASS 2018), im Bereich der Nutzung der Erdwärme (ABEGG/SEFEROVIC 2019; DÖRIG 2020) oder bei der Nutzung des Untergrunds (ABEGG/DÖRIG 2019). Bei der Wasserbaugesetzgebung wurden nebst der Aufgaben- und auch die Kostenverteilung und der kantonale Gestaltungsspielraum näher betrachtet (WIDMER 2018). WIDMER (2018) kritisiert dabei politische Kompromisse in diesem Bereich, die aus rechtlicher und fachlicher Sicht nicht vollständig befriedigend seien (WIDMER 2018). ANDEREGG (2020) hat – trotz umfassender Gesetzgebungskompetenz des Bundes – kantonale (Rest-)Kompetenzen zum Immissionsschutz geprüft. Gemäss STUTZ (2020) verfügen die Kantone über die Kompetenz, nebst dem Vollzugsrecht auch originäres und/oder ergänzendes materielles kantonales Umweltrecht zu erlassen. In verschiedenen Bereichen – wie z.B. beim Lärmschutz (ANDEREGG

---

<sup>1</sup> Vgl. den Bericht des Instituts für Föderalismus «Rechtsprechung zum Schweizerischen Föderalismus 2017–2020» vom September 2021, abrufbar unter <<https://chstiftung.ch/programme-projekte/foederalismusmonitoring/monitoring-oder-https://www.unifr.ch/federalism/de/themen/chfoederalismus.html>>.

2019), bei Windenergieanlagen (JÄGER 2019) oder bei der Festlegung des Gewässerraums (BÄHR 2020) – verfügten die Kantone über Regelungsspielraum.

Im Berichtszeitraum finden sich ebenfalls zahlreiche Publikationen zur **Gesundheit und sozialen Sicherheit**. So wurden etwa die Kompetenzverteilung im Sozialhilfebereich (BELSER/BÄCHLER 2020) oder bezüglich der Einführung eines Masernimpfobligatoriums (LANDOLT/HERZOG-ZWITTER 2020) untersucht. DANTHE (2018) hat die Einführung kantonaler Mindestlöhne unter die Lupe genommen. HOFSTETTER/REY (2018) beleuchteten zudem die Regelungskompetenzen der kantonalen und kommunalen Restkostenfinanzierer genauer, LANDOLT (2019) befasste sich mit dem kantonalen Ermessen bei der Umsetzung von Art. 25a Abs. 5 KVG und WALDNER (2019) allgemein mit der Vereinbarkeit kantonaler Regelungen mit Bundesrecht im Bereich des KVG. Zum kantonalen Ermessen und den bundesrechtlichen Vorgaben bei der Prämienverbilligung äusserten sich PETRIK (2019) sowie STÖCKLI/MAIER (2019). SAGER/RÜEFLI/THOMANN (2019) haben währenddessen festgestellt, dass die Parteipolitik eine wichtige Rolle spielt bei der Nutzung des kantonalen Ermessensspielraums im Bereich der Gesundheitspolitik. POLEDNA/TRÜMPLER/WERDER (2019) analysierten eine bundesrätliche Regelung, mit der die kantonale Tarifvertragsautonomie ergänzt und sogar verdrängt wird. Die Mehrfachrolle der Kantone im Gesundheitswesen wurde von POLEDNA (2017) und COSANDEY (2020) kritisch gewürdigt und auch die Spitalfinanzierung bzw. kantonale Subventionen in diesem Bereich wurden kritisch hinterfragt (VOLLENWEIDER 2017; vgl. auch DONATSCH 2017). COSANDEY (2020) schlägt etwa die Bildung von Grossregionen im Gesundheitsbereich vor, da die Kantonsgrenzen nicht mit den funktionalen Räumen übereinstimmen (vgl. dazu auch Ziff. II.B.1).

Auch in **zahlreichen weiteren Sachgebieten** haben die Autorinnen und Autoren die Kompetenz- und Aufgabenverteilung oder der Regelungsspielraum der Kantone oder Gemeinden geprüft. So gab es etwa mehrere Publikationen zu den Bundeskompetenzen im Bereich der Medien (siehe SCHINDLER 2017; SAXER 2017; BERTSCHI 2019; SAXER 2020), oder MARTENET (2020) hat sich mit der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen im Bereich der Wirtschaft auseinandergesetzt. GRÜNEWALD (2019) hat beispielsweise spezifisch die Kompetenzverteilung im Bestattungsbereich bei Tot- und Fehlgeburten analysiert, während PETITPIERRE-SAUVAIN (2019) sich für diejenige im Bereich der Lotterien und Werten interessiert hat. In verschiedenen Bereichen wie etwa einer Intervention des Bundes zum Schutz der verfassungsmässigen Ordnung (BERNARD 2020) wurden unscharfe verfassungsmässige Abgrenzungen festgestellt. Andere Publikationen befassten sich mit kantonalen Gestaltungsspielräumen (vgl. für den Steuerbereich OPEL/BEHNISCH 2017 sowie CAJACOB/YUAN 2020; explizit für die Patentbox siehe SCHERRER/VOGLER 2020) oder mit ergänzendem kantonalem Recht (vgl. etwa zu kantonalen Zusatzregelungen zur Stiftungsaufsicht GÄCHTER/GERBER 2020). Auch zu den originären kantonalen Kompetenzen wie z.B. bei der Errichtung von Familiengerichten (RÖSSLER 2019) oder bei der Organisation des Notariats (BRAZEROL/WYLER 2020) wurden Beiträge publiziert.

### 3. Vollzug

Nebst einer kritischen Würdigung der zunehmenden Einschränkungen der kantonalen Autonomie im Vollzug von Bundesrecht durch bundesrechtliche Vorgaben (siehe Ziff. II.A.2) haben verschiedene Autorinnen und Autoren **auch Kritik an der Vollzugspraxis der Kantone** geübt: Bei spezifischen Sachbereichen wurden zu wenig kantonale Ressourcen bemängelt (vgl. etwa für den Datenschutz RUDIN 2019; für den Gewässerraum SPILLMANN/WALTER 2020; für die kantonalen Arbeitsinspektorate SCHAUB/CIRIG-



LIANO 2020). GLASER/EHRAT (2019) bemängeln zudem die in vielen Kantonen fehlende Regelung des bundesverfassungsrechtlich zwingenden Rechtsschutzes gegenüber Realakten. In gewissen Kantonen wurden auch (u.a. infolge fehlenden politischen Willens) eine tiefere Priorität für bestimmte Sachgebiete (z.B. SCHIESS 2019 zur Luftreinhalteverordnung oder SPILLMANN/WALTER 2020 zum Gewässerraum) oder allgemein Unterschiede beim Vollzug (vgl. etwa KIENER 2020 für den Justizvollzug) konstatiert. Für den Vergleich von Unterschieden beim Vollzug wurden zahlreiche Untersuchungen durchgeführt (siehe Ziff. II.I).

## E. Kantonales und kommunales Recht

Das kantonale Recht stand ebenfalls im Fokus **diverser Publikationen**. Im Zentrum standen dabei **Kommentare zu einzelnen Kantonserlassen** (vgl. etwa RÜSSLI 2019 zum Zürcher Gemeindegesetz; SCHMIDT/VILLARD/BIENT/JAUSSI 2019 zum Basler Steuergesetz; SALIM/SCHINDLER/CAVLETI 2019 zum Gesetz über Verwaltungsrechtspflege des Kantons St. Gallen, JANS 2019 zum Energiegesetz im Kanton Luzern oder ZAUGG/LUDWIG 2020 zum Berner Baugesetz). Zudem haben sich etwa GLASER/LEHNER (2019) wie auch CHATTON (2020) zu den kantonalen Grundrechten geäußert und MÄCHLER (2020) hat das kantonale Organisations- und Verfahrensrecht für die Rechtspflege analysiert.

Für die **kommunale Ebene** hat FETZ (2020) einen Überblick über die rechtlichen Aspekte des Bündner Gemeinderechts gegeben. Zudem haben sich HOFSTETTER (2020) mit den Kompetenzen der Gemeinden insbesondere im Rechtsetzungsbereich und MÜLLER (2020) – unter besonderer Berücksichtigung der Rechtslage im Kanton Schaffhausen – mit der Autonomie der Gemeinden bei der Auslegung ihres kommunalen Rechts auseinandergesetzt. ZOLLINGER (2020) etwa hat das Verhältnis der Gemeindeautonomie zum interkantonalen Recht erörtert. Zudem lotete HÄUSLER (2020) den Ermessensspielraum von kommunalen Anstellungsbehörden bei Lohnverhandlungen aus.

## F. Kooperativer Föderalismus

In der Literatur zum **kooperativen horizontalen Föderalismus** werden in der Literatur insbesondere die interkantonalen Konferenzen hervorgehoben, welche zu einer Stärkung der Kantone führen würden (SCHNABEL/MÜLLER 2017; SCHNABEL 2020 sowie WALDMANN, Zusammenarbeit, 2020; vgl. MÜLLER/SCHNABEL/BEHNKE 2018 zu den Funktionen der Konferenz der Kantonsregierungen [KdK] und der Fachdirektorenkonferenzen). Gleichzeitig werden der geringe Einfluss der Parlamente bzw. ein Demokratiedefizit (vgl. bereits Ziff. II.A.6 sowie auch etwa VON WYSS 2019 oder GRIFFEL 2018; vgl. auch BRÜHLMOSER 2020 oder FLÜCKIGER 2019; zur Untersuchung der Mitwirkung kantonalen Parlamente bei interkantonalen Vereinbarungen siehe ARENS 2018) und auch die Intransparenz (siehe etwa WALDMANN, Zusammenarbeit, 2020) moniert. Auch auf Stufe der Städte finden im Übrigen über informelle Städtetzwerke Austausche statt, die gemäss TSCHIRREN (2018) der Lösungsfindung dienen.

Die horizontale Zusammenarbeit zwischen den Kantonen ermögliche die Erarbeitung effizienter Lösungen (z.B. bei der Neudefinition des Hochschulraums; AEPPLI WARTMANN 2019; vgl. auch GRAF 2020 zur gemeinsamen Verfolgung von Wirtschaftsdelikten der Kantone NW, OW und UR). Die interkantonalen Finanzierungsvereinbarungen für universitäre Hochschulen und Fachhochschulen werden gar als bemerkenswerte und innovative Leistung bezeichnet (EHRENZELLER, Hochschulrecht, 2018). Auch interkantonale Empfehlungen können eine gewisse Vereinheitlichung der Massnahmen zur Folge haben (vgl. z.B. MASOUD 2020 zur Orientierungshilfe der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen

und -direktoren [KKJPD] für die Bekämpfung und Eindämmung von Covid-19 in Vollzugsanstalten). Allerdings bestehen diesbezüglich unklare Punkte wie z.B. die Kompetenz zum Erlass von Empfehlungen oder deren Publikationsform (FLÜCKIGER 2019). In einzelnen Bereichen wie z.B. bei steuerlichen Vorbescheiden wird auch eine mangelnde interkantonale Zusammenarbeit festgestellt (MARGRAF 2019). Insgesamt habe sich die interkantonale Zusammenarbeit in den letzten Jahren zusätzlich intensiviert (ARENS 2020; vgl. auch MOHLER 2020 für den Bereich des Polizeirechts). In anderen Bereichen wie z.B. bei Gerichten oder Strafverfolgungsbehörden wird eine neue interkantonale Zusammenarbeit angeregt (RHYNER 2019 sowie SCHINDLER 2020). Durch die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabeteilung (NFA; vgl. dazu auch Ziff. II.H.2) habe sich die interkantonale Zusammenarbeit nicht intensiviert, sondern auf hohem Niveau konsolidiert (ARENS/ARNOLD/MÜLLER/VATTER 2017).

Die **rechtlichen Rahmenbedingungen** bei der interkantonalen (und auch bei der interkommunalen) Zusammenarbeit würden in der Praxis nicht immer eingehalten (JEANNERAT 2018). So besteht etwa gemäss GRAF (2020) denn auch gewisser Optimierungsbedarf für die rechtliche Umsetzung der gemeinsamen Verfolgung von Wirtschaftsdelikten der Kantone Nidwalden, Obwalden und Uri.

Vereinzelte Publikationen beschäftigen sich auch mit der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen (**vertikale Zusammenarbeit**). Diese Zusammenarbeit wird – zumindest in den untersuchten Bereichen – grundsätzlich als positiv gewertet (vgl. z.B. SCHIESS 2019 für den Bereich der Luftreinhaltung sowie SCHNYDER 2019 für den Bereich der Standortförderung; vgl. auch DUVILLARD, Prävention, 2019 oder FAORO 2019). In den Bereichen der Gesundheit und der Bildung sei die Politik der Kantone allerdings durch Steuerungsinstrumente des Bundes geschwächt worden (SCHWEIZER, Entstehung, 2020). Die Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen werden zwar als innovativ betrachtet. Diese müssten gemäss der Literatur allerdings weiterentwickelt werden (z.B. in Bezug auf die Transparenz), um den Problematiken der Verflechtungstendenz, des hohen administrativen Aufwands und des ungenügenden Austauschs zwischen den Kantonen entgegenzuwirken (MATHYS 2018).

Sowohl für die **horizontale wie auch für die vertikale Kooperation** stelle die Internationalisierung eine Herausforderung dar (BRÜHL-MOSER 2020; vgl. auch BREITENMOSER 2020). Dabei wird die Einführung neuer Formen der Kooperation gefordert, um Spannungsverhältnisse bei der Umsetzung abzubauen (BELSER/MAZIDI 2018 sowie BRÜHL-MOSER 2020). In gewissen Bereichen wie z.B. der Digitalisierung oder der Terrorismusbekämpfung seien sowohl eine horizontale wie auch eine vertikale Zusammenarbeit zentral (vgl. FAORO 2019 sowie MARTI 2019 zur Digitalisierung und LAUBER/MEDVED 2019 zur Terrorismusbekämpfung). Der durch Art. 48a BV ermöglichte politische Druck des Bundes in Bezug auf die horizontale Zusammenarbeit zwischen den Kantonen wird kritisch betrachtet (SCHWEIZER, Verteilung 2020). Soweit nötig müsse der verfassungsrechtliche Rahmen für die Zusammenarbeit weiterentwickelt werden (WALDMANN, Zusammenarbeit, 2020).

Die **überregionale Zusammenarbeit** wird verbreitet als Element der Weiterentwicklung des Föderalismus (BELSER 2017) und als Alternative zu Gebietsreformen (WALDMANN, Zusammenarbeit, 2020) betrachtet (vgl. zu den Reformvorschlägen Ziff. II.A.8).

## **G. Mitwirkung der Kantone im Bund (Mitwirkungsföderalismus)**

EGLI (2020) hat sich in einem Beitrag vertieft mit dem Mitwirkungsföderalismus befasst und ist dabei zum Schluss gekommen, dass die **kantonalen Mitwirkungsinstrumente ständig neu durchdacht und**

**angepasst** werden müssen, um die Kantone an der Ausübung der staatlichen Macht im Bund (im Sinne einer föderalistischen Partnerschaft) angemessen einzubeziehen. Die Autorin bemängelt, dass die kantonalen Stellungnahmen im Vernehmlassungsverfahren nicht bindend sind und kein systematischer Einbezug der Kantone bei der Planung und der Organisation der Vorentwürfe für Bundesgesetze oder in der parlamentarischen Phase erfolgt. Hier sieht sie **Optimierungspotenzial** wie den Erlass gesetzlicher Vorgaben für den **frühzeitigen Einbezug der Kantone beim Gesetzgebungsverfahren** oder die Sensibilisierung der Bundesversammlung auf kantonale Umsetzungsinteressen (EGLI 2020). Auch für WALDMANN (Zusammenarbeit, 2020) stellt die Verstärkung der Mitwirkung der Kantone an der Willensbildung des Bundes einen wichtigen Reformansatz dar.

Wie bereits erwähnt (vgl. Ziff. II.A.8) wird durch den **Ständerat nur noch bedingt für die kantonale Mitwirkung** beim Gesetzgebungsverfahren gesorgt (vgl. auch etwa BELSER, Föderalismuskonzeption, 2020). Vielmehr wird die Interessensvertretung der Kantone auf Bundesebene durch die **Konferenz der Kantonsregierungen** (KdK) wahrgenommen, obwohl dies aus demokratischer Sicht problematisch ist (SCHNABEL 2020; siehe dazu auch bereits Ziff. II.A.6). Eine Einbindung der Kantone und Gemeinden in die Bundespolitik durch Ämterkumulation bildet gemäss ARENS/FREIBURGHaus (2019) eher die Ausnahme als die Regel (vgl. auch FREIBURGHaus 2020). Die Autoren halten fest, dass eine Kombination von einem nationalen und einem kantonalen Amt zahlenmässig abgenommen hat, während die Anzahl national-kommunaler Ämterkumulation stabil geblieben ist (ARENS/FREIBURGHaus 2019). Dagegen gebe es ein Zuwachs von ehemaligen Mitgliedern einer Kantonsregierung im Ständerat (FREIBURGHaus 2020).

Bei den kantonalen **Handlungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten im Bereich der Aussenpolitik** sind sich die Autorinnen und Autoren uneinig: Gemäss EPINEY/KERN (2020) sind diese eher grosszügig ausgestaltet, wogegen etwa GLASER (2020) die Mitwirkungsmöglichkeiten der Kantone im Bereich der Aussenpolitik als unzureichend erachtet (vgl. dazu Ziff. II.K).

Mehrere Beiträge befassten sich spezifisch mit den behördlichen **Interventionen in Abstimmungskämpfen**, insbesondere mit kantonalen Interventionen in eidgenössischen Volksabstimmungen (siehe etwa PIRKER 2017, AUER 2017, LANGER 2017; AUER 2019; LANGER 2020; WYSS/HERZOG 2020; für die Gemeindeebene vgl. GLASER ET AL. 2019 sowie auch LANGER 2020).

## H. Finanzieller Föderalismus

### 1. Finanzlage Bund, Kantone und Gemeinden

Zur allgemeinen Finanzlage von Bund, Kantonen und Gemeinden wurde eher wenig publiziert. Gemäss einer Studie war der **Einfluss des New Public Managements** auf Verwaltungsausgaben eher gering, vielmehr seien die Ausgaben das Resultat politischer Entscheidungen (z.B. bei stark ausgebauten direktdemokratischen Elementen bestünden tiefere Ausgaben; RITZ/NEUMANN/SAGER 2019). Eine weitere Untersuchung hat die **Auswirkungen einer allfälligen Schuldenaufnahme und Investition am Kapitalmarkt** durch die Kantone überprüft. Dadurch hätten zwischen 1997 und 2015 zusätzlich fast 5% des Ertrags mit fremdfinanzierten Geldanlagen finanziert werden können (CHRISTEN/SOGUEL 2019).

RATHGEB/BRASSER/PESENTI (2020) haben sich ausführlich mit den finanzpolitischen Richtwerten im Kanton Graubünden befasst und deren Wirksamkeit überprüft. Dabei nehmen sie u.a. einen interkantonalen Vergleich vor, wobei die Ausgestaltung der Richtwerte im Kanton Graubünden ein Unikum darstellen würde.

## 2. Finanzausgleich

Der nationale Finanzausgleich (NFA) gab Anlass zu zahlreichen Beiträgen. Der NFA wird als **grosse Er-rungenschaft** (GAILLARD 2018) und als gelungene Neuerung (AEPPLI WARTMANN 2019; vgl. auch JAGGI 2017) bezeichnet. Gleichzeitig regen mehrere Autoren eine **Verbesserung mit weiteren Reformschritten** an (siehe etwa ARNOLD ET AL. 2019; SAVOIA/ZOBRIST 2019; BONATO/RÜHLI 2019; BURRET/SCHMID 2018; SCHALTEGGER/WINNISDÖRFER/FÄSSLER 2017 sowie SCHALTEGGER/LEISIBACH 2017). Solche Reformen werden insbesondere damit begründet, dass auch nach der Einführung des NFA zahlreiche Verflechtungen und Zentralisierungstendenzen bestehen würden (SCHALTEGGER/WINNISDÖRFER/FÄSSLER 2017 sowie SCHALTEGGER/LEISIBACH 2017; vgl. auch BRÜHL-MOSER 2020) und Anreizprobleme beim NFA-System ausgemacht werden (SCHALTEGGER/LEISIBACH 2017 und 2018; STÖCKLI 2019). So setze der NFA dem interkantonalen Steuerwettbewerb Grenzen (RÜHLI 2017 sowie CAPPELLETTI 2017; STÖCKLI 2019; vgl. auch ARNOLD 2019). Gemäss ROTHER (2017) führen Transfereinnahmen (z.B. aus direkter Bundessteuer oder Finanzausgleich) zu einem Verlust der Kantonsautonomie; entsprechend fordert der Autor eine Reform zur finanziellen Entflechtung. Schliesslich bemängelt JAGGI (2017), dass die Kernstädte beim Lastenausgleich zu wenig berücksichtigt werden.

BRÜLHART/SCHMIDHEINY (2019) haben die Auswirkungen des Finanzausgleichs nach Neubestimmungen der Transfersumme mit Simulationsrechnungen anhand von drei Szenarien (u.a. einem Optimierungsvorschlag der Konferenz der Kantonsregierungen) untersucht und SCHALTEGGER/MAUCHLE (2018) haben eine Wirkungsanalyse des innerkantonalen Finanzausgleichs im Kanton Zürich durchgeführt und zeigen Handlungsmöglichkeiten auf.

## 3. Schuldenbremse

YERLI/TRINKLER/HORNI (2017) haben den kantonalen **Spielraum bei der Einführung von Schuldenbremsen** u.a. im Zusammenhang mit der Umstellung auf die modernen öffentlichen Rechnungslegungsnormen wie HRM 2 erörtert. Auch RATHGEB/BRASSER/PESENTI (2020) haben sich mit der Schuldenbremse in den Kantonen auseinandergesetzt. Der Kanton Graubünden kenne das Instrument der Schuldenbremse nicht und dessen Einführung sei derzeit auch nicht notwendig (RATHGEB/BRASSER/PESENTI 2020). Die durch die Corona-Krise begründete und auf Notrecht gestützte Ausserkraftsetzung der in der Kantonsverfassung des Kantons Bern verankerten Schuldenbremse wurde als unzulässig erachtet (UHL-MANN/WILHELM 2020).

## 4. Steuern und Abgaben

Es konnten **zahlreiche spezifische Beiträge im Steuerbereich** ausgemacht werden. Allgemein mit dem kantonalen Spielraum bei den Steuern setzen sich OPEL/BEHNISCH 2017 oder Standardwerke wie z.B. dasjenige von REICH (2020) auseinander (vgl. zur Steuerharmonisierung auch CAJACOB/YUAN 2020). SAVOIA/ZOBRIST (2019) weisen darauf hin, dass der Schweizer Steuerwettbewerb auf internationaler Ebene verteidigt werden sollte.

Die **Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)** wurde etwa von MATTEOTTI/DINI (2019) oder von LEONARDI/BERNASCONI (2020) besprochen. Gemäss PFAMMATER (2019) sollten mit der STAF Effizienzverluste infolge verschiedener Regelungen vermieden, aber gleichzeitig die positiven Effekte des Föderalismus aufrechterhalten werden. Dabei sollte den Kantonen ein genügender Ermessensspielraum bei der Umsetzung gewährt werden, was beispielsweise bei der Patentbox gemacht worden sei (PFAMMATER 2019).

Verschiedene Publikationen waren dem **interkantonalen Doppelbesteuerungsverbot** und den entsprechenden kantonalen Gesetzen gewidmet (z.B. BETSCHART/HILDEBRAND 2019). Gemäss STADELMANN/KÖNIG (2019) besteht eine problematische Rechtsordnung in diesem Bereich und auch DE VIRE REILINGH (2020) hat Brennpunkte ausgemacht.

BONATO/RÜHLI (2019) setzten sich mit dem fiktiven Szenario auseinander, dass einzig der Bund Steuern erhebt und diese an die Kantone zurückverteilt. Als mögliche Folgen stellen sie einen Attraktivitätsverlust von ländlichen Regionen und eine Abwanderung von Unternehmen fest. Sie betonen, dass die Steuerhoheit der Kantone aus verschiedenen Gründen wie der friedlichen Koexistenz verschiedener Gesellschaften und der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit wichtig ist. Die Tendenz Richtung Zentralisierung müsse gestoppt werden (BONATO/RÜHLI 2019).

## I. Laborföderalismus/Wettbewerbsföderalismus

Der **Wettbewerbsföderalismus ist insbesondere im Steuerbereich** relevant. Die Konkurrenz bei den Steuern spornte die Kantone dazu an, ein möglichst attraktives Steuersystem zu entwickeln (LEONARDI/BERNASCONI 2020). Die im Bereich der Erbschaftssteuer vorgenommenen kantonalen Steuersenkungen haben gemäss BRÜLHART (2019) zu keinen statistisch erfassbaren Wanderungsbewegungen geführt.

Föderalistische Systeme bieten Chancen für politische **Innovationen**, von denen auch die Bundesebene profitieren könne (SAGER/RÜEFLI/THOMANN 2019). Gemäss MARTI (Verfassungsrecht, 2020) hätten allerdings die kantonalen Innovationsmöglichkeiten durch die umfassenden bundes- und völkerrechtlichen Grundrechtsgarantien sowie die Vereinheitlichung des Straf- und Zivilprozessrechts deutlich abgenommen. Dennoch wird der **Laborföderalismus als lebendig und funktionsfähig** wahrgenommen, wie dies zahlreiche verschiedene Beispiele aus unterschiedlichsten Sachbereichen zeigen: Beispielsweise weist BOCHSLER (2018) darauf hin, dass das Proporzwahlverfahren auf kantonaler Ebene antizipiert wurde und das Frauenstimmrecht bereits vor Einführung auf Bundesebene in einigen Kantonen bestanden hatte. CHATTON (2020) sieht die kantonalen Grundrechte als wichtige Quelle nationaler Rechtsfortbildung. Gemäss KELLER/WEBER (2020) lehnt sich zudem eine neue bundesrechtliche Regelung im ParlG an die Regelung des Kantons Freiburg zur Kündigung von Konkordaten an.

Nach einer Analyse der kantonalen Planungshilfen im Bereich der Störfallvorsorge schlagen ADLER/SCHMIDLIN (2020) vor, dass der Bund die Methoden der Kantone übernehmen könnte. GERBER (2019) präsentiert die Fachstelle Brückenbauer in der Kantonspolizei Zürich, welche zuerst nur der Kanton Zürich kannte und mittlerweile auch in anderen Kantonen umgesetzt wurde.

Die Kantone Zug und Genf sowie die Stadt Zug experimentieren als erste Gemeinwesen der Schweiz mit der Blockchain-Technologie (SPICHTIGER 2019) und der Kanton Aargau hat den Prozess für kantonale Anhörungen und Vernehmlassungen in einem Pionierprojekt vollständig digitalisiert (ANDEREGG 2020).

RÖSSLER (2019) setzt sich mit dem Familiengericht im Kanton Aargau auseinander, welches im ausserkantonalen Vergleich positiv abschneide. DOLESCHAL (2019) weist auf die Pionierrolle des Kantons Nidwalden bei der abstrakten Normenkontrolle kantonaler Erlasse hin und BISAZ (2020) sieht die Lösung des Graubündens für die direkte Anfechtbarkeit von Realakten auch als Möglichkeit für andere Kantone und den Bund.

Für die 4-Säulen-Politik im Drogenbereich sei der Föderalismus vorteilhaft gewesen – dadurch hätten neuartige Vorgehensweisen von günstigen Rahmenbedingungen profitieren können, vorausgesetzt werde ein notwendiger Ermessensspielraum für die Akteure (SAVARY 2019). Die Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) erfülle die Anforderungen an den Ermessensspielraum und erlaube Innovationen mittels steuerlicher Massnahmen (CAJACOB/YUAN 2020). Auch durch die subsidiäre Aufgabenteilung im Gesundheitsbereich könnten die Kantone als Versuchslabore fungieren (COSANDEY 2020).

## J. Vergleichende Studien

Der Föderalismus in der Schweiz gab im Berichtszeitraum 2017–2020 Anlass zu **zahlreichen verschiedenen komparativen Studien** aus den unterschiedlichsten Sachgebieten.

Im Bereich **Staatsorganisation und Behörden** wurden beispielsweise kantonale Behördenreferenden (BÄTSCHMANN 2017), die kantonale Organisation und Zuständigkeiten bei der Naturgefahrenprävention (WIDMER 2017), verschiedene kantonale Parlamente (WIRZ 2018; VON WYSS 2020), kommunale und kantonale Parlamente (STEINER 2019), die Rahmenbedingungen der Militärtätigkeit in 75 ausgewählten Gemeinden der Schweiz (FREITAG et al. 2019), die Gemeinden und insbesondere das Versammlungs- und Parlamentssystem (LADNER 2019 sowie LADNER/HAUS 2019), die kantonalen Bezirksstrukturen (STEINER 2020) oder auch die Organisation der Kantone und insbesondere deren Regierungen und Verwaltungen (DÉFAGO-GAUDIN 2020) miteinander verglichen.

Zu den **politischen Rechten und zum politischen System** gab es ebenfalls mehrere vergleichende Studien. So haben sich VATTER/FLICK WITZIG (2019) mit der unterschiedlichen Ausgestaltung der politischen Rechte in den Städten der Schweiz auseinandergesetzt und BISAZ (2020) analysierte die unterschiedlichen direktdemokratischen Instrumente in der Schweiz auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene. Weiter wurden die verschiedenen Regierungskoalitionen (VATTER/MILIC 2019), die politischen Vorstösse zum Themenbereich der Religion der Jahre 2010–2018 in 15 ausgewählten Kantonen (AMMANN/PAHUD DE MORTANGES 2019), die Ausgestaltung der Autonomie in den Bereichen des allgemeinen und des gleichen Stimmrechts in Nordwestschweizer Kantonen (VON HEYDEBRAND 2019), die Volksinitiativen in den Kantonen (SOMER 2020) sowie die kantonalen Abstimmungen von 2012–2020 (BERGAMIN/SCHMITT 2020) verglichen. WALTER/EMMENEGGER (2019) haben überdies ein Datenset über die parteiliche Zusammensetzung der Kantonsregierungen erstellt.

Zu Aspekten der **Rechtsetzung** wurden ebenfalls Vergleiche angestellt. So verglich UHLMANN (2017) den Rechtsbestand und die Rechtssetzungsaktivitäten der Kantone. CALENDO/RUTZ (2018) befassten sich spezifisch mit dem Vergleich der Regulationstätigkeit zwischen der West- und der Deutschschweiz.



FLÜCKIGER (2020) analysierte zudem die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen kantonalen und kommunalen Gesetzgebungsverfahren.

Der Bereich der **Rechtspflege** hat ebenfalls zu zahlreichen Publikationen geführt. So befasste sich etwa BUSER (2020) mit verschiedenen kantonalen Gerichten. Mehrere Autorinnen und Autoren verglichen zudem verschiedene Verfahren (vgl. REYMOND 2019 zu den Mediationsverfahren im Jugendstrafrecht in Westschweizer Kantonen, DOLESCHAL 2019 zu den kantonalen Normenkontrollverfahren oder HÄUSLER/FERRARI-VISCA 2019 zu den verwaltungsrechtlichen Klageverfahren des Bundes sowie der Kantone Bern und Zürich). RIZVI (2020) widmete sich den Administrativuntersuchungen auf Bundes- und Kantonsebene. Die verschiedenen Regelungen zu den Gerichtsberichtserstattenden (CORPATAUX 2019) sowie zu den Staatsanwälten (LONGO 2019) bildeten ebenfalls Gegenstand von Abhandlungen. Spezifisch im strafrechtlichen Bereich wurden die ausgesprochenen strafrechtlichen Sanktionen (DEMARTINI/KOLLER 2019), die Praxis der Kantone bei der bedingten Entlassung aus dem stationären Massnahmen- und Strafvollzug (FREYTAG/ZERMATTEN 2019), die kantonalen Regelungen zur Entschädigung amtlicher Verteidigungen (GROEBLI ARIOLI 2019) sowie die kantonalen Unterschiede beim Übergangsmangement im Strafvollzug (WEGEL 2019) genauer erörtert.

Wie die Kantone die Vorgaben im **Bereich des Steuerrechts** umgesetzt haben, bildete ebenfalls Gegenstand von vergleichenden Publikationen. Beispielsweise haben KÜTTEL/RÖLLIN 2019 die Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung auf kantonalen Ebene untersucht und BERTSCHINGER/MÜHLEMANN 2020 beleuchten die unterschiedlichen kantonalen Umsetzungen der Patentbox.

Auch wurden **kantonale Erlasse verschiedenster Bereiche** wie kantonale Statistikgesetze (KURATHLI 2017), kantonale Regelungen zum Öffentlichkeitsprinzip (STEINMANN 2018), zu Tot- und Fehlgeburten (GRÜNEWALD 2019), zum E-Government (GLASER/EHRAT 2019), zur Planung und zum Bau von Windenergieanlagen (ZUMBERHAUS 2019) oder zu Rettungsdiensten (STRUSS 2020) einander gegenübergestellt. Kommunale Regelungen wurden ebenso miteinander abgeglichen (vgl. z.B. BÜHLMANN/JUD 2019 für den Bereich der Lärmkonflikte oder ZUMSTEG 2020 zu Demonstrationen). Den Vergleich der kantonalen Verfassungen hat JAAG (2020) und derjenige der kantonalen Grundrechte CHATTON (2020) vorgenommen.

**Verschiedene kantonale Vorgehensweisen** wurden ebenfalls thematisiert. So hat WIZENT (2018) das Vorgehen der Kantone bei der Rückerstattung der Sozialhilfe erörtert und MERETS et al. (2020) interessierten sich für die unterschiedlichen kantonalen E-Plattformen. VOLLMER (2020) hat zudem die kantonalen Ausgestaltungen der Altershilfe untersucht. Einen Vergleich der kantonalen und kommunalen Ausgaben im Bereich der Agrarpolitik haben zudem DÜMMLER/BONATO (2020) vorgenommen. CATTANEO/WOLTER (2020) haben die kantonale Selektionsmechanismen für Gymnasien gewürdigt.

Die **Auswirkungen** der verschiedenen kantonalen Regelungen und Vorgehensweisen wurden beispielsweise von MEULI/KNÖPFEL (2020) in Bezug auf das frei verfügbare Einkommen von Seniorinnen und Senioren oder von SCHLÄFLI (2020) in Bezug auf die Gesundheitspolitik und deren Einfluss auf die Ergänzungsleistungen in sieben Kantonen untersucht. Avenir Suisse erstellt zudem regelmässig einen Freiheitsindex, indem die zivilen Freiheiten in den Kantonen untersucht werden (vgl. z.B. BONATO 2020).

## K. Föderalismus und Aussenpolitik

Im Bereich der Aussenpolitik hebt FASSBENDER (2017) die **geringe Bedeutung subnationaler Gliedstaaten bei auswärtigen Angelegenheiten** hervor, obwohl die Aussenpolitik einen prägenden Einfluss auf die Innenpolitik hat (siehe dazu NUSPLIGER 2019). GLASER (2020) hebt ebenfalls hervor, dass die Mitwirkungsmöglichkeiten der Kantone im Bereich der Aussenpolitik (Art. 55 BV) unzureichend und zwingend Beteiligungsverfahren vorzusehen sind. OESCH (2020) sieht ebenfalls eine Kompetenzkonzentration beim Bund in Bezug auf völkerrechtliche Verträge und eine dadurch hervorgehende Beschränkung der Autonomie der Kantone. Gleichzeitig würden ein formelles Mitentscheidungs- oder Vetorecht der Kantone allerdings eine Gefährdung der internationalen Handlungsfähigkeit des Bundes darstellen und dessen Letztverantwortung in auswärtigen Angelegenheiten in Frage stellen (OESCH 2020). Dennoch hält BREITENMOSER (2020) dafür, dass die Kantone beim Willensbildungsprozess beim Abschluss neuer europa- und völkerrechtlicher Abkommen besser einbezogen werden sollten (vgl. dazu auch BESLER/MAZIDI 2018). Zudem solle dabei eine Güterabwägung unter Berücksichtigung des Föderalismus vorgenommen werden (BREITENMOSER 2020). Auch KELLER/WEBER (2020) halten die Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens bei der Kündigung von Staatsverträgen mit Einbezug der Kantone in gewissen Fällen für sachgerecht und verweisen zusätzlich auf die Möglichkeiten des Referendums durch die Kantone und der Standesinitiative. WYTENBACH (2017) und BESLER/MAZIDI (2018) gehen spezifisch auf das Spannungsfeld zwischen der aussenpolitischen Zuständigkeit des Bundes und der innerstaatlichen Kompetenzordnung bei menschenrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz ein.

EPINEY/KERN (2020) sind der Ansicht, dass das **«(Über-)Gewicht des Bundes in auswärtigen Angelegenheiten»** etwa durch die Zurückhaltungspflicht zugunsten der Kantone oder durch die Anerkennung der Beziehungen der Kantone mit dem Ausland **kompensiert** werde. Die Kantone würden ihre Befugnisse im Bereich der Aussenpolitik über eine Vielzahl von Kanälen wahrnehmen; besonders bemerkenswert sei die verstärkte Bündelung der Kräfte der Kantone (z.B. über die Konferenz der Kantonsregierungen [KdK]). Die kantonalen Handlungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten seien eher grosszügig ausgestaltet und erlaubten eine lebhaftere «kleine Aussenpolitik» sowie eine «relativ tragfähige Verankerung der Bundesaussenpolitik im föderalistischen Staatsgefüge» (EPINEY/KERN 2020).

FASSBENDER/GÜBELI (2018) stellen bei ihrer Untersuchung eine Abnahme der völkerrechtlichen Verträge bei Binnenkantonen fest. TSCHIRREN (2018) fordert schliesslich einen stärkeren Einbezug der Städte bei der Aussenpolitik.

## III. Würdigung

Insgesamt wird der Föderalismus in der wissenschaftlichen Literatur der Jahre 2017 bis und mit 2020 **positiv bewertet und als stark erachtet**. Gleichzeitig steht das föderale Staatssystem in der Schweiz gemäss vielen Autorinnen und Autoren infolge mehrerer Faktoren **unter Druck**, wobei insbesondere die weiterhin steigende Zentralisierung eine wichtige Rolle spiele. Die Kantone würden zunehmend eingeschränkt – sei dies durch die Internationalisierung oder auch durch die Kompetenzattraktion beim Bund. Das Spannungsfeld zwischen den Vorgaben des übergeordneten Rechts und der Autonomie der Kantone verstärke sich zunehmend. Die Autorinnen und Autoren würdigen auch weitere Entwicklungen kritisch: Beispielsweise stellten der Exekutivföderalismus und die damit verbundenen Aktivitäten der Konferenz der Kantonsregierungen zwar eine Stärkung der Kantone dar, aber gleichzeitig würden



dadurch die kantonalen Parlamente geschwächt. Auch die Verflechtungen und unklaren Verantwortungsteilungen oder der mangelnde Schutz von Minderheiten stellen Kritikpunkte dar. Der Föderalismus gilt indessen nicht als statisch, sondern wird stetig weiterentwickelt. Dementsprechend häufig finden sich auch **Reformvorschläge** in der Literatur: Beispielsweise werden die Einführung einer vierten Staatsebene, eine Neuordnung der Kantone oder etwa die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit und die gerichtliche Durchsetzung föderalistischer Grundsätze angeregt. Der Einbezug der Gemeinden und Städte im föderalen System wurde im Berichtszeitraum mehrmals erwähnt und dürfte auch in der Zukunft zu Publikationen führen.

Die **Aufgaben- und Kompetenzverteilung** im Schweizerischen Bundesstaat ist ebenfalls ein **dynamisches Gebiet** und wird stetig weiterentwickelt. Insbesondere in den Bereichen der kantonalen Staatsorganisation und politischen Rechte, der öffentlichen Sicherheit und der Polizei, der Bildung, der Umwelt sowie der Gesundheit und der sozialen Sicherheit wurden 2017 bis und mit 2020 zahlreiche Beiträge publiziert, die sich mit der Kompetenzzuordnung oder mit kantonalen Spielräumen befasst haben. Interessant ist, dass aktuelle Themen wie die Digitalisierung oder die Klimaerwärmung eher selten aus föderalistischer Perspektive betrachtet wurden. Beim Vollzug wird einerseits kritisiert, dass der Bund die Kantone zunehmend einschränkt, und andererseits werden in spezifischen Sachgebieten u.a. mangelnde Ressourcen seitens der Kantone festgestellt. Auch die konkrete Finanzierung der Staatsaufgaben wird eher wenig thematisiert, obwohl dieser Punkt im politischen Prozess eine zentrale Rolle spielt.

Der **kooperative Föderalismus** ist in der Schweiz wichtig und insbesondere die interkantonale Zusammenarbeit hat sich gemäss der Literatur in den letzten Jahren zunehmend intensiviert. Beim **Mitwirkungsföderalismus** wird teilweise Optimierungsbedarf festgestellt; so könnte beispielsweise sichergestellt werden, dass die Kantone im Gesetzgebungsverfahren frühzeitig einbezogen werden. Im Bereich der Aussenpolitik wurde auf den geringen Einbezug der Kantone aufmerksam gemacht. Dieses Thema dürfte wohl auch in Zukunft einen wichtigen Platz in der Föderalismusforschung einnehmen.

In mehreren Publikationen wird schliesslich der **Laborföderalismus** hervorgehoben, der zwar zu verschiedenen kantonalen Lösungen führt, dafür aber Innovationen begünstigt. Diesbezüglich konnten zahlreiche vergleichende Studien ausgemacht werden, die unterschiedliche kantonale (oder auch kommunale) Lösungen miteinander verglichen haben.

## IV. Verzeichnis Publikationen

### A. Publikationen des Jahres 2017

- ARENS ALEXANDER/ARNOLD TOBIAS/MÜLLER SEAN/VATTER ADRIAN, Föderalismus und Dezentralisierung in der Schweiz: Die politischen Effekte der Föderalismusreform NFA, in: EUROPÄISCHES ZENTRUM FÜR FÖDERALISMUS-FORSCHUNG TÜBINGEN (EZFF, Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2017, Baden-Baden 2017, S. 184 ff.
- ARNOLD TOBIAS, Playing the Vertical Power Game: The Impact of Local Authorities in Cantonal Parliaments on the Financing of Special Schools, in: Swiss Political Science Review (SPSR) 23 (2017), S. 116 ff.
- AUDERSET JURI, Tocqueville und die Demokratie in der Schweiz. Analysen, Rezeptionsfelder und Aktualisierungen, in: SKADI SIIRI KRAUSE (Hrsg.), Erfahrungsräume der Demokratie. Zum Staatsdenken von Alexis de Tocqueville, Stuttgart 2017, S. 39 ff.
- AUER CHRISTOPH, Ist das Interventionsverbot noch zeitgemäss?, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 118 (2017), S. 181 ff.
- AUER CHRISTOPH, Kommentar zum Urteil 1C\_455/2016 vom 14. Dezember 2016, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 118 (2017), S. 216 ff.
- BÄTSCHMANN BETTINA, Das Behördenreferendum in den Kantonen, in: LeGes 28 (2017), S. 27 ff.
- BEHNKE NATHALIE/MÜLLER SEAN, The purpose of intergovernmental councils: A framework for analysis and comparison, in: Regional & Federal Studies 27 (2017), S. 507 ff.
- BELSER EVA MARIA (im Interview), Die Quadratur der Vielfalt, universitas 2/2016/17, S. 40 ff.
- BELSER EVA MARIA/WALDMANN BERNHARD/WIEDERKEHR RENÉ, Staatsorganisationsrecht, Zürich 2017.
- BIAGGINI GIOVANNI, BV Kommentar: Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 2. Aufl., Zürich 2017.
- BOCHSLER DANIEL, Lo stemperamento die contorini politici die cantoni svizzeri, in: SEAN MÜLLER/ANJA GIUDICI (Hrsg.), Il federalismo svizzero, Locarno 2017, S. 63 ff.
- BORLAT JULIEN, La tâche assignée à la Confédération et aux cantons en matière d'adaptation des forêts aux changements climatiques, in: Newsletter IFF 1/2017.
- BÖSCH LORENZ, Funktionale Räume statt Kantone?, Gastkommentar in: NZZ vom 19. Juli 2017, S. 11.
- BRAUN DIETMAR/RUIZ CHRISTIAN/SCHNABEL JOHANNA, Consolidation Policies in Federal States. Conflicts and Solutions, Abingdon 2017.
- BRÜLHART MARIUS/SCHMIDHEINY KURT, Steuerzahler suchen bei Vermögenssteuern nach Ausweichstrategien, in: Die Volkswirtschaft 90 (5/2017), S. 34 ff.
- BURRI THOMAS, Verfassungs- und staatsrechtliche Bedenken anlässlich des BGE zur Bündner Spracheninitiative, in: sui generis 2017, S. 148 ff.
- CAPPELLETTI FABIO, La perequazione finanziaria: tra concorrenza e solidarietà, in: SEAN MÜLLER/ANJA GIUDICI (Hrsg.), Il federalismo svizzero, Locarno 2017, S. 93 ff.
- CH STIFTUNG FÜR EIDGENÖSSISCHE ZUSAMMENARBEIT (Hrsg.), 50 Jahre ch Stiftung (verfasst von CLAUDIA AUFDERMAUER), Bern 2017.

- DARDANELLI PAOLO, Il federalismo svizzero in prospettiva comparata: miti e realtà, in: SEAN MÜLLER/ANJA GIUDICI (Hrsg.), Il federalismo svizzero, Locarno 2017, S. 223 ff.
- DIEBOLD NICOLAS, Kommentar zum Bundesgerichtsentscheid 2C\_234/2016 vom 24. Mai 2017, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 118 (2017), S. 545 ff.
- DONATSCH MARCO, Die Stellung der öffentlichen Hand bei der Spitalfinanzierung nach KVG, in: Jusletter vom 28. August 2017.
- FASSBENDER BARDO, Auswärtige Gewalt, in: HEINRICH OBERREUTER (Hrsg.), Staatslexikon, Band 1, 8. Aufl., Freiburg im Breisgau, S. 501 ff.
- FELD LARS P./SCHALTEGGER CHRISTOPH A. et al., Föderalismus und Wettbewerbsfähigkeit in der Schweiz, Staatsstrukturen für eine erfolgreiche Schweiz im 21. Jahrhundert, Zürich 2017.
- FELD LARS P./SCHALTEGGER CHRISTOPH A., Kantone als Labore, Gastkommentar in: NZZ vom 1. September 2017.
- GIUDICI ANJA/MÜLLER SEAN, Come funziona il federalism elvetico?, in: SEAN MÜLLER/ANJA GIUDICI (Hrsg.), Il federalismo svizzero, Locarno 2017, S. 9 ff.
- GIUDICI ANJA, Una centralizzazione passata dalla porta di servizio? Il federalismo scolastico svizzero: origini, evoluzione e sfide contemporanee, in: SEAN MÜLLER/ANJA GIUDICI (Hrsg.), Il federalismo svizzero, Locarno 2017, S. 193 ff.
- GLASER ANDREAS (Hrsg.), Politische Rechte für Ausländerinnen und Ausländer?, Zürich 2017.
- HENSELER DAVID, Observationen von Sozialhilfebezügern – das Beispiel der Stadt Zürich, in: Jusletter vom 11. Dezember 2017.
- JAGGI YVETTE, Les milliards de la solidarité confédérale, in: *Domaine Public* 2171 (2017).
- JOMINI ANDRÉ, Le juge administratif et la médiation, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 3/2017.
- JUNOD GRÉGOIRE, «Les villes devraient être mieux écoutées», in: *Le Temps* vom 27. Oktober 2017, S. 7.
- KIESER UELI/SANER KASPAR, Vermögensanlage von Vorsorgeeinrichtungen, in: *Aktuelle Juristische Praxis (AJP)* 26 (2017), S. 327 ff.
- KURATHLI PETER, Die öffentliche Statistik im Recht, Diss. Basel 2016, Zürich/St. Gallen 2017.
- KOCH PHILIPPE/ROCHAT PHILIPPE E., The Effects of Local Government Consolidation on Turnout: Evidence from a Quasi-Experiment in Switzerland, in: *Swiss Political Science Review* 23 (2017), S. 215 ff.
- KÜBLER DANIEL, Le agglomerazioni urbane – nuovi attori del federalismo svizzero?, in: SEAN MÜLLER/ANJA GIUDICI (Hrsg.), Il federalismo svizzero, Locarno 2017, S. 159 ff.
- LANGER LORENZ, Kantonale Interventionen bei eidgenössischen Abstimmungskämpfen, in: *Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI)* 118 (2017), S. 183 ff.
- LIENHARD CHRISTOPH, Kantonswechsel von Drittstaatenangehörigen: Probleme und Handhabung in der Praxis, in: Jusletter vom 20. März 2017.
- LIENHARD ANDREAS/KETTIGER DANIEL/BÜHLER JACQUES/MÉRILLAT LORANNE/WINKLER DANIELA, The Federal Supreme Court of Switzerland: Judicial Balancing of Federalism without Judicial Review, in: NICHOLAS ARONEY/JOHN KINCAID (Hrsg.), *Courts in Federal Countries: Federalists or Unitarists?*, Toronto 2017.
- LIENHARD ANDREAS/MÄCHLER AUGUST/ZIELNIEWICZ AGATA, *Öffentliches Finanzrecht*, Bern 2017.

- 
- LINDEGGER RETO/MÜLLER ANDREAS, Für ein Gemeindereferendum auf Bundesebene, Gastkommentar in: NZZ vom 12. September 2017, S. 10.
- LINDER WOLF/MÜLLER SEAN, Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven, 4. Aufl., Bern 2017.
- LÜTHI STEFAN, Föderalismus im Spannungsfeld von lokalen und globalen Standortnetzwerken der Wissensökonomie, in: Newsletter IFF 2/2017.
- MAISSEN THOMAS, Was Katalonien vom Kanton Jura lernen kann? Geduld, Gastkolumne in: NZZ am Sonntag vom 5. November 2017, S. 18.
- MARTI ARNOLD, Von Barcelona nach Delémont – Demokratie und Verfassungsgerichte als Thema, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 118 (2017), S. 637.
- MARTI ARNOLD, Die Kosten im heutigen Zivilprozess, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 3/2017.
- MINDER LILIANE DENISE, Administrative Versorgungen im Spannungsfeld zwischen Bund und Kantonen, in: Newsletter IFF 3/2017.
- MONTAVON MICHAEL/VOLLERY LUC, Adaption des législations cantonales sur la transparence à la Convention d'Aarhus – L'exemple de Fribourg, in: Umweltrecht in der Praxis (URP) 2017, S. 459 ff.
- MÜLLER SEAN/DARDANELLI PAOLO, Kooperation, nicht Wettbewerb mit dem Bund, Gastkommentar in: NZZ vom 5. August 2017, S. 16.
- MÜLLER SEAN/VATTER ADRIAN, Federalism and Decentralisation in Switzerland, in: FERDINAND KARLHOFER/GÜNTHER PALLAVER (Hrsg.), Federal power-sharing in Europe, Baden-Baden 2017, S. 39 ff.
- OPEL ANDREA/BEHNISCH URS R., Grenzen der kantonalen Souveränität – dargestellt am Beispiel der Zürcher Spitalsteuer, in: Jusletter vom 27. Februar 2017.
- PALERMO FRANCESCO/KÖSSLER KARL, Comparative federalism: constitutional arrangements and case law, Oregon 2017.
- PEDRETTI RAMONA, Die Vereinbarkeit von kantonalen Volksinitiativen mit höherrangigem Recht, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 118 (2017), S. 299 ff.
- PIRKER BENEDIKT, Behördeninterventionen in Abstimmungskämpfen, in: Aktuelle Juristische Praxis (AJP) 26 (2017), S. 1366 ff.
- POLEDNA TOMAS, Kantone als Krankenversicherer, Gastkommentar in: NZZ vom 28. Juni 2017, S. 9.
- RHINOW RENÉ, Vom Nationalstaat zum integrativen Verfassungsstaat, in: Aktuelle Juristische Praxis (AJP) 26 (2017), S. 780 ff.
- ROSSAT-FAVRE COLETTE, La simplification législative: expériences fédérales et cantonales, in: LeGes 28 (2017), S. 211 ff.
- ROTHER NATANAEL, Effizienz statt Haushaltsneutralität, Blog Avenir Suisse, 5. Juli 2017.
- ROTHER NATANAEL, Gemeinsam gezahlt ist nicht billiger, Blog Avenir Suisse, 23. Mai 2017.
- ROULET YELMARC, Fédéralisme en déséquilibre, in: Le Temps vom 27. Oktober 2017, S. 1.
- RUTZ SAMUEL/CALENDI LAURA, Die Kantone kommen sich näher: Der Avenir-Suisse-Freiheitsindex 2017, Zürich 2017.

- RÜHLI LUKAS, *Arme Schwyzer, reiche Jurassier: Grenzen der kantonalen Steuerstrategien*, Blog Avenir Suisse, 30. Januar 2017.
- SAXER URS, *Die Online-Zuständigkeit des Bundes*, in: *Aktuelle Juristische Praxis (AJP)* 26 (2017), S. 334 ff.
- SÄGESSER THOMAS, *Volksabstimmung über eine bundesrechtswidrige Vorlage: diskutiert am Beispiel des Kantons Zug*, in: *LeGes* 28 (2017), S. 39 ff.
- SCHELKER MARK/SCHNEITER MARCO, *The Elasticity of Voter Turnout: Investing 85 Cents per Voter to Increase Voter Turnout by 4 Percent*, in: *Electoral Studies* 49 (2017), S. 65 ff.
- SHELLER ALBERT, *Thurgau: Die kantonale Verwaltung leitet Gemeinden zur Gehörsverletzung an*, in: *Jusletter* vom 10. April 2017.
- SCHINDLER BENJAMIN, *Medienförderung in der «Post-Billag-Ära»*, Gastkommentar in: *NZZ* vom 22. November 2017, S. 9.
- SCHMITT NICOLAS, *Instruction civique ou éducation à la citoyenneté? Une différence plus profonde qu'il n'y paraît*, in: *Newsletter IFF* 1/2017.
- SCHNABEL JOHANNA/MÜLLER SEAN, *Vertical influence or horizontal coordination? The purpose of intergovernmental councils in Switzerland*, in: *Regional & Federal Studies* 27 (2017), S. 549 ff.
- SERDÜLT UWE/DUBUIS ERIC/GLASER ANDREAS, *Elektronischer versus brieflicher Stimmkanal*, in: *Jusletter IT* vom 21. September 2017.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./FREY CHRISTIAN/SCHMID LUKAS A., *Föderalismus fördern*, in: *Schweizer Monat* 1044 (2017), S. 52 ff.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./LEISIBACH PATRICK, *Wenn Unternehmenssteuern die Kantonsfinanzen belasten*, Gastkommentar in: *NZZ* vom 14. Februar 2017, S. 10.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./STUDER THOMAS M., *Im Sog des Zentralstaates*, Gastkommentar in: *NZZ* vom 16. August 2017, S. 25.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./SCHMID LUKAS A., *Mut zur Vielfalt*, in: *Die Weltwoche* 43/2017.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./STUDERUS JANINE, *Gemeindefusionen ohne Spareffekt*, in: *NZZ* vom 14. März 2017, S. 9.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./WINISTÖRFER MARC M., *Keine Lust auf Debatten*, Gastkommentar in: *NZZ* vom 5. Mai 2017, S. 10.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./WINISTÖRFER MARC M./FÄSSLER LUCA, *Verflechtungen bedrohen Föderalismus*, in: *Die Volkswirtschaft* 90 (10/2017), S. 42 ff.
- SCHAUB LUKAS, *Die Stimmpflicht als «Nudge»: Der Versuch einer regulatorischen (Neu-)Einordnung*, in: *Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl)* 118 (2017), S. 583 ff.
- SCHEFER MARKUS/SCHAUB LUKAS, *Grenzen kantonaler Organisationsautonomie bei Richterwahlen*, in: *Jusletter* vom 25. September 2017.
- SCHUBIGER MAXIMILIAN, *Die Ungültigerklärung kantonaler Volksinitiativen: ein juristischer oder ein politischer Entscheid?*, in: *LeGes* 28 (2017), S. 51 ff.

- 
- SIROKY DAVID S./MÜLLER SEAN/HECHTER MICHAEL, Cultural legacies and political preferences: the failure of separatism in the Swiss Jura, in: *European Political Science Review* 9 (2017), S. 303 ff.
- STALDER HELMUT, Wären zwölf Kantone besser?, Gastkommentar in: *NZZ* vom 7. Juni 2017, S. 15.
- STOJANOVIĆ NENAD, La Svizzera, una consociazione linguistica? Le minoranze linguistiche a livello federale e nei Cantoni plurilingui, in: SEAN MÜLLER/ANJA GIUDICI (Hrsg.), *Il federalismo svizzero*, Locarno 2017, S. 125 ff.
- TIEFENTHAL JÜRIG M., Kantonale Polizeihöhe – Grundpfeiler des Föderalismus oder folkloristischer Mythos?, in: *Sicherheit & Recht* 2017, S. 153 ff.
- TIEFENTHAL JÜRIG M., Kantonsgründung, Sezession und Inkorporation im Bundesstaat, in: *recht* 35 (2017), S. 67 ff.
- UHLMANN FELIX, Gerichtliche Überprüfung der föderalistischen Grundsätze in der Schweiz – Gutachten zuhanden der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), in: *Newsletter KdK* 2/2017.
- UHLMANN FELIX, Wer hat und wer macht wie viel? Rechtsbestand und Rechtsetzungsaktivitäten in den Schweizer Kantonen, in: *LeGes* 28 (2017), S. 371 ff.
- UHLMANN FELIX, Die Kontrolle des Verwaltungshandelns, in: *Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl)* 118 (2017), S. 471 ff.
- UHLMANN FELIX, *Schweizerisches Staatshaftungsrecht*, Zürich/St. Gallen 2017.
- VALLENDER KLAUS A./WALDMEIER DAVID, Mehr Kontinuität für die Schuldenbremse, in: *Aktuelle Juristische Praxis (AJP)* 26 (2017), S. 1486 ff.
- VATTER ADRIAN, Asymmetrien, Paradoxe und Privilegien, Gastkommentar in: *NZZ* vom 24. August 2017, S. 10.
- VATTER ADRIAN, I Cantoni: la chiave del federalismo svizzero, in: SEAN MÜLLER/ANJA GIUDICI (Hrsg.), *Il federalismo svizzero*, Locarno 2017, S. 27 ff.
- VOLLENWEIDER PETER, Die Spitalfinanzierung: Unterschiedlich lange Spiesse zwischen den Kantonen, in: *Expert Focus* 2017, S. 292 f.
- VON ARX IVO, Federalism in Australia and Switzerland – a Comparative Study, in: *Jusletter* vom 21. August 2017.
- WALDMANN BERNHARD (im Interview), «Le fédéralisme, c'est d'abord la volonté d'être ensemble», in: *Le Temps* vom 26. Oktober 2017, S. 3.
- WIDMER LUKAS, *Organisation, Verfahren und Koordination im Bereich der Naturgefahrenprävention*, Zürich/St. Gallen 2017.
- WIMMERBERGER ALAIN/BÄCHLER ARNOLD/LÜDIN CYRILL, Föderalismus und heilpädagogische Leistungen, Gastkommentar in: *NZZ* vom 26. Oktober 2017.
- WYTENBACH JUDITH, *Umsetzung von Menschenrechtsübereinkommen in Bundesstaaten*, Zürich/St. Gallen 2017.
- YERLI NADIA/TRINKLER GABRIEL/HORNI PASCAL, Rechnungslegungsnormen und Schuldenbremsen in den Schweizer Kantonen, in: *Expert Focus* 2017, S. 491 ff.
- ZUFFEREY JEAN-BAPTISTE, Protection contre les dommages sismiques en Suisse, in: *Zeitschrift für Baurecht und Vergabewesen* 2017, S. 141 ff.

## B. Publikationen des Jahres 2018

- ALTERMATT BERNHARD, Sprache und Politik – Zweisprachigkeit und Geschichte: Die Schweiz als mehrsprachiger Bundesstaat und der zweisprachige Kanton Freiburg vom 19. ins 21. Jahrhundert, Freiburg 2018.
- ARENS ALEXANDER, Mitentscheider oder doch nur Mitläufer? Kantonale Parlamente in der interkantonalen Zusammenarbeit, in: ADRIAN VATTER (Hrsg.), Das Parlament in der Schweiz, Zürich 2018, S. 391 ff.
- ARNOLD TOBIAS, Föderales Schwarz-Peter-Spiel? Der Einfluss der lokalen Politikerinnen und Politiker auf die kantonalen Parlamente, in: ADRIAN VATTER (Hrsg.), Das Parlament in der Schweiz, Zürich 2018, S. 367 ff.
- ASCHWANDEN ERICH, Eine kluge Steuerpolitik muss sich lohnen, Gastkommentar in: NZZ vom 31. Oktober 2018, S. 12.
- AUDERSET JURI, Scripts révolutionnaires et fédéralisme. Réflexions sur la polysémie du fédéralisme dans les révolutions de 1848, in: MICHEL BIARD/JEAN-NUMA DUCANGE/JEAN-YVES FRÉTIGNÉ (Hrsg.), Centralisation et fédéralisme. Les modèles et leur circulation dans l'espace européen francophone, germanophone et italo-phonie, Rouen 2018, S. 115 ff.
- AUER ANDREAS, Angriff auf richterliche Unabhängigkeit, Gastkommentar in: NZZ vom 17. Mai 2018, S. 10.
- BELSER EVA MARIA/MAZIDI SIMON, Das Zusammenwirken von Bund und Kantonen bei der Einhaltung völkerrechtlicher Menschenrechtsverpflichtungen der Schweiz, in: EUROPÄISCHES ZENTRUM FÜR FÖDERALISMUS-FORSCHUNG TÜBINGEN (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2018, Baden-Baden 2018, S. 243 ff.
- BIAGGINI GIOVANNI, Besprechung des Bundesgerichtsentscheids 1D\_4/2016 vom 4. Mai 2017, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 119 (2018), S. 143 ff.
- BIAGGINI GIOVANNI, Besprechung des Bundesgerichtsentscheids 1C\_26/2017 vom 19. Oktober 2017, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 119 (2018), S. 133 ff.
- BURRET HEIKO/SCHMID LUKAS A., Föderalismus stärkt die Leistungsfähigkeit der Schweiz, in: Die Volkswirtschaft 91 (6/2018), S. 8 ff.
- CALENDO LAURA/RUTZ SAMUEL, Regulatorischer Röstigraben: Warum die Romandie im Avenir-Suisse-Freiheitsindex schlechter abschneidet, Blog Avenir Suisse, 24. Januar 2018.
- CARONI ANDREA/SÄGESESSER THOMAS, Mehr Freiheit bei kantonalen Wahlen, Gastkommentar in: NZZ vom 5. Juni 2018, S. 11.
- DANTHE MARIE-GISÈLE, Le salaire minimum en Suisse, in: Jusletter vom 12. Februar 2018.
- DEMIERRE ANNE-CLAUDE, Défis et opportunités liés à l'intégration dans le domaine de l'asile – le point de vue des cantons, in: Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -Praxis 2018 (Sonderausgabe), S. 35 ff.
- DONAUER DANIEL/HUSI PHILIPP/EICHENBERGER CHRISTIAN, Die Mehrwertabschöpfung gemäss Art. 5 des Raumplanungsgesetzes, in: Jusletter vom 10. Dezember 2018.
- EHRENZELLER BERNHARD, Rechtliche Grundordnung des Bildungsraumes Schweiz, in: BERNHARD EHRENZELLER (Hrsg.), Schweizerisches Bundesverwaltungsrecht, Band IX, Bildungs-, Kultur- und Sprachenrecht, Basel 2018, S. 1 ff.
- EHRENZELLER BERNHARD, Hochschulrecht auf Bundes- und interkantonaler Ebene, in: BERNHARD EHRENZELLER (Hrsg.), Schweizerisches Bundesverwaltungsrecht, Band IX, Bildungs-, Kultur- und Sprachenrecht, Basel 2018, S. 147 ff.



ERRASS CHRISTOPH, Rechtliche Grundlagen für eine Regulierung von neuen Verfahren in der Pflanzenzüchtung, in: Sicherheit & Recht 2018, S. 114 ff.

FASSBENDER BARDO/GÜBELI RAFFAEL, Die gegenwärtig gültigen völkerrechtlichen Verträge der Kantone, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl) 119 (2018), S. 107 ff.

FEH WIDMER ANTOINETTE/VATTER ADRIAN, Institutionelle Regeln oder politische Kultur? Faktoren der parlamentarischen Mitgliederfluktuation in den Kantonen, in: ADRIAN VATTER (Hrsg.), Das Parlament in der Schweiz, Zürich 2018, S. 345 ff.

FUHRER CORINA, Die Umsetzungssicherung kantonaler Volksinitiativen in der bundesgerichtlichen Rechtsprechung, in: DAMIANO CANAPA/ROBIN LANDOLT/NICOLA MÜLLER (Hrsg.), Sein und Schein von Gesetzgebung: Erwartungen – Auswirkungen – Kritik, Zürich 2018, S. 33 ff.

GAILLARD SERGE, Der Finanzausgleich stärkt den Zusammenhalt der Schweiz, Gastkommentar in: NZZ vom 14. November 2018.

GLASER ANDREAS, Wieder mehr Freiheiten für die Kantone beim Wahlrecht, Gastkommentar in: NZZ vom 24. Februar 2018.

GLASER ANDREAS (Hrsg.), Parlamentswahlrecht der Kantone, Zürich/St. Gallen 2018.

GLASER ANDREAS/ZIEGLER BÉATRICE/WALDIS MONIKA/KÜBLER DANIEL/GUSTIN ANDRI, The pros and cons of horizontal federalism: Primary and secondary education governance in Switzerland, in: KENNETH K. WONG et al. (Hrsg.), Federalism and Education: Ongoing Challenges and Policy Strategies in Ten Countries, Charlotte 2018, S. 187 ff.

GONIN LUC, Fédéralisme et droit d'asile en Suisse: Etat des lieux et impact de la restructuration du domaine de l'asile, in: ALBERTO ACHERMANN/VÉRONIQUE BOILLET/MARTINA CARONI/ASTRID EPINEY/JÖRG KÜNZLI/PETER UEBERSAX (Hrsg.), Jahrbuch für Migrationsrecht – Annuaire du droit de la migration 2017/2018, Bern 2018, S. 43 ff.

GRIFFEL ALAIN, Die Harmonisierung der Baubegriffe – ein Schlag ins Wasser, in: Aktuelle Juristische Praxis (AJP) 27 (2018), S. 1222 ff.

GRODECKI STÉPHANE, Contrôle abstrait et qualité pour recourir d'un canton devant le Tribunal fédéral, in: Aktuelle Juristische Praxis (AJP) 27 (2018), S. 181 ff.

GROSSENBACHER KLARA, Das grosse Ringen um die kantonalen Parlamentswahlsysteme, in: Newsletter IFF 2/2018.

GUYAN PETER, Zugänglichkeit von schweizerischen Gerichtsentscheiden im Internet, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 2/2018.

HAAS ELISABETH, Eidgenössische Selbstdarstellungen zwischen Differenz und Konsens (1798-1913), in: SEBASTIAN HUHNHOLZ/EVA MARLENE HAUSTEINER (Hrsg.), Politische Ikonographie und Differenzrepräsentation, Leviathan Sonderband 34, Baden-Baden 2018, S. 287 ff.

HÜRLIMANN DANIEL/KETTIGER DANIEL, Zugänglichkeit zu Urteilen kantonaler Gerichte: Ergebnisse einer Befragung, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 2/2018.

JEANNERAT ELOI, L'organisation régionale conventionnelle à l'aune du droit constitutionnel : Questions choisies de collaboration intercantonale et intercommunale, Diss. Neuenburg 2018, Basel/Neuenburg 2018.

KAPPELER BEAT, Die Schweizer Gemeinden müssen sich für ihre Rechte wehren – auch durch Fusionen, in: NZZ am Sonntag vom 19. August 2018, S. 35.



- KOLLBRUNNER SABINE, Bund fördert in Wirtschaft in «funktionalen Räumen», in: Die Volkswirtschaft 91 (6/2018), S. 20 ff.
- KURT STEFANIE TAMARA, Die rechtliche Situation von religiösen Minderheiten im Kontext des schweizerischen Föderalismus, Diss. Neuenburg 2015, Basel 2018.
- LADNER ANDREAS, Tektonische Verschiebungen der Partizipation, Gastkommentar in: NZZ vom 10. Januar 2018, S. 10.
- LADNER ANDREAS/KEUFFER NICOLAS, Creating an index of local autonomy – theoretical, conceptual, and empirical issues, in: Regional & Federal Studies, April 2018 (online).
- MATHYS LAETITIA, Programmvereinbarungen: Kantone ziehen grundsätzlich eine positive Bilanz, in: Die Volkswirtschaft 91 (6/2018), S. 16 ff.
- MERZ PETER, Kantonale Integrationsmassnahmen und der mögliche Beitrag der Zivilgesellschaft, in: Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -Praxis 2018 (Sonderausgabe), S. 32 ff.
- MOHLER MARKUS, Warum Sozialdetektive der Verfassung widersprechen/Verfassung als oberstes Recht – nur wenn's passt, Gastkommentar in: NZZ vom 4. Oktober 2018, S. 10.
- MOHLER MARKUS, Föderalismus im Sicherheits- und Polizeirecht – Reform dringend!, in: Newsletter IFF 1/2018 (zit. MOHLER, Newsletter).
- MÜLLER SEAN/BERNAUER JULIAN, Party Unity in Federal Disunity: determinants of decentralised policy-seeking in Switzerland, in: West European Politics 41 (2018), S. 565 ff.
- MÜLLER SEAN/SCHNABEL JOHANNA/BEHNKE NATHALIE, Der bessere Ständerat? Regierungskonferenzen im Schweizer Föderalismus, Blog DeFacto, 9. Februar 2018.
- MÜLLER JOËL OLIVIER, Änderungen in der kantonalen Bürgerrechts-, Ausländer- und Asylrechtsgesetzgebung, in: ALBERTO ACHERMANN/VÉRONIQUE BOILLET/MARTINA CARONI/ASTRID EPINEY/JÖRG KÜNZLI/PETER UEBERSAX (Hrsg.), Jahrbuch für Migrationsrecht – Annuaire du droit de la migration 2017/2018, Bern 2018, S. 481 ff.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./LEISIBACH PATRICK, Finanzausgleich: Gift oder Balsam?, Gastkommentar in: NZZ vom 12. Dezember 2018, S. 9.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./MAUCHLE FABIAN, Der Finanzausgleich des Kantons Zürich: Wirkungsanalyse und Reformvorschläge, Bern 2018.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./MORGER MARIO, Income Tax Schedule and Redistribution in Direct Democracies – The Swiss Case, in: Journal of Economic Inequality 16 (2018), S. 413 ff.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./STUDER THOMAS M., Das Popitz'sche Gesetz der Anziehungskraft des größten Etats. Eine finanzhistorische Betrachtung der Schweiz, in: Ordo – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 68, Berlin 2018, S. 103 ff.
- SCHMID STEFAN G., Parlament und Regierung im Clinch: Das Verordnungsveto in seinen Grundzügen und im Licht der Gewaltenteilung, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl) 119 (2018), S. 163 ff.
- SCHMIDHEINY KURT/SLOTWINKSI MICHAELA, Tax-induced mobility: Evidence from a foreigners' tax scheme in Switzerland, in: Journal of Public Economics 167 (2018), S. 239 ff.
- SCHMITT NICOLAS, Die schwierige Suche nach geteilter Souveränität, in: Die Volkswirtschaft 91 (6/2018), S. 27 ff.

- SCHMITT NICOLAS, En 2017, les votations cantonales ont-elles respecté les «lois de l'IFF», in: Newsletter IFF 1/2018.
- SCHNEEBERGER PAUL, Stadt und Land müssen reden, in: NZZ vom 28. Januar 2018, S. 12.
- SCHNEEBERGER PAUL, «Warum nicht?» ist kein Rezept für die Schweiz, in: NZZ vom 25. Juli 2018, S. 12.
- SCHOENENBERGER MICHAEL, Die schleichende Zentralisierung muss aufhören, in: NZZ vom 25. August 2018.
- SCHUBARTH MARTIN, Die Schweiz kennt keinen Richterstaat, Gastkommentar in: NZZ vom 31. Mai 2018, S. 10.
- SCHWEIZER RAINER J., Rechtsdurchsetzung mit militärischen Mitteln – Inlandeinsätze der Armee und Militarisierung der Polizei – Länderbericht Schweiz, in: UWE KISCHEL/SEBASTIAN GRAF VON KIELMANSEGG (Hrsg.), Rechtsdurchsetzung mit militärischen Mitteln, Tübingen 2018, S. 57 ff.
- SEITZ CLAUDIA, Gesundheitsschutz im internationalen Recht und die Ausgestaltung durch Bund und Kantone, in: Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -Praxis 4/2018, S. 3 ff.
- STAUFFER VON MAY NANDO, Regionale Aufgabenerfüllung und demokratische Rechte, Diss. Bern 2018, Bern 2018.
- STEINMANN GEROLD, Öffentlichkeitsprinzip auf Bundes- und Kantonsebene – Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Eigenheiten?, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 119 (2018), S. 381 f.
- STÖCKLI ANDREAS/PIOLINO MARINA, Religiöse Privatschulen im Spannungsfeld, in: Aktuelle Juristische Praxis (AJP) 27 (2018), S. 42 ff.
- STREBEL FELIX, Elektronische Stimmauszählung im Spannungsfeld zwischen kantonaler Souveränität und Aufsicht des Bundes, in: LeGes 29 (1/2018).
- TSCHIRREN MARTIN, Für eine pragmatische Aussenpolitik der Städte, Gastkommentar in: NZZ vom 30. Oktober 2018, S. 10.
- UEBERSAX PETER/ACHERMANN ALBERTO, Bund und Kantone im Ausländerrecht, in: ALBERTO ACHERMANN/VÉRONIQUE BOILLET/MARTINA CARONI/ASTRID EPINEY/JÖRG KÜNZLI/PETER UEBERSAX (Hrsg.), Jahrbuch für Migrationsrecht – Annuaire du droit de la migration 2017/2018, Bern 2018, S. 3 ff.
- VATTER ADRIAN, Swiss Federalism. The Transformation of a Federal Model, London/New York 2018.
- VATTER ADRIAN, Die Macht der Kleinen: Der Schweizer Föderalismus gerät aus den Fugen, in: Die Volkswirtschaft 91 (6/2018), S. 4 ff.
- VON RÜTTE BARBARA, Das neue Bürgerrechtsgesetz und dessen Umsetzung in den Kantonen, in: ALBERTO ACHERMANN/VÉRONIQUE BOILLET/MARTINA CARONI/ASTRID EPINEY/JÖRG KÜNZLI/PETER UEBERSAX (Hrsg.), Jahrbuch für Migrationsrecht – Annuaire du droit de la migration 2017/2018, Bern 2018, S. 67 ff.
- WIDMER LUKAS, Politische Einflüsse auf die Aufgaben- und Kostenverteilung im Bereich der Wasserbaugesetzgebung, in: Sicherheit & Recht 2018, S. 125 ff.
- WIRZ ROLF, Oberste Gewalt in den Kantonen? Wahl-, Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion kantonaler Parlamente, in: ADRIAN VATTER (Hrsg.), Das Parlament in der Schweiz, Zürich 2018, S. 289 ff.
- WIZENT GUIDO, Sozialhilferechtliche Rückerstattung gegenüber Klientel, in: Jusletter vom 19. März 2018.
- WÜRTH BENEDIKT (im Interview), «Die Verflechtung zwischen den Staatsebenen hat zugenommen», in: Die Volkswirtschaft 91 (6/2018), S. 30 ff.

### C. Publikationen des Jahres 2019

- ABEGG ANDREAS/DÖRIG LEONIE, System der privaten und öffentlichen Nutzungsrechte am Untergrund, in: Umweltrecht in der Praxis (URP) 2019, S. 385 ff.
- ABEGG ANDREAS/SEFEROVIC GORAN, Steuerungsdefizite staatlicher Gesetzgebung in Bewilligungsverfahren der tiefen Geothermie, in: Sicherheit & Recht 2019, S. 140 ff.
- ABEGG ANDREAS/SEFEROVIC GORAN/DÖRIG LEONIE, Tribunal fédéral, Ire Cour de droit public, arrêt du 21 novembre 2018 (1C\_46/2017); BGE 145 II 32, in: Umweltrecht in der Praxis (URP) 2019, S. 420 ff.
- AEMISEGGER HEINZ/MOOR PIERRE/RUCH ALEXANDER/TSCHANNEN PIERRE, Praxiskommentar RPG: Richt- und Sachplanung, Interessenabwägung, Zürich/Basel/Genf 2019.
- AEPPLI WARTMANN REGINE, Herausforderungen und Lösungsansätze: Eine Reflexion von Alt-Regierungsrätin Regine Aeppli Wartmann, in: ADRIAN RITZ/THEO HALDEMANN/FRITZ SAGER, Blackbox Exekutive: Regierungslehre in der Schweiz, Basel 2019, S. 179 ff.
- AMMANN MAX/PAHUD DE MORTANGES RENÉ, Religion in der politischen Arena: Eine Auswertung parlamentarischer Vorstösse auf kantonaler Ebene, Studie des Instituts für Religionsrecht, Freiburg 2019.
- ANDEREGG MARTIN, Kommunales Immissionsschutzreglement als Lösungsansatz – Ein Beispiel aus dem Kanton St. Gallen, in: Umweltrecht in der Praxis (URP) 2019, S. 633 ff.
- ARENS ALEXANDER/FREIBURGHANUS RAHEL, Durch Verdoppeln einbeziehen: Ämterkumulation in der Schweiz, in: MARC BÜHLMANN/ANJA HEIDELBERGER/HANS-PETER SCHAUB (Hrsg.), Konkordanz im Parlament: Entscheidungsfindung zwischen Kooperation und Konkurrenz, Zürich 2019, S. 143 ff.
- ARNOLD TOBIAS/ARENS ALEXANDER/MUELLER SEAN/VATTER ADRIAN, Schweizer Föderalismus im Wandel: Die versteckten politischen Effekte der NFA, in: EUROPÄISCHES ZENTRUM FÜR FÖDERALISMUS-FORSCHUNG TÜBINGEN (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2019, Baden-Baden 2019, S. 175 ff.
- AUER CHRISTOPH, Besprechung des Urteils 1C\_163/2018, 1C\_239/2018 vom 29. Oktober 2018, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 120 (2019), S. 82 ff.
- BERGAMIN FLORIAN, Verfassungsmässigkeit des Graubündner Parlamentswahlsystems, in: Newsletter IFF 2/2019.
- BERGAMIN FLORIAN/HÖCHNER CLAUDIA/MINDER LILIANE, Föderalismus-Cockpit: Rechtliche Würdigung ausgewählter Geschäfte, in: Newsletter IFF 2/2019.
- BERNAUER JULIAN/VATTER ADRIAN, Power Diffusion and Democracy. Institutions, Deliberation, and Outcomes. Cambridge 2019.
- BERTSCHI MANUEL, «Medienförderung im rechtlichen Spannungsfeld», in: NZZ vom 4. November 2019, S. 11.
- BETSCHART PHILIPP/HILDEBRAND ANDREA, Die vorgezogene Revision wegen interkantonalen oder internationalen Doppelbesteuerung, in: Archiv für Schweizerisches Abgaberecht (ASA) 88 (2019/2020), S. 211 ff.
- BIAGGINI GIOVANNI, Von Proporzglück und Doppelproporzpech, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 120 (2019), S. 473 f.
- BISAZ CORSIN, Bundesgerichtsurteil 1C\_495/2017 vom 29. Juli 2019, in: Aktuelle Juristische Praxis (AJP) 28 (2019), S. 1202 ff.

- BISAZ CORSIN/KOBELT EMILIE/RAUSCH CAROLINE/STREBEL MICHAEL/GLASER ANDREAS/KÜBLER DANIEL, Massnahmen zur Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und der italienischen Sprache und Kultur im Kanton Graubünden: Evaluationsbericht im Auftrag des BAK, Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau, Nr. 16, 31. März 2019.
- BOCHSLER DANIEL, Bottom-up renewal of the Swiss party system, *Regional & Federal Studies* 29 (2019), S. 381 ff.
- BONATO MARIO/RÜHLI LUKAS, Was wäre, wenn der interkantonale Steuerwettbewerb abgeschafft wird?, in: PETER GRÜNENFELDER/JÜRIG MÜLLER (Hrsg.), Was wäre, wenn... - 13 mögliche Entwicklungen und ihre Konsequenzen für die Schweiz, Avenir Suisse, Zürich 2019.
- BÖTTCHER FELIPE, Der Whole-Nation Bias in der empirischen Forschung: Theorie und Empirie am Beispiel der Demokratiemessung in 18 föderalen Staaten, Diss. Universität Lüneburg 2017, Wiesbaden 2019.
- BRÜLHART MARIUS, Erbschaften in der Schweiz: Entwicklung seit 1911 und Bedeutung für die Steuern. *Social Change in Switzerland*, 2019, N°20 (auch in französischer Sprache verfügbar: Les héritages en Suisse : évolution depuis 1911 et importance pour les impôts. *Social Change in Switzerland*, 2019, N° 20).
- BRÜLHART MARIUS/SCHMIDHEINY KURT, Der Finanzausgleich im Umbau, in: *Die Volkswirtschaft* 92 (3/2019), S. 39 ff.
- BRUNNER URSULA/HAUSER MATTHIAS/VON BÜREN NINA, Massnahmen zur Anpassung an die Klimaveränderung und ihre Abstützung auf Art. 74 BV, in: *Umweltrecht in der Praxis (URP)* 2019, S. 497 ff.
- BUCHER NEVIN MARTINA, Jugend und Politik: das Jugendvorstossrecht in den Gemeinden, Diss. Zürich 2018, Zürich 2019.
- BÜHLER JACQUES, La communication électronique dans la procédure pénale de demain, in: DANIEL FINK/JÖRG ARNOLD/FRANÇOISE GENILLOD-VILLARD/NILKAUS OBERHOLZER (Hrsg.), *Kriminalität, Strafrecht und Föderalismus*, Bern 2019, S. 171 ff.
- BÜHLMANN LUKAS/JUD BARBARA, Beispiele und Lösungsansätze im Umgang mit dem Freizeit- und Alltagslärm, in: *Umweltrecht in der Praxis (URP)* 2019, S. 663 ff.
- BUNDESAMT FÜR JUSTIZ, Botschaftsleitfaden: Leitfaden zum Verfassen von Botschaften des Bundesrates, Stand März 2019, 4. Aufl., Bern 2019.
- BUNDESAMT FÜR JUSTIZ, Gesetzgebungsleitfaden: Leitfaden für die Ausarbeitung von Erlassen des Bundes, 4. Aufl., Bern 2019.
- CHAIX FRANÇOIS, Quelques réflexions sur l'acquisition de la nationalité suisse, in: GRÉGORY BOVEY/BENOÎT CHAPUIS/LAURENT HIRSCH (Hrsg.), *Mélanges à la mémoire de Bernard Corboz*, Genève/Zürich 2019, S. 435 ff.
- CHRISTEN RAMON/SOGUEL NILS, Schulden als Einnahmequellen für Kantone?, in: *Die Volkswirtschaft* 92 (12/2019), S. 50 ff.
- CORPATAUX ADELIN, L'admission des chroniques judiciaires, leurs droits et leurs devoirs en procédure pénale, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 3/2019.
- COSANDEY JÉRÔME, EL-Reform: Kantone in der Pflicht, Blog Avenir Suisse, 20. Mai 2019.
- CRAMERI RETO, Gemeinden im Kanton Graubünden – Aufgaben und Autonomie, Diss. Bern 2019, Zürich/St. Gallen 2019.

- DARDANELLI PAOLO/MÜLLER SEAN, Dynamic De/Centralization in Switzerland, 1848-2010, in: *Publius: The Journal of Federalism* 49 (1/2019), S. 138 ff.
- DEMARTINI LUISELLA/KOLLER CHRISTOPHE, Sanctions pénales et pratiques cantonales: Diversités – disparités – fédéralisme, in: DANIEL FINK/JÖRG ARNOLD/FRANÇOISE GENILLOD-VILLARD/NILKAUS OBERHOLZER (Hrsg.), *Kriminalität, Strafrecht und Föderalismus*, Bern 2019, S. 199 ff.
- DOLESCHAL RALPH DAVID, Die abstrakte Normenkontrolle in den Kantonen, Diss. Zürich 2017, Zürich/Basel/Genf 2019.
- DUCHÊNE ALEXANDRE/CORAY RENATA/HUMBERT PHILIPPE, Les coulisses de la quantification des langues – I retroscena della quantificazione delle lingue – Davos las culissas de la quantifitgaziun da linguas – Hinter den Kulissen der Quantifizierung von Sprachen, Institut für Mehrsprachigkeit, Freiburg 2019.
- DUPONT ANNE-SYLVIE, Les soins dispensés hors des frontières cantonales et nationales, in: OLIVIER GUILLOD/RACHEL CHRISTINAT (Hrsg.), *Mobilité et migration: impacts pour le droit de la santé*, Bern 2019, S. 107 ff.
- DUVILLARD ANDRÉ, L'organisation de la sécurité en Suisse, in: DANIEL FINK/JÖRG ARNOLD/FRANÇOISE GENILLOD-VILLARD/NILKAUS OBERHOLZER (Hrsg.), *Kriminalität, Strafrecht und Föderalismus*, Bern 2019, S. 29 ff.
- DUVILLARD ANDRÉ, Prävention von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus als interdisziplinäre Verbundaufgabe, in: CHRISTIAN SCHWARZENEGGER/REINHARD BRUNNER (Hrsg.), *Bedrohungsmanagement: Radikalisierung und gewalttätiger Extremismus / Nationaler Aktionsplan*, S. 7 ff.
- EBNÖTHER CHRISTOPH/LENNART SIMON, «Der politische Einfluss der Städte», Gastkommentar in: *NZZ* vom 23. Oktober 2019, S. 9.
- FAORO ANNA, Der digitale Gang zur Behörde, in: *Die Volkswirtschaft* 92 (5/2019), S. 59 f.
- FELICI ANNARITA, Recensione di: JEAN-LUC EGGER, *A norma di (chi) legge*, Peculiarità dell'italiano federale (Milano 2019), in: *LeGes* 30 (3/2019).
- FINGER MATTHIAS, Die Schweiz braucht ein Mobilitätsamt, in: *Die Volkswirtschaft* 92 (3/2019), S. 59 f.
- FINK DANIEL, Kriminalpolitik und Föderalismus, in: DANIEL FINK/JÖRG ARNOLD/FRANÇOISE GENILLOD-VILLARD/NILKAUS OBERHOLZER (Hrsg.), *Kriminalität, Strafrecht und Föderalismus*, Bern 2019, S. 261 ff.
- FLÜCKIGER ALEXANDRE, Le droit souple intercantonal: quand les conférences intercantionales recommandent, les réglementations s'harmonisent, in: MICHEL HOTTELIER/MAYA HERTIG RANDALL/ALEXANDRE FLÜCKIGER (Hrsg.), *Etudes en l'honneur du Professeur Thierry Tanquerel: entre droit constitutionnel et droit administratif: questions autour du droit de l'action publique*, Genf/Zürich/Basel 2019, S. 109 ff.
- FOGLIA ALDO, *Per discutere la civica*, 2. Aufl., Manno 2019.
- FREITAG MARKUS/BUNDI PIRMIN/FLICK WITZIG MARTINA, *Milizarbeit in der Schweiz: Zahlen und Fakten zum politischen Leben in der Gemeinde*, Zürich 2019.
- FREYTAG THOMAS/ZERMATTEN AIMÉE H., Bedingte Entlassung aus dem Straf- versus Massnahmenvollzug: Sind die Praktiken gleich?, in: DANIEL FINK/JÖRG ARNOLD/FRANÇOISE GENILLOD-VILLARD/NILKAUS OBERHOLZER (Hrsg.), *Kriminalität, Strafrecht und Föderalismus*, Bern 2019, S. 219 ff.
- FUHRER CORINA, *Die Umsetzung kantonaler Volksinitiativen*, Diss. Zürich 2018, Zürich/St. Gallen 2019.
- GERBER THOMAS, Brückenbauer – Vernetzungsarbeit der Polizei, in: CHRISTIAN SCHWARZENEGGER/REINHARD BRUNNER (Hrsg.), *Bedrohungsmanagement: Radikalisierung und gewalttätiger Extremismus / Nationaler Aktionsplan*, S. 49 ff.

GLASER ANDREAS/EHRAT MARCO, E-Government-Gesetzgebung durch die Kantone – Integration in die Verfahrenskodifikation oder Auslagerung in Spezialerlasse?, in: LeGes 30 (3/2019).

GLASER ANDREAS/IRINA LEHNER, Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt als Verfassungsgericht, Urteil VG.2018.1 vom 15. Januar 2019, A., B. und C. gegen Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt, Beschwerde gegen einen Beschluss des Grossen Rates vom 10. Januar 2018 betreffend rechtliche Zulässigkeit der kantonalen Volksinitiative «Grundrechte für Primaten», in: Aktuelle Juristische Praxis (AJP) 28 (2019), S. 724 ff.

GLASER ANDREAS/LANGER LORENZ/FREHNER NORINA/HAECHLER TILL, Interventionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden in kantonalen Abstimmungskampagnen, Rechtsgutachten zuhanden des Verbandes Basellandschaftlicher Gemeinden, Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau, Nr. 18, Dezember 2019.

GLASER ANDREAS/LEHNER IRINA, Moutier, quo vadis? Die Aufhebung der Volksabstimmung über den Kantonswechsel, in: Aktuelle Juristische Praxis (AJP) 28 (2019), S. 452 ff.

GLASER ANDREAS/ZUBLER CLIO, Verwaltungsgericht des Kantons Bern, Urteil 100.2018.388/100.2018.390/100.2018.400/100.2018.435/100.2018.446 vom 23. August 2019, Gemeinde Moutier und A. et al. Gegen Regierungsstatthalteramt des Berner Juras und O. et al., in: Aktuelle Juristische Praxis (AJP) 28 (2019), S. 1355 ff.

GROEBLI ARIOLI SIMONE, Fragen im Zusammenhang mit der Entschädigung der amtlichen Verteidigung, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 3/2019.

GRÜNEWALD SERAINA, Verwirklichung von Grundrechten in der föderalen Schweiz: dargestellt am Beispiel des Bestattungsrechts bei Tot- und Fehlgeburten, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl) 120 (2019), S. 59 ff.

GYGAX HANS, Rück- und Ausblick zum Vollzug der LRV aus Sicht der Kantone, in: Umweltrecht in der Praxis (URP) 2019, S. 114 ff.

HÄUSLER MARC/FERRARI-VISCA RETO, Das verwaltungsrechtliche Klageverfahren, in: Jusletter vom 11. November 2019.

HEER MARKUS, Verfassungswidrige Schulkostenerhebung: Rechtsprechung für die Galerie? Von der (Nicht-) Umsetzung eines Bundesgerichtsentscheids, in: Der digitale Rechtsprechungs-Kommentar (dRSK), publiziert am 30. September 2019.

HETTICH PETER, Verwaltungsgericht des Kantons Aargau, 3. Kammer, 21. August 2018, WBE.2018.36; rechtskräftig, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl) 120 (2019), S. 573 ff.

HOFMANN ROLAND/ROTHER NATANAEL, Was it worth it? The Territorial Reform in the Canton of Glarus, in: Swiss Political Science Review 25 (2019), S. 128 ff.

HUSFELDT VERA/FÜEG JEANINE, Harmonisierung der Bildungsziele: Ein Startbild, in: Die Volkswirtschaft 92 (11/2019), S. 45 f.

JAAG TOBIAS/RÜSSLI MARKUS, Staats- und Verwaltungsrecht des Kantons Zürich, 5. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2019.

JÄGER CHRISTOPH, Windenergieanlagen: Regelungsspielraum der Kantone, Rechtsgutachten vom 11. April 2019 im Auftrag des Bundesamts für Energie, Bern 2019.

JANS DAGMAR, Das totalrevidierte Energiegesetz des Kantons Luzern: Über Umwege zu einem modernen Gesetz, in: SEBASTIAN HESELHAUS/MARKUS SCHREIBER (Hrsg.), Energierechtstagung 2019, Zürich/St. Gallen 2019.



- JOLLER ELISABETH, Darf Justitia ein Kopftuch tragen?, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl) 120 (2019), S. 115 ff.
- JOSITSCH DANIEL/POULIKAKOS GEORGES, Lückenfüllung um jeden Preis?, in: Jusletter vom 28. Oktober 2019.
- KAUFMANN MATHIAS, Die Hochschulautonomie, in: Jusletter vom 16. September 2019.
- KELLER PETER M./ZUFFEREY JEAN-BAPTISTE/FAHRLÄNDER KARL LUDWIG, Kommentar NHG/Commentaire LPN, 2. Aufl., Zürich 2019.
- KIENER REGINA, Umsetzung menschenrechtlicher Vorgaben in Polizei, Justiz und Justizvollzug: Das Beispiel der föderalistischen Schweiz, in: DANIEL FINK/JÖRG ARNOLD/FRANÇOISE GENILLOD-VILLARD/NILKAUS OBERHOLZER (Hrsg.), Kriminalität, Strafrecht und Föderalismus, Bern 2019, S. 3 ff.
- KREIS GEORG, Moutier: Kompromiss statt Konfrontation, Gastkommentar in: NZZ vom 9. November 2019.
- KRUMMENACHER JÖRG, «Wider die Willkür im Homeschooling», in: NZZ vom 17. September 2019, S. 11.
- KÜTTEL REMO/RÖLLIN ROLF, STAF: Stand der kantonalen Umsetzung, in: ExpertFocus 11/2019, S. 806 ff.
- LADNER ANDREAS, Regieren auf Gemeindeebene, in: ADRIAN RITZ/THEO HALDEMANN/FRITZ SAGER (Hrsg.), Blackbox Exekutive: Regierungslehre in der Schweiz, Basel 2019, S. 255 ff.
- LADNER ANDREAS/DESFONTAINE MATHYS LAETITIA, Le fédéralisme suisse : L'organisation territoriale et l'accomplissement des prestations étatiques, Lausanne 2019.
- LADNER ANDREAS/HAUS ALEXANDER, Gemeindeparlamente in der Schweiz – Verbreitung, Herausforderungen und Reformansätze, in: Parlament – Parlement – Parlamento 22 (1/2019), S. 3 ff.
- LANDOLT HARDY, Der Pflegekostenselbstbehalt gemäss Art. 25a Abs. 5 KVG, in: Pflegerecht 2019, S. 202 ff.
- LAUBER MICHAEL/MEDVED ALEXANDER, Terrorismusbekämpfung: Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen, in: DANIEL FINK/JÖRG ARNOLD/FRANÇOISE GENILLOD-VILLARD/NILKAUS OBERHOLZER (Hrsg.), Kriminalität, Strafrecht und Föderalismus, Bern 2019, S. 179 ff.
- LIEDHEGENER ANTONIUS, Bund – Kanton – Gemeinde: Religionspolitik in der Schweiz seit 1990, in: JULIA HÄNNI/SEBASTIAN HESELHAUS/ADRIAN LORETAN (Hrsg.), Religionsfreiheit im säkularen Staat: Aktuelle Auslegungsfragen in der Schweiz, Deutschland und weltweit, Zürich/St. Gallen 2019, S. 151 ff.
- LONGO DAVID, Le procureur: véritable magistrat ou «simple» fonctionnaire?, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 3/2019.
- LUSTENBERGER RUEDI, Drohen die Zentralisierung der föderalen Schweiz und ein Überborden der Exekutivmacht? Was erwarten Parlamentarier von ihren Regierungen? in: Parlament – Parlement – Parlamento 22 (1/2019), S. 46 ff.
- LYNER CYRIL, Wie sieht die Schweiz im Jahr 2040 aus?, in: Die Volkswirtschaft 92 (5/2019), S. 50 ff.
- MÄDER JANA, Kantonswechsel einer Gemeinde, Diss. Zürich 2019, Bern 2019.
- MARGRAF OLIVIER, Rulings im interkantonalen Verhältnis, in: Archiv für Schweizerisches Abgaberecht (ASA) 88 (2019/2020), S. 199 ff.
- MARTI ARNOLD, Die Entdeckung des ISOS als Glücksfall, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl) 120 (2019), S. 57 f.

- MARTI ARNOLD, Entwicklung und heutiger Stand des Einwohnerkontroll- und -meldewesens in der Schweiz – weitreichende Veränderungen durch das Registerharmonisierungsgesetz des Bundes, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 120 (2019), S. 591 ff. (zit. MARTI, Einwohnerkontroll- und -meldewesen).
- MATTEOTTI RENÉ/DINI NATALIE, Direkte Anwendung der Bestimmungen im Steuerharmonisierungsgesetz, in: Expert Focus 11/2019, S. 889 ff.
- MEYER CHRISTOPH/WEIHRAUCH INES/HAFNER FELIX/REIMANN MARTIN, Öffentliche Arbeitsverhältnisse im Kanton Basel-Stadt, Basel 2019.
- MOSER PETER/ZIEGLER ANDREAS R., Kantonale Gebäudeversicherungen trotz EU-Beihilfenregelung zulässig, in: Die Volkswirtschaft 92 (7/2019), S. 35 ff.
- MOSER PETER/ZIEGLER ANDREAS R., Zulässigkeit kantonaler Gebäudeversicherungen, Gastkommentar in: NZZ vom 15. Mai 2019, S. 12.
- MÜLLER MARKUS, Das Religiöse im Staat – Gedanken zu einem neuen Umgang mit einem alten Phänomen, in: Zeitschrift des Bernerischen Juristenvereins 155 (2019), S. 449 ff.
- MUELLER SEAN, Federalism and the Politics of Shared Rule, in JOHN KINCAID, A Research Agenda for Federalism Studies, Cheltenham 2019, S. 162 ff.
- MÜLLER SEAN, Parliamoci! Föderale Sprachenvielfalt als Zeichen funktionierender Konkordanz?, in: MARC BÜHLMANN/ANJA HEIDELBERGER/HANS-PETER SCHAUB (Hrsg.), Konkordanz im Parlament: Entscheidungsfindung zwischen Kooperation und Konkurrenz, Zürich 2019, S. 71 ff.
- MÜLLER SEAN/BÜHLMANN MARC/ZUBER MAXIME, Squaring the Circle: The Geometry of Power-Sharing in the Swiss Canton of Berne, in: Ethnopolitics 18 (2/2019), S. 158 ff.
- NUSPLIGER KURT, Regieren im föderalistischen Staat, in: ADRIAN RITZ/THEO HALDEMANN/FRITZ SAGER (Hrsg.), Black-box Exekutive: Regierungslehre in der Schweiz, Basel 2019, S. 141 ff.
- PETITPIERRE-SAUVAIN ANNE, La mise en oeuvre de la Convention intercantonale sur les loteries et paris (de main, Concordat sur les jeux d'argent) – un hybride juridique, in: GRÉGORY BOVEY/BENOÎT CHAPPUIS/LAURENT HIRSCH (Hrsg.), Mélanges à la mémoire de Bernard Corboz, Genève/Zurich 2019, S. 469 ff.
- PETRIK ANDREAS, Prämienverbilligung: materielle bundesrechtliche Vorgaben, in: Pflegerecht 2019, S. 85 ff.
- PFAMMATTER TAMARA, RFFA: Compétence fédérale d'harmonisation et marge de manœuvre des cantons, in: ExpertFocus 11/2019, S. 801.
- POLEDNA TOMAS/TRÜMPLER RALPH/WERDER GREGORI, Die Tarifvertragsautonomie am Beispiel der Patientenpauschale, in: Jusletter vom 25. November 2019.
- RAUSCH HERIBERT, Tempo, Tempo!, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 120 (2019), S. 169 f.
- REMUND ANNA BARBARA/MAYOR CHRISTOPH, Bahnnetz fit für die Zukunft machen, in: Die Volkswirtschaft 92 (3/2019), S. 50 ff.
- REYMOND JADE, La médiation pénale des mineurs dans les cantons romands, in: Jusletter vom 9. September 2019.
- RHYNER MARKUS, Kantonsübergreifende Gerichte: sinnvoll für die Gerichtsorganisation bevölkerungsarmer Kantone?, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 4/2019.



- RITTER FRANZISKA/SCHEFER MARKUS/PLATTNER ROLAND, Quo Vadis, Werden – Stand – Zukunft: Verfassung des Kantons Basel-Landschaft, Basellandschaft 2019.
- RITZ MANUEL/NEUMANN OLIVER/SAGER FRITZ, Senkt New Public Management die Verwaltungsausgaben in den Schweizer Kantonen? Eine empirische Analyse über zwei Dekaden, in: *Swiss Political Science Review* 2019 25, S. 226 ff.
- ROCHAT PHILIPPE E., Die Aargauer Gemeindeversammlung: Empirische Analyse der Einwohnergemeindeversammlungen 2013 bis 2016, Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau, Nr. 14, März 2019.
- RÖSSLER IRENE, Familiengerichte im Kanton Aargau, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 4/2019.
- ROSTETTER MARCO, Die Verjährung im Recht der direkten Bundessteuer und der harmonisierten kantonalen Steuern, Diss. St. Gallen 2019, Bern 2019.
- ROY GARRÉ, Un solo diritto: il multilinguismo interpretativo elvetico, in: *LeGes* 30 (3/2019).
- RUDIN BEAT, Den (Kantons-)Kopf in den Sand stecken?, in: *digma* 2019, S. 140 ff.
- RÜSSELI MARKUS, Das neue Zürcher Gemeindegesetz – ausgewählte Themen, in: *Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI)* 120 (2019), S. 171 ff.
- SAGER FRITZ/RÜEFLI CHRISTIAN/THOMANN EVA, Fixing Federal Faults: Complementary Member State Policies in Swiss Health Care Policy, in: *International Review of Public Policy* 2/2019, S. 147 ff.
- SAVARY JEAN-FELIX, Parachever la politique des quatre piliers pour répondre aux attentes de la population en matière de deal rue, in: DANIEL FINK/JÖRG ARNOLD/FRANÇOISE GENILLOD-VILLARD/NIKLAUS OBERHOLZER (Hrsg.), *Kriminalität, Strafrecht und Föderalismus*, Bern 2019, S. 111 ff.
- SAVOIA RETO/ZOBRIST LUC, Für einen fiskalen Föderalismus 2.0, Gastkommentar in: *NZZ* vom 30. August 2019, S. 10.
- SCHAUB LUKAS, Formalismus und Abstimmungsbeschwerden: Braucht das Bundesgericht den Gesetzgeber?, in: *Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI)* 120 (2019), S. 186 ff.
- SCHIESS MARTIN, Die Schweizer Luftreinhaltepolitik: Gestern – Heute – Morgen, in: *Umweltrecht in der Praxis (URP)* 2019, S. 103 ff.
- SCHNYDER MATTHIAS, Bessere Absprache mit Kantonen, in: *Die Volkswirtschaft* 92 (4/2019), S. 56.
- SCHOTT MARKUS, Bundesgericht, II. öffentlich-rechtliche Abteilung, 3. Juli 2018, 2C\_109/2017, in: *Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI)* 120 (2019), S. 614 ff.
- SCHUPPLI ROMAN, Private Sicherheitsdienste im Spannungsfeld von Gewaltmonopol und Grundrechten, in: *Sicherheit & Recht* 2019, S. 49 ff.
- SCHWEIZER RAINER J./MOHLER MARKUS H.F., Public Security and Safety According to Swiss Federalism, in: LEUPRECHT CHRISTIAN/KÖLLING MARIO/HATALEY TODD (Hrsg.), *Public Security in Federal Polities*, Toronto 2019, S. 192 ff.
- SHELDON GEORGE/SHVARTSMAN ELENA, Das interkantonale Arbeitslosigkeitsgefälle schwankt stark, in: *Die Volkswirtschaft* 92 (4/2019), S. 38 ff.
- SÖZERMANN YASMIN, Planification des parcs éoliens, in: *Baurecht* 2019, S. 194 ff.
- SPICHIGER ANDREAS, Was taugt die Bolckchain für die Registerführung?, in: *Die Volkswirtschaft* 92 (5/2019), S. 23 ff.

- 
- STADELMANN THOMAS/KÖNIG BEAT, Interkantonale Steuerprobleme – Gedankensplitter zur Schaffung einer neuen Streitschlichtungsinstanz, in: Archiv für Schweizerisches Abgaberecht (ASA) 88 (2019/2020), S. 225 ff.
- STEIGER-SACKMANN SABINE, Transparentere Justiz: Vorteile einer Verbesserung von kantonalen Gerichtsstatistiken und Urteilspublikationen am Beispiel der Rechtsprechung zu psychosozialen Arbeitsbelastungen, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 3/2019.
- STEINER ROLF, Wie der Exekutive Paroli bieten? Unterschiede Kantonsrat Zürich – Gemeinderat Dietikon, in: Parlament – Parlement – Parlamento 22 (1/2019), S. 36 ff.
- STEINMANN GEROLD, Kommentar zum Bundesgerichtsurteil 1C\_213/2017 vom 18. Dezember 2017, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 120 (2019), S. 198 ff.
- STÖCKLI ANDREAS, Neujustierung des Schweizerischen Finanzausgleichs: Kompromiss zwischen «ressourcenstarken» und «ressourcenschwachen» Kantonen gefunden!, in: EUROPÄISCHES ZENTRUM FÜR FÖDERALISMUS-FORSCHUNG TÜBINGEN (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2019, Baden-Baden 2019, S. 275 ff.
- STÖCKLI ANDREAS/MAIER NICOLAS-OSKAR, Prämienverbilligungen für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung – welcher Spielraum verbleibt den Kantonen?, in: Newsletter IFF 2/2019.
- STREBEL MICHAEL, Die kommunalen Parlamente im Kanton Basel-Landschaft, in: Parlament – Parlement – Parlamento 22 (1/2019), S. 15 ff.
- STURM EVELYNE, Untersuchung von polizeilicher Gewaltanwendung: Menschenrechtliche Vorgaben und ihre Umsetzung in der Schweiz, Diss. Bern 2018, Zürich/St. Gallen 2019.
- TAROLLI SCHMIDT NADIA/VILLARD ALAIN/BIENZ ANDREAS/JAUSSI THOMAS, Kommentar zum Basler Steuergesetz, Basel 2019.
- TODARO COSIMO, Der kantonale Massnahmenplan nach Art. 44a USG: Der Luftreinhalteplan beider Basel 2016, in: Umweltrecht in der Praxis (URP) 2019, S. 133 ff.
- TSCHECHSCHER AXEL/LIENHARD ANDREAS/SPRECHER FRANZISKA, Öffentliches Recht, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2019.
- VATTER ADRIAN/FLICK WITZIG MARTINA, Abstimmungsflut in den Städten?, Gastkommentar in: NZZ vom 10. April 2019, S. 10.
- VATTER ADRIAN/MILIC THOMAS, Regierungskoalitionen in der Schweiz, in: ADRIAN RITZ/THEO HALDEMANN/FRITZ SAGER (Hrsg.), Blackbox Exekutive: Regierungslehre in der Schweiz, Basel 2019, S. 235 ff.
- VILLIGER KASPAR, Das Milizprinzip vermittelt Bodenhaftung, Gastkommentar in: NZZ vom 4. November 2019, S. 8.
- VON HEYDEBRAND SYBILLE, Stimmrecht und kantonale Autonomie: Allgemeines und gleiches Stimmrecht am Beispiel der Nordwestschweizer Kantone, Diss. Basel 2018, Basel 2019.
- VON WYSS MORITZ, Kongress statt Konferenz: Über die Neuausrichtung der Interkantonalen Legislativkonferenz, in: Parlament – Parlement – Parlamento 22 (3/2019), S. 45 ff.
- WALDNER MICHAEL, Ambulant vor stationär: Aargauer Eingriffsliste vom Verwaltungsgericht aufgehoben, Urteil WNO.2018.1 des Verwaltungsgerichts Aargau vom 5. Dezember 2018, in: Jusletter vom 29. April 2019.
- WALTER ANDRÉ/EMMENEGGER PATRICK, The Partisan Composition of Cantonal Governments in Switzerland, 1848-2017. A New Data Set, in: Swiss Political Science Review 25 (2019), S. 1 ff.

WALTER FRANZ, Regionale Ausprägungen im Straf- und Massnahmenvollzug – eine subjektive Annäherung, in: DANIEL FINK/JÖRG ARNOLD/FRANÇOISE GENILLOD-VILLARD/NILKAUS OBERHOLZER (Hrsg.), *Kriminalität, Strafrecht und Föderalismus*, Bern 2019, S. 241 ff.

WEGEL MELANIE, *Übergangsmanagement aus dem Straf- und Massnahmenvollzug: Praxisberichte aus der Schweiz*, Bern 2019.

WESSELS HANS-PETER, Bahnausbau für Kantone unerlässlich, in: *Die Volkswirtschaft* 92 (3/2019), S. 61.

WIEDENKELLER EVA/LENZ PETER/STUDER THOMAS, Schlussbericht zum Projekt «Ergebnisbezogene Evaluation des Französischunterrichts in der 6. Klasse (HarmoS 8) in den sechs Passepartout-Kantonen»: durchgeführt von Juni 2015 bis März 2019 am Institut für Mehrsprachigkeit der Universität und der Pädagogischen Hochschule Freiburg im Auftrag der Passepartout-Kantone, Freiburg, 15. April 2019.

ZIEGLER ANDREAS R./MOSER PETER, Sind die kantonalen Gebäudeversicherungsmonopole «europakompatibel»? Eine interdisziplinäre Analyse der Vereinbarkeit der bestehenden kantonalen Gebäudeversicherungsmonopole mit der Dienstleistungsfreiheit und den Beihilferegelungen der Europäischen Union im Rahmen der geltenden und zukünftigen bilateralen Abkommen der Schweiz, in: *Jusletter* vom 12. August 2019.

ZOLLINGER MARCO, *Die rechtlichen Rahmenbedingungen der staatlichen Sportförderung in der Schweiz*, Diss. Bern 2019, Zürich/St. Gallen 2019.

ZUMBERHAUS MARION, *Das Bewilligungsverfahren von Windenergieanlagen*, in: SEBASTIAN HESELHAUS/JULIA HÄNNI/MARKUS SCHREIBER, *Rechtsfragen der Energiewirtschaft*, Zürich 2019, S. 107 ff.

#### **D. Publikationen des Jahres 2020**

ACHERMANN ALBERTO, *Migrationsverfassung*, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 2183 ff.

AEMISEGGER HEINZ/MOOR PIERRE/RUCH ALEXANDER/TSCHANNEN PIERRE, *Praxiskommentar RPG: Baubewilligung, Rechtsschutz und Verfahren*, Zürich/Basel/Genf 2020.

ANDEREGG DAVIDE, *Digitale Anhörungen für den Kanton Aargau*, in: *LeGes* 31 (3/2020).

ANDEREGG MARTIN, *Kommunales Immissionsschutzreglement als Lösungsansatz – Ein Beispiel aus dem Kanton St. Gallen*, in: *Umweltrecht in der Praxis (URP)* 2020, S. 633 ff.

ARENS ALEXANDER URS, *Federal Reform and Intergovernmental Relations in Switzerland. An Analysis of Inter-cantonal Agreements and Parliamentary Scrutiny in the Wake of the NFA*, Diss. Bern 2020, abrufbar unter <<https://boristheses.unibe.ch/2469/>>.

ARNOLD RETO/FEDERSPIEL KATYA/ZÜGER RITA-MARIA, *Das schweizerische Steuersystem: Eine praxisorientierte Einführung mit zahlreichen Beispielen*, 11. Aufl., Zürich 2020.

ARNOLD TOBIAS, *Reforming autonomy? The fiscal impact of the Swiss federal reform 2008*, in: *Regional & Federal Studies* 30 (2020), S. 651 ff.

BÄHR CORDELIA CHRISTIANE, *Neun Jahre Gewässerraum — ein Rechtsprechungsbericht*, in: *Umweltrecht in der Praxis (URP)* 2020, S. 1 ff., vgl. auch *Neuf ans d'espace réservé aux eaux - chronique de jurisprudence*, in: *Umweltrecht in der Praxis (URP)* 2020, S. 599 ff.

- 
- BELLANGER FRANÇOIS, *Communes et villes*, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 753 ff.
- BELSER EVA MARIA, *Föderalismus und Minderheitenschutz*, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 771 ff.
- BELSER EVA MARIA, *Föderalismuskonzeption der BV*, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 667 ff.
- BELSER EVA MARIA/BÄCHLER THEA, *Das Grundrecht auf Sozialhilfe – Von der Notwendigkeit, ein ungeschriebenes Grundrecht anzuerkennen, das über das Recht auf Hilfe in Notlagen hinausgeht*, in: *Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI)* 121 (2020), S. 463 ff.
- BELSER EVA MARIA/STÖCKLI ANDREAS/WALDMANN BERNHARD, *Der schweizerische Föderalismus funktioniert auch im Krisenmodus*, in: *Sonderausgabe Newsletter IFF 2/2020*.
- BENZ ARTHUR, *Föderale Demokratie: Regieren im Spannungsfeld von Interdependenz und Autonomie*, Baden-Baden 2020.
- BEREUTER JÜRGE/FREI JÖRG/RITTER WERNER, *Kommentar zum Planungs- und Baugesetz des Kantons St. Gallen*, Basel 2020.
- BERGAMIN FLORIAN/MAZIDI SIMON, *Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Kantonen bei der Bekämpfung von Epidemien: Erste Einschätzungen unter besonderer Berücksichtigung der COVID-19-Verordnungen*, in: *Sonderausgabe Newsletter IFF 2/2020*.
- BERGAMIN FLORIAN/SCHMITT NICOLAS, *Eine Abstimmungslandschaft im Spiegel der Demokratie: ein Rückblick auf die kantonalen Abstimmungen in den Jahren 2012 bis 2020*, in: *EUROPÄISCHES ZENTRUM FÜR FÖDERALISMUS-FORSCHUNG TÜBINGEN (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2020: Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa*, Baden-Baden 2020.
- BERNARD FRÉDÉRIC, *État de droit et situations extraordinaires*, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band II: Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 979 ff.
- BERNARD FRÉDÉRIC, *La loi sur les épidémies à l'épreuve du nouveau coronavirus*, in: *Jusletter* vom 30. März 2020.
- BERNARD FRÉDÉRIC, *La répartition des compétences entre la Confédération et les cantons en situation de pandémie*, in: *Zeitschrift für Schweizerisches Recht (ZSR)* 139 (2020 Sondernummer «Pandemie und Recht»), S. 55 ff.
- BERTSCHINGER MICHAEL/MÜHLEMANN MARCO, *Die neue Patentbox – bundesrechtliche Vorgaben und kantonale Umsetzung*, in: *Steuer Revue* 75 (2020), S. 178 ff.

- BIAGGINI GIOVANNI, Das Majorzwahlverfahren für den Grossen Rat des Kantons Graubünden auf dem Prüfstand des Bundesgerichts, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl) 121 (2020), S. 21 ff.
- BIAGGINI GIOVANNI, Demokratie in Zeiten des Coronavirus: Dürfen Parlamente nur tagen, wenn die Regierung es will?, in: *Parlament – Parlement – Parlamento* 23 (2/2020), S. 14 f.
- BIAGGINI GIOVANNI, Die bernische Justizleitung auf dem verfassungsrechtlichen Prüfstand, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 4/2020.
- BINDER ANDREAS/HOFSTETTER DAVID/BILAND JANINA/BOLLMANN CLAUDIA, Der Anwendungsbereich von Art. 6a COVID-19-Verordnung 2, Die Handlungsfähigkeit von sämtlichen privaten und öffentlichen Organisationen und Institutionen ist seit dem 17. März 2020 gesetzlich gewährleistet, in: Jusletter vom 6. April 2020.
- BINDER ANJA MARTINA, *Verwaltungsrechtspflege des Kantons Zürich*, Zürich 2020.
- BISAZ CORSIN, Die direkte Anfechtbarkeit von Realakten im Verfahrensrecht des Kantons Graubünden, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl) 121 (2020), S. 3 ff.
- BISAZ CORSIN, *Direktdemokratische Instrumente als «Anträge aus dem Volk an das Volk» - Eine Systematik des direktdemokratischen Verfahrensrechts in der Schweiz*, Habilitationsschrift Universität Zürich 2018, Zürich 2020.
- BÖHI ROLAND/SCHERER LUKAS, Wie profitieren Firmen von der Steuerreform?, in: NZZ vom 5. Oktober 2020, S. 9.
- BOHNET FRANÇOIS, *La procédure civile coutumière neuchâteloise*, Basel 2020.
- BONATO MARIO, *Von der Romandie lernen*, Blog Avenir Suisse, 16. März 2020.
- BRÄGGER BENJAMIN, *Freiheitsentzug in der Schweiz – Handbuch zu grundlegenden Fragen und aktuellen Herausforderungen*, Bern 2020.
- BRAZEROL RICCARDO/WYLER SEBASTIAN, Beurkundungskompetenz für Rechtsanwälte im Kanton Zürich? Gedanken zur Motion 234/2019, in: *Aktuelle Juristische Praxis (AJP)* 29 (2020), S. 861 ff.
- BREITENMOSER STEPHAN, Der Einfluss des internationalen Rechts auf das föderalistische Bildungsrecht der Schweiz: Erstvotum zum Referat von Hans Ambühl – Sprachenunterricht und Föderalismus, in: KASPAR EHRENZELLER/ROGER NOBS/WALTER ENGELER/KILIAN MEYER/LUCIEN MÜLLER (Hrsg.), *Verfassungsbildner – Bildungsvorfasser*, Kolloquium zu Ehren des 65. Geburtstags von Bernhard Ehrenzeller, Zürich 2020, S. 51 ff.
- BREITENMOSER STEPHAN, Föderalismus und Internationalisierung, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 639 ff.
- BROWN MARTIN/FENGLER MATTHIAS/LALIVE RAFAEL, Kartenumsätze: Landkantone als Corona-Gewinner, in: *Die Volkswirtschaft* 93 (12/2020), S. 4 ff.
- BRÜHLMEIER DANIEL, Demokratiekonzeptionen in den Kantonen, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 399 ff.

- BRÜHL-MOSER DENISE, Schweizer Föderalismus im internationalen Vergleich, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 565 ff.
- BRUNNER FLORIAN, WILHELM MARTIN, UHLMANN FELIX, Das Coronavirus und die Grenzen des Notrechts, in: Aktuelle Juristische Praxis (AJP) 29 (2020), S. 685 ff.
- BUSER DENISE, Gerichte in den Kantonen, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 1857 ff.
- BÜTIKOFER SARAH, Zwischen Partei und Kanton: Von den Besonderheiten des Ständerats und seiner Mitglieder, in: SEAN MÜLLER/ADRIAN VATTER (Hrsg.), Der Ständerat: Die Zweite Kammer der Schweiz, Basel 2020, S. 93 ff.
- BÜTIKOFER SARAH, Zwischen Partei und Kanton: Von den Besonderheiten des Ständerats und seiner Mitglieder, in: Sean Mueller/Adrian Vatter, Der Ständerat: Die Zweite Kammer der Schweiz. Basel 2020, S. 93 ff.
- CAJACOB MERET/YUAN KAROLINA, Die Steuerharmonisierung in der Rechtsetzung – Eine Auslegeordnung mit Fokus kantonaler Gestaltungsspielraum und Steuerfreibeträge, in: Archiv für Schweizerisches Abgaberecht (ASA) 88 (2019/2020), S. 681 ff.
- CATTANEO MARIA A./WOLTER STEFAN C., Wird an den Gymnasien alles besser ohne Prüfungen?, Gastkommentar in: NZZ vom 1. Oktober 2020.
- CHATTON GREGOR T., Les droits fondamentaux dans les constitutions cantonales, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band II: Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 1223 ff.
- COSANDEY JÉRÔME, Der Kantönligeist, nicht der Föderalismus braucht Reformen, Blog Avenir Suisse, 21.9.2020 (Beitrag auch erschienen in: Herausforderung Gesundheitspolitik Schweiz, Schriftenreihe der Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheitspolitik [SGGP], Band 138, ELEONORE UND JÜRIG BAUMBERGER, MARTIN BIENLEIN, CHARLES GIROUD, THOMAS ZELTNER (Hrsg.), Bern 2020).
- COSANDEY JÉRÔME, Warum Spitalpolitik sich auf Regionalpolitik reimt, Blog Avenir Suisse, 26. Oktober 2020.
- DÄHLER THOMAS, Praxiskommentar zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt, Basel 2020.
- DE VIRES REILINGH DANIEL, Brennpunkte im interkantonalen Doppelbesteuerungsrecht, in: MARANTELLI ADRIANO/OPEL ANDREA (Hrsg.), Aktuelle Fragen des schweizerischen Steuerrechts, Festgabe für Prof. em. Dr. Urs R. Behnisch, Bern 2020, S. 33 ff.
- DÉFAGO GAUDIN VALÉRIE, Gouvernement et administration dans les cantons et les communes, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 1833 ff.
- DÖRIG LEONIE, Das Recht zur Nutzung der Erdwärme, Diss. Luzern 2019, Zürich/St. Gallen 2020.
- DÜMMLER PATRICK/BONATO MARIO, Kantonale Agrarpolitik auf dem Prüfstand: Ansatzpunkte für mehr Regionalisierung in der Schweizer Landwirtschaft, avenir suisse analyse, Juli 2020.

- DÜMMLER PATRICK/HUG ALONSO TERESA, Sonderfall Zentralschweiz: Licht und Schatten im Zeichen von Covid-19, Blog Avenir Suisse, 28. September 2020.
- DUPONT ANNE-SYLVIE, La prise en charge des soins de santé en cas d'épidémie, in: Jusletter vom 22. Juni 2020.
- DUPONT ANNE-SYLVIE, La constitution sociale, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 2091.
- EGGER FLORIAN, Les modifications corporelles dans la police cantonale genevoise, in: Sécurité & Droit 1/2020, S. 12 ff.
- EGGER JEAN-LUC, Intorno al «Normkonzept»: la traduzione italiana del «Gesetzgebungsleitfaden», in: LeGes 31 (1/2020).
- EGLI PATRICIA, Kantone als Verfassungsorgane, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 1677 ff.
- EHRENZELLER BERNHARD, Bildungsverfassung, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 2209 ff.
- EHRENZELLER BERNHARD/ENGELER WALTER, Handbuch Heimatschutzrecht: internationales, nationales und kantonales Recht, mit einer Kommentierung des Rechts der Bau- und archäologischen Denkmäler des Kantons St. Gallen, Zürich/St. Gallen 2020.
- EICKER ANDREAS/HUBER ROLAND/BARIS NURTEN, Grundriss des Strafprozessrechts, mit besonderer Berücksichtigung des Kantons Luzern, 2. Aufl., Bern 2020.
- ENGI LORENZ, Lehrplan 21 und schulischer Religionsunterricht, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl) 121 (2020), S. 683 ff.
- EPINEY ASTRID/KERN MARKUS, Aussenverfassung, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 2151 ff.
- FASEL URS/MÜHLEMATTER ADRIAN, Der elektronische Zugang zu Grundbuchdaten: Ein Blick auf die Änderungen der Grundbuchverordnung vom 20. September 2019, in: Jusletter vom 29. Juni 2020.
- FAVRE ANNE-CHRISTINE, La constitution environnementale, in OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 2121 ff.
- FELD LARS P./SCHALTEGGER CHRISTOPH/STUDERUS JANINE, Risk sharing, regional stabilization, and redistribution: the role of fiscal mechanisms in Switzerland, Oxford Economic Papers, 9.10.2020.
- FETZ URSIN, Bündner Gemeinderecht, Zürich/Basel/Genf 2020.
- FLICK WITZIG MARTINA/VATTER ADRIAN, Verfassungsgerichtsbarkeit in den Schweizer Kantonen, in: REUTTER WERNER (Hrsg.), Verfassungsgerichtsbarkeit im Bundesstaat, Wiesbaden 2020, S. 401 ff.



- 
- FLÜCKIGER ALEXANDRE, La procédure législative dans les cantons et les communes, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 1969 ff.
- FREIBURGHaus RAHEL, Kuppler unter der Kuppel? Die Scharnierfunktion (ehemaliger) kantonaler Regierungsmitglieder im Ständerat, in: SEAN MÜLLER/ADRIAN VATTER (Hrsg.), Der Ständerat: Die Zweite Kammer der Schweiz. Basel 2020, S. 147 ff.
- FREIBURGHaus RAHEL, Kuppler unter der Kuppel? Die Scharnierfunktion (ehemaliger) kantonaler Regierungsmitglieder im Ständerat, in: Sean Mueller/Adrian Vatter, Der Ständerat: Die Zweite Kammer der Schweiz. Basel 2020, S. 147 ff.
- GÄCHTER THOMAS, Studie zum frei verfügbaren Vermögen älterer Menschen in der Schweiz – eine Einladung zum Umdenken, in: Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge (SZS) 2020, S. 352 ff.
- GÄCHTER THOMAS/GERBER KASPAR, Turnus für die Stiftungsaufsicht: Kantonale Gestaltungsmöglichkeiten im Lichte bundesrechtlicher Vorgaben, in: Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge (SZS) 2020, S. 26 ff.
- GLASER ANDREAS, Das Institutionelle Abkommen Schweiz-EU – ein Fall für das obligatorische Staatsvertragsreferendum?, in: sui generis 2020, S. 210.
- GLASER ANDREAS, Optionen für ein bundesrechtskonformes Wahlsystem im Kanton Graubünden, Gutachten im Auftrag der Standeskanzlei des Kantons Graubünden, erste Version vom 11. Dezember 2019, Aktualisierungsstand 16. März 2020.
- GLASER ANDREAS, Sprachenverfassung, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 2351 ff.
- GLASER ANDREAS, Urteilsbesprechung von BGer 1C\_137/2018; 1C\_139/2018, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl) 121 (2020), S. 100.
- GLASER ANDREAS/ZIEGLER BÉATRICE, Direkte Demokratie im Kanton Aargau in Geschichte und Gegenwart, Zürich 2020.
- GLASER ANDREAS/ZUBLER CLIO, Briefliche und elektronische Wahl – Problemfelder des Wahlverfahrens in der Schweiz, in: ANDREAS GLASER/LORENZ LANGER (Hrsg.), Das Parlamentswahlrecht als rechtsstaatliche Grundlage der Demokratie, Zürich/St. Gallen 2020, S. 147 ff.
- GRABER CHRISTOPH BEAT, Kulturverfassung, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 2309 ff.
- GRAF DAMIAN K., Diener dreier Herren: die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte der Kantone Nidwalden, Obwalden und Uri, in: Sicherheit & Recht 2020, S. 76 ff.
- GRIFFEL ALAIN, Rückzonungen ja, aber nicht so, Gastkommentar in: NZZ vom 23. November 2020, S. 19.

- GRISEL ETIENNE, La géothermie entre droit fédéral et cantonal, in: VÉRONIQUE BOILLET/ANNE-CHRISTINE FAVRE/VINCENT MARTENET (Hrsg.), *Le droit public en mouvement: Mélanges en l'honneur du Professeur Etienne Poltier*, Genf/Zürich/Basel 2020.
- GRODECKI STÉPHANE, Le corps électoral dans les cantons et les communes, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 1783 ff.
- HÄFELIN ULRICH/HALLER WALTER/KELLER HELEN/THURNHERR DANIELA, *Schweizerisches Bundesstaatsrecht*, 10. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2020.
- HAFNER FELIX, Religionsverfassung, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 2327 ff.
- HALLER WALTER/KÖLZ ALFRED/GÄCHTER THOMAS, *Allgemeines Staatsrecht*, 6. Aufl., Zürich 2020.
- HÄNNI PETER, «Das Coronavirus und der berüchtigte kantonale Flickenteppich», in: *Freiburger Nachrichten* vom 21. April 2020, S. 7.
- HAUS, ALEXANDER/LADNER, ANDREAS, Wer hat die Macht in den Gemeinden? Eine Analyse über den Einfluss politischer Akteure auf die lokale Politik in der Schweiz, in: *Swiss Yearbook of Administrative Sciences*, 11 (1/2020), S. 66 ff.
- HÄUSLER MARC, Ermessensspielraum von kommunalen Anstellungsbehörden bei Lohnverhandlungen, in: *Jusletter* vom 22. Juni 2020.
- HEGELE YVONNE/SCHNABEL JOHANNA, Die Mär vom Flickenteppich? Zentralisierung und Koordination im föderalen Krisenmanagement von Covid-19, *Blog DeFacto*, 15. Juli 2020.
- HEHEMANN LENA, Die Behördenbeschwerde im Tierschutzversuchsrecht, in: *Schweizerische Juristen-Zeitung (SJZ)* 116 (2020), S. 403 ff.
- HELBLING LICHTENHAHN VERLAG (Hrsg.), *Covid-19 – Ein Panorama der Rechtsfragen zur Corona-Krise*, Basel 2020.
- HERTIG RANDALL MAYA, La Convention européenne des droits de l'homme, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band II: Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 1267 ff.
- HERZOG RUTH/DAUM MICHEL, *Kommentar zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege im Kanton Bern*, 2. Aufl., Bern 2020.
- HETTICH PETER, Infrastrukturverfassung, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 2283 ff.
- HÖCHNER CLAUDIA, Kantonale Regelungen zu Covid-19 in der Übersicht, in: *Newsletter IFF* 4/2020.
- HÖCHNER CLAUDIA/LANFRANCHI ARIANNA, COVID-19 Dossier: Wirtschaftliche Unterstützungsmassnahmen in- folge des Coronavirus, in: *Newsletter IFF* 3/2020.

- HOFSTETTER DAVID, Umsetzung von übergeordnetem Recht durch die Gemeinden, in: STEFAN HÖFLER/FELIX UHLMANN (Hrsg.), Rechtsetzung im Mehrebenensystem: Gemeinden, Kantone, Bund, EU, Zürich/St. Gallen 2020, S. 155 ff.
- JAAG TOBIAS, Eigenheiten des kantonalen Verfassungsrechts, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 107 ff.
- JAAG TOBIAS, Rechtsetzung im Mehrebenensystem: Rechtliche Aspekte, in: STEFAN HÖFLER/FELIX UHLMANN (Hrsg.), Rechtsetzung im Mehrebenensystem: Gemeinden, Kantone, Bund, EU, Zürich/St. Gallen 2020, S. 7 ff.
- KARLEN PETER, Das ISOS – ein übergrosses Gewand für den Ortsbildschutz des Bundes, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 121 (2020), S. 461 f.
- KELLER HELEN/WEBER YANNICK, Die Zuständigkeit zur Kündigung völkerrechtlicher Verträge: Zugleich ein Beitrag zur Lehre der richtigen Regelungsstufe, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 121 (2020), S. 119 ff.
- KELLER PETER M., Urteilsbesprechung von BGer 1C\_595/2018 vom 24. März 2020 (1C\_595/2018); BGE-Publikation, in: Umwelt und Planungsrecht 2020, S. 416 ff.
- KETTIGER DANIEL, Geoinformationsrecht des Bundes: zwischen Bewährung und Veränderung, in: Jusletter vom 23. März 2020.
- KETTIGER DANIEL, Unverhältnismässige generelle Schliessung von Museen im Kanton Bern, in: Jusletter vom 30. Oktober 2020.
- KIENER REGINA, Grundrechte in der Bundesverfassung, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band II: Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 1193 ff.
- KLÄY DIETER, Die Bewältigung der Corona-Krise durch den Zürcher Kantonsrat – eine Chronik, in: Parlament – Parlement – Parlamento 23 (2/2020), S. 35 ff.
- KLEY ANDREAS, Eigenheiten des schweizerischen Verfassungsrechts, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 85 ff.
- KLEY ANDREAS, Verfassungsgeschichte der Neuzeit, Grossbritannien, die USA, Frankreich und die Schweiz, 4. Aufl., Bern 2020.
- KLEY ANDREAS, Verhältnis von Föderalismus und Demokratie, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 621 ff.
- KÜBLER DANIEL/KOBELT EMILIE/ZWICKY ROMAN, Les langues du pouvoir. Le plurilinguisme dans l'administration fédérale, Lausanne 2020.

- LADNER ANDREAS, Demokratiekonzeptionen in den Gemeinden, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 423 ff.
- LANDOLT HARDY/HERZOG-ZWITTER IRIS, Masernimpfobligatorium in Zeiten der Corona-Pandemie, Gleichzeitig eine Besprechung des bundesgerichtlichen Urteils 5A\_789/2019 vom 16. Juni 2020, in: Jusletter vom 31. August 2020.
- LANDOLT HARRY, Pflegefinanzierung in a nutshell, Zürich 2020.
- LANGER LORENZ, Behördliche Stellungnahmen und der Schutz der freien Willensbildung: Grenzen der Kategorisierung, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 121 (2020), S. 179 ff.
- LANGER LORENZ, Zwischen republikanischer Selbstbestimmung und demokratischer Legitimation: Der schweizerische corps politique, in: ANDREAS GLASER/LORENZ LANGER (Hrsg.), Das Parlamentswahlrecht als rechtsstaatliche Grundlage der Demokratie, Zürich/St. Gallen 2020, S. 57 ff.
- LEONARDI SIMONE/BERNASCONI ANDREA, Dalla concorrenza internazionale a quella intercantonale, in: *Novità fiscali* 4/2020, S. 183 ff.
- LINDER WOLF, Doppeltes Mehr bei Volksabstimmungen – für einen fairen Ausgleich zwischen Demokratie und Föderalismus, Gastkommentar in: NZZ vom 8. Dezember 2020, S. 18.
- LOCHER PETER, Zum Hauptsteuerdomizil juristischer Personen im interkantonalen Verhältnis, in: *Steuer Revue* 75 (2020), S. 270 ff.
- LUBISHTANI KASTRIOT/MONOD HADRIEN, Mesures policières de lutte contre le terrorisme: Analyse critique du projet de loi fédérale, in: *Sicherheit & Recht* 1/2020, S. 19 ff.
- LUSTENBERGER RUEDI, «Sorge in der Zeit, dann hast Du in der Not», ein Sprichwort, das verstaubt und altertümlich wirkt. Seit einem Vierteljahr ist es wieder aktuell, in: *Parlament – Parlement – Parlamento* 23 (2/2020), S. 59 ff.
- MÄCHLER AUGUST, Praxisbeispiele aus dem Organisations- und Verfahrensrecht für die Zivil-, die Straf- und die Verwaltungsrechtspflege in den Kantonen, in: STEFAN HÖFLER/FELIX UHLMANN (Hrsg.), *Rechtsetzung im Mehrebenensystem: Gemeinden, Kantone, Bund, EU*, Zürich/St. Gallen 2020, S. 165 ff.
- MAHON PASCAL, Les droits politiques, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band II: Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 1499 ff.
- MARCOS DE MORAES SOUSA, eJustice in der Schweiz: Projekt Justitia 4.0 aus der Perspektive von Richtern, Justizmanagern und IT-Verantwortlichen, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 4/2020.
- MÄRKLI BENJAMIN, Die «Corona-Verordnung» des Bundesrats vom 28. Februar 2020, in: Jusletter vom 9. März 2020.
- MÄRKLI BENJAMIN, Notrecht in der Anwendungsprobe – Grundlegendes am Beispiel der COVID-19-Verordnungen, in: *Sicherheit & Recht* 2020, S. 59 ff.

- 
- MARTENET VINCENT, *La Constitution et l'économie*, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 2061 ff.
- MARTENET VINCENT, *La séparation des pouvoirs*, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band II: Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 999 ff.
- MARTI ARNOLD, *Föderalismus und Rechtsstaat – ein Vergleich der Länder am Bodensee*, in: *sui generis* 2020, S. 114 ff.
- MARTI ARNOLD, *Verhältnis von Föderalismus und Rechtsstaatlichkeit*, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 595 ff.
- MASOUD SARAH, *Ein Menschenrecht Gefangener auf Freilassung wegen COVID-19?*, in: Jusletter vom 7. Dezember 2020.
- MATTEOTTI RENÉ, *Finanzverfassung*, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 2235 ff.
- MATTEOTTI RENÉ, *Gezielte Steuersatzerhöhungen aufgrund ausländischer Hinzurechnungsbesteuerungsregelungen*, in: *Archiv für Schweizerisches Abgaberecht (ASA)* 88 (2019/2020), S. 761 ff.
- MERETS ALEXANDER/LYN E. PLEGER/PIERINA B. BOSSERT/ARIANNA KELLER/FABIENNE H. SCHMIDL, *Digitalisierungsschritt föderaler Einheiten: Ein Vergleich der Ausgestaltung kantonaler ePlattformen in der Schweiz*, in: *Swiss Yearbook of Administrative Sciences* 11 (1/2020), S. 38 ff.
- MEULI NORA/KNÖPFEL CARLO, *Ein Blick ins Portemonnaie älterer Menschen in der Schweiz*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge (SZS)* 2020, S. 253 ff.
- MEULI NORA/KNÖPFEL CARLO, *Föderalismus im Pflegerecht*, in: *Pflegerecht* 3/2020, S. 144 ff.
- MEYER NICLAS/KRÄHENBÜHL MELANIE/MEIER HARALD, *Bedarfsabklärung: Vereinheitlichung der Informatikumbau des Handelsregisters, Schlussbericht im Auftrag des Eidgenössischen Amtes für das Handelsregister vom 28. Februar 2020*, Basel 2020.
- MOECKLI DANIEL, *Sicherheitsverfassung*, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 2259 ff.
- MOHLER MARKUS, *Polizeiberuf und Polizeirecht im Rechtsstaat*, Bern 2020.
- MONSCH GIAN-ANDREA/NISPLE KARIN/STEINMETZ STEPHANIE, *Coronagraben ist das Wort des Jahres – doch wir brauchen nicht noch mehr Gräben in der Schweiz*, Blog DeFacto, 30. Dezember 2020.
- MOSER CHRISTIAN, *Der Jura Konflikt: Eine offene Wunde der Schweizer Geschichte*, Basel 2020.
- MOSER MARKUS/LOCHER HEINZ, *Tarife und Tarifverträge – keine Reformen ohne Grundsatzdiskussionen*, in: Jusletter vom 8. Juni 2020.

- MUELLER SEAN, Spezial- oder Normalfall? Der Ständerat und der Einfluss von Regionalregierungen auf die Bundespolitik im internationalen Vergleich, in: Sean Mueller/Adrian Vatter, Der Ständerat: Die Zweite Kammer der Schweiz. Basel 2020, S. 229 ff.
- MUELLER SEAN/VATTER ADRIAN, Einleitung und Zusammenfassung, in: Sean Mueller/Adrian Vatter, Der Ständerat: Die Zweite Kammer der Schweiz. Basel 2020, S. 21 ff.
- MÜLLER CEDRIC, Autonomie der Gemeinden bei der Auslegung ihres kommunalen Rechts – Unter besonderer Berücksichtigung der Rechtslage im Kanton Schaffhausen, in: Jusletter vom 21. September 2020.
- MÜLLER SEAN/VATTER ADRIAN, Einleitung und Zusammenfassung in: SEAN MÜLLER/ADRIAN VATTER (Hrsg.), Der Ständerat: Die Zweite Kammer der Schweiz. Basel 2020, S. 21 ff.
- MÜLLER SEAN/VATTER ADRIAN, Ständerat – eliminieren, zementieren, reformieren?, Gastkommentar in: NZZ vom 17. September 2020, S. 8.
- MÜLLER-JENTSCH DANIEL, Zentrumstäler – Die Haupttäler als Entwicklungsachsen des Berggebiets, Studie Avenir Suisse, Zürich 2020.
- OESCH MATTHIAS, Verfassungswandel durch Globalisierung und Europäisierung, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 137 ff.
- PAHUD DE MORTANGES RENÉ (Hrsg.), Staat und Religion in der Schweiz des 21. Jahrhunderts: Beiträge zum Jubiläum des Instituts für Religionsrecht, Zürich/Basel/Genf 2020.
- PÄRLI KURT/BAERISWYL BRUNO, Nur die staatliche App schafft Vertrauen, Gastkommentar in: NZZ vom 16. April 2020, S. 8.
- PASQUIER BRUNO, Les lotos: une tradition romande à l'épreuve d'une nouvelle loi, in: Anwaltsrevue 2020, S. 164 ff.
- PIESBERGEN JENS, Transformation in der Justiz – Evolution oder Revolution?, in: Anwaltsrevue 2020, S. 20 ff.
- PLOTKE HERBERT, Aktuelle Aspekte der Schulpflicht, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl) 121 (2020), S. 599 ff.
- POLTIER ETIENNE, Droit suisse de l'énergie, Bern 2020.
- RAESS LORENZ, Neue Geschäftsidee für den Justizstandort Schweiz, in: NZZ vom 2. November 2020, S. 9.
- RAMP DANIELA, Gemeindeversammlungen wirken abschreckend auf Einbürgerungswillige, Blog DeFacto, 17. Dezember 2020.
- REBER CHRISTIAN, Staatliche Unterstützung für Leistungen der anerkannten Kirchen – Religionspolitik nach zweierlei Mass?, Diss. Freiburg 2019, Zürich 2020.
- REBER CHRISTIAN/AHARCHAOU LARA, Die Kantone und ihre Beziehungen zu Religionsgemeinschaften: Unterschiedliche Strategien im Umgang mit religiöser Vielfalt, IR-Paper 2/August 2020, Universität Freiburg.
- REICH MARKUS, Steuerrecht, 3. Aufl., Zürich 2020.



- 
- RENER IRÈNE/KOLLEIKER LAURENT, Situation extraordinaire, prérogatives et organisation du Parlement cantonal à Genève, in: *Parlament – Parlement – Parlamento* 23 (2/2020), S. 30 ff.
- ROCHAT PHILIPPE E., *Versammlungsdemokratie realistisch betrachtet: Die Gemeindeversammlungen in der Schweiz*, Schriften zur Demokratieforschung zda, Zürich/Basel/Genf 2020.
- RUTZ SAMUEL/BONATO MARIO, *Der Avenir-Suisse-Freiheitsindex 2020: Mit neuem Mitglied und überraschendem Ergebnis: Liechtenstein hat die Nase vorn*, 14. Dezember 2020.
- SAXER URS, *Medien- und Kommunikationsverfassung*, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen*, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 2371 ff.
- SCAPOZZA KELLY, *Deduzioni sociali e autonomia legislativa cantonale*, Urteilsbesprechung 2C\_686/2018, in: *Novità fiscali*, 3/2020, S. 159 ff.
- SCHÄFER FABIAN, *Ein Hoch auf den Ständerat! Er entscheidet gegen die Kantone – und hat völlig Recht damit*, in: *NZZ* vom 11. September 2020, S. 11.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./FREY CHRISTIAN, *Ungleichheit in der Schweiz? Sechs Thesen von Piketty zu Einkommens- und Vermögensverteilung*, Gastkommentar in: *NZZ* vom 21. Juli 2020, S. 7.
- SCHAUB LUKAS/CIRIGLIANO LUCA, *Die Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Effektivität der kantonalen Arbeitsinspektorate: Analyse und Forderungen unter besonderer Berücksichtigung der ILO-Konvention Nr. 91*, in: *Zeitschrift für Arbeitsrecht und Arbeitslosenversicherung* 2020, S. 183 ff.
- SCHERER LUKAS/VOGLER MANUEL, *Die inner- und interkantonale Umsetzung der Patentbox – eine Auslegeordnung*, in: *Archiv für Schweizerisches Abgaberecht (ASA)* 88 (2019/2020), S. 783 ff.
- SCHERER LUKAS/VOGLER MANUEL, *Patentbox und F&E-Überabzug: Sind sie der Mühe wert*, in: *Der Treuhandexperte* 2020, S. 340 ff.
- SCHINDLER ANNA, *Zürich im Wettbewerb der Metropolen*, in: *Die Volkswirtschaft* 93 (7/2020), S. 45 f.
- SCHINDLER BENJAMIN, *Interkantonale Strafverfolgungsbehörden - Möglichkeiten und Grenzen*, in: *Sicherheit & Recht* 2020, S. 68 ff.
- SCHLÄFLI JÜRIG, *Die Gesundheitspolitik und ihr Einfluss auf die Ergänzungsleistungen – Sieben Kantone im Vergleich*, in: *Pflegerecht* 1/2020, S. 32 ff.
- SCHMIDHEINY KURT, *Internationaler Steuerwettbewerb: Abbau nach Schweizer Vorbild*, in: *Die Volkswirtschaft* 93 (7/2020), S. 42 ff.
- SCHMITT NICOLAS, *Etude comparative sur les réglementations cantonales d'urgence relatives au Coronavirus/COVID-19*, in: *Sonderausgabe Newsletter IFF* 2/2020.
- SCHNABEL JOHANNA, *Die Konferenz der Kantonsregierungen als der bessere Ständerat? Territoriale Mitbestimmung im schweizerischen Föderalismus*, in: SEAN MÜLLER/ADRIAN VATTER (Hrsg.), *Der Ständerat: Die Zweite Kammer der Schweiz*, Basel 2020, S. 181 ff.

- SCHNEIDER LARS/MÜLLER JOËL OLIVIER, Die Rechtsprechung der Kantone im Migrationsrecht, in: ALBERTO ACHERMANN/VÉRONIQUE BOILLET/MARTINA CARONI/ASTRID EPINEY/JÖRG KÜNZLI/PETER UEBERSAX (Hrsg.), Jahrbuch für Migrationsrecht – Annuaire du droit de la migration 2019/2020, Bern 2020, S. 323 ff.
- SCHWEIZER RAINER J., Entstehung und Entwicklung des schweizerischen Föderalismus, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 531 ff.
- SCHWEIZER RAINER J., Verteilung der Staatsaufgaben zwischen Bund und Kantonen, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 691 ff.
- SCHWENDENER DANIELLE, Wie machen es die Berner?, Zur Beweisverfügung nach Art. 154 ZPO vor den Berner Regionalgerichten, in: Schweizerische Juristen-Zeitung (SJZ) 116 (2020), S. 133 ff.
- SEILER MORITZ, Grenzen des kantonalen Gestaltungsspielraums bei der Grundstückgewinnsteuer, in: Steuer Revue (StR) 75 (2020), S. 725 ff.
- SOMER EVREN, Gegenstände der Volksinitiative in den Kantonen, Diss. Universität Zürich 2019, Zürich/Basel/Genf 2020.
- SPILLMANN CORINNE/WALTER FELIX, Hindernisse und Lösungswege im Umsetzungsprozess oder: Wie kann der Gewässerraum schneller gesichert werden?, in: Umweltrecht in der Praxis (URP) 2020, S. 73 ff.
- STEINER RETO, Territoriale Gliederung der Kantone, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 737 ff.
- STEINMANN GEROLD, Urteilsbesprechung vom Verwaltungsgericht, 2. Kammer, 28. August 2019, WBE.2019.238, in: Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBI) 121 (2020), S. 564 ff.
- STOLTZ THOMAS, Stellvertretung im Verwaltungsrat – der Ritt auf dem Flickenteppich, in: Recht relevant. für Verwaltungsräte 3/2020, S. 11.
- STRUSS FABIA, Haftung im Rettungsdienst, in: Jusletter vom 31. August 2020.
- STUTZ HANS W., Spielräume für das kantonale Umweltrecht, in: Umweltrecht in der Praxis (URP) 2020, S. 245 ff.
- TANQUEREL THIERRY, La juridiction constitutionnelle dans les cantons, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band II: Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 1127 ff.
- TANQUEREL THIERRY, La procédure d'adoption et de révision des constitutions cantonales et communales, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 1913 ff.
- THURNHERR DANIELA, Verfahrensgrundrechte, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band II: Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 1477 ff.

TIEFENTHAL JÜRIG MARCEL/PLETSCHER DANIEL, Der Einsatz von Zivilschutzinformationen zur Unterstützung der Polizei, in: Sicherheit & Recht 2020, S. 34 ff.

TREMP DANIA, Urteil des Bundesgerichts, II. sozialrechtliche Abteilung, vom 29. August 2019 (BGE 145 V 304), in: Pflögerecht 2/2020, S. 132 ff.

UHLMANN FELIX, Kurzgutachten zuhanden Kantonsrat Zürich betreffend Kompetenzen des Kantonsrates unter dem Notverordnungsrecht (Coronavirus) und weitere Fragen, 19. März 2020.

UHLMANN FELIX, Rechtsetzung im Schweizer Mehrebenensystem, in: STEFAN HÖFLER/FELIX UHLMANN (Hrsg.), Rechtsetzung im Mehrebenensystem: Gemeinden, Kantone, Bund, EU, Zürich/St. Gallen 2020, S. 121 ff.

UHLMANN FELIX/WILHELM MARTIN, Notrechtskompetenz von Regierung und Grosse Rat im Kanton Bern, in: Zeitschrift des Bernerischen Juristenvereins 156 (2020), S. 657 ff.

VATTER ADRIAN, Das politische System der Schweiz, 4. Aufl., Baden-Baden 2020.

VATTER ADRIAN, Der Bundesrat: Die Schweizer Regierung, Basel 2020.

VATTER ADRIAN, Ein durch Los bestellter Minderheiten- und Zukunftsrat als Zweite Parlamentskammer?, in: MELANIE NAGEL/PATRICK KENNIS/PHILIP LEIFELD/HANS JÖRG SCHEDES (Hrsg.), Politische Komplexität, Governance von Innovationen und Policy-Netzwerke. Wiesbaden 2020, S. 53 ff.

VATTER ADRIAN, Reformansätze unter der Lupe: Modelle für die Reform des Ständerats, in: SEAN MÜLLER/ADRIAN VATTER (Hrsg.), Der Ständerat: Die Zweite Kammer der Schweiz. Basel 2020, S. 253 ff.

VATTER ADRIAN, Reformansätze unter der Lupe: Modelle für die Reform des Ständerats, in: Sean Mueller/Adrian Vatter, Der Ständerat: Die Zweite Kammer der Schweiz. Basel 2020, S. 253 ff.

VATTER ADRIAN/FREIBURGHANUS RAHEL/ARENS ALEXANDER, Coming a Long Way: Switzerland's Transformation from a Majoritarian to a Consensus Democracy (1848–2018), in: Democratization 27 (6/2020), S. 970 ff.

VATTER ADRIAN/LADNER ANDREAS, Vom Gesandtenkongress zur gewählten Volkskammer: Der Ständerat im Wandel der Zeit, in: SEAN MÜLLER/ADRIAN VATTER (Hrsg.), Der Ständerat: Die Zweite Kammer der Schweiz. Basel 2020, S. 35 ff.

VATTER ADRIAN/LADNER ANDREAS, Vom Gesandtenkongress zur gewählten Volkskammer: Der Ständerat im Wandel der Zeit, in: Sean Mueller/Adrian Vatter, Der Ständerat: Die Zweite Kammer der Schweiz. Basel 2020, S. 35 ff.

VOLLMER THOMAS, Gouvernance locale de l'aide à la vieillesse dans un système à plusieurs niveaux, in: Sécurité sociale 3/2020, S. 40 ff.

VON TOBEL-LAREIDA EVA, Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts im Kanton Zürich, in: STEFAN HÖFLER/FELIX UHLMANN (Hrsg.), Rechtsetzung im Mehrebenensystem: Gemeinden, Kantone, Bund, EU, Zürich/St. Gallen 2020, S. 143 ff.

VON WYSS MORITZ, Parlamente in den Kantonen und Gemeinden, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band III: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 1807 ff.

- WALDMANN BERNHARD, Der Föderalismus in der Corona-Pandemie, in: Newsletter IFF 4/2020.
- WALDMANN BERNHARD, Perspektiven des schweizerischen Föderalismus, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 797 ff.
- WALDMANN BERNHARD, Verfahren für den Zugang zu amtlichen Dokumenten: Immer weiter weg vom ursprünglichen Konzept?, Urteilsbesprechung 1C\_353/2019, 601 2019 19 in: FZR 2020 S. 1 ff.
- WALDMANN BERNHARD, Zusammenarbeit im Bundesstaat, in: OLIVER DIGGELMANN/MAYA HERTIG RANDALL/BENJAMIN SCHINDLER (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Band I: Grundlagen, Demokratie, Föderalismus, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 715 ff.
- WASER ASTRID, Verschärfung der Sanktionen im Vergaberecht, in: Jusletter vom 28. September 2020.
- WERDER GREGORI, Die Zulassungsbeschränkung zur OKP – oder: Das Gesetz, das niemand wollte, Betrachtung einer «ordnungspolitischen Untat» de lege lata und de lege ferenda, in: Jusletter vom 31. August 2020.
- WIEDERKEHR RENÉ/PLÜSS KASPAR, Praxis des öffentlichen Verfahrensrechts – Grundsätze des Verfahrensrechts von Bund und Kantonen anhand ausgewählter Urteile, Bern 2020.
- WIEGERS SIMONE/SCHAFFNER DANIEL, Viel Lärm um die Sanierung von Strassen, in: NZZ vom 14. Januar 2020, S. 16.
- WILHELM MARTIN/UHLMANN FELIX, Herausforderungen für Parlamente in der Corona-Krise – Versuch eines Überblicks, in: Parlament – Parlement – Parlamento 23 (2/2020), S. 4 ff.
- WULZ CHRISTIAN, Grundlagen und Kompetenzordnung beim präventiven Umgang mit Naturgefahren im Wasser-, Wald-, Raumplanungs- und öffentlichen Baurecht, Diss. Luzern 2019, Zürich/St. Gallen 2020.
- WÜRMLI MARTIN, Auswirkungen der COVID-19-Verordnung 2 auf die Versammlungsfreiheit der Parlamente, in: Parlament – Parlement – Parlamento 23 (2/2020), S. 42 ff.
- WYSS DAMIAN, Sicherheit und Notrecht: Ein Überblick über die Anwendung des Epidemiengesetzes und das konstitutionelle Notrecht des Bundesrats in der COVID-19-Krise und im Allgemeinen, in: Jusletter vom 25. Mai 2020.
- WYSS DAMIAN/HERZOG MICHA, Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, Urteil 1C\_662/2019 vom 10. Juni 2020, JUSO Kanton Zürich, JUSO Stadt Zürich, Leandra Columberg und Nicola Siegrist gegen Regierungsrat des Kantons Zürich, Wahl- und Abstimmungs-freiheit, in: Aktuelle Juristische Praxis (AJP) 29 (2020) S. 1327 ff.
- ZAUGG ALDO/LUDWIG PETER, Baugesetz des Kantons Bern vom 9. Juni 1985: Kommentar Band I (Art. 1-52, öffentliches Baurecht), 5. Aufl., Bern 2020.
- ZECH CHRISTINA E., Schweiz bietet weit mehr als nur Steuervorteile, Gastkommentar in: NZZ vom 7. Februar 2020, S. 10.
- ZIEGLER BÉATRICE/GLASER ANDREAS, Direkte Demokratie im Kanton Aargau in Geschichte und Gegenwart, Schriften zur Demokratieforschung zda, Zürich/Basel/Genf 2020.

ZOLLINGER MARCO, Zum Verhältnis zwischen der Gemeindeautonomie und dem interkantonalen Recht, in: Schweizerische Juristen-Zeitung (SJZ) 116 (2020), S. 631 ff.

ZUMSTEG PARTICE MARTIN, Demonstrationen in der Stadt Zürich: Verwaltungsrecht und Behördenpraxis am Massstab der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Diss. Zürich 2019, Zürich/Basel/Genf 2020.